# 8 Dringlichkeitsanträge

Bgm.in **Kahr**:
Wir sind fertig mit der Tagesordnung und wir kommen schon zu den dringlichen Anträgen, weil wir haben dann nur noch im nicht öffentlichen Teil einen Tagesordnungspunkt. Der erste dringliche Antrag kommt von Frau Klubobfrau Braunersreuther und beschäftigt sich mit dem Thema Entlastung für Mieter:innen

## 8.1 Entlastung für Mieter:innen (GRin Dipl.-Museol.in (FH) Christine Braunersreuther, KPÖ)

GRin Dipl.-Museol.in (FH) **Braunersreuther**:
Sehr geehrte Kolleg:innen, sehr geehrte Zuhörer:innen und -seher:innen zuhause, im Saal sind jetzt gerade keine. Mein Antrag befasst sich mit einem Thema, das leider, muss ich sagen, für viele Leute gerade sehr aktuell und drängend ist, denn die Wohnkosten stellen schon bisher für viele Menschen eine sehr, sehr hohe Belastung dar. Diese Situation wurde in den letzten zwei Jahren durch die hohe Inflation und die Teuerung unter anderem im Energiebereich noch einmal drastisch verschärft. Und Sie haben es vermutlich auch gelesen, es wird für April dieses Jahres auch eine Steigerung der Richtwertmieten, die ohnehin noch zu den geringeren Mieten zählen, von 8,6 % vorhergesagt, was für Familien, die eine 80-m²-Wohnung haben, zum Teil mehr als 100 Euro im Monat ausmachen. Während bei den Energiekosten vom Bundesgesetzgeber zum Teil Erleichterungen geschaffen werden, also Beispiele sind die Stromkosten, herrscht bei den Mieten dringender Handlungsbedarf. Den Menschen, die auf dem freien Wohnungsmarkt mieten, haben zum Teil innerhalb weniger Monate mehrere Mieterhöhungen erhalten. Und das auch dann, wenn für Vermieter:innen keine erhöhten Kosten, wie etwa durch die gestiegenen Preise für Baumaterialien, die sie für Renovierungen brauchen, angefallen waren. Dann zu sagen, dann sollen sie sich halt eine günstigere Wohnung suchen, wenn die bisherige zu teuer ist, ist eigentlich

zynisch, denn wer sich einmal den Wohnungsmarkt angeschaut hat, erfährt schnell, das ist eigentlich unmöglich, denn bei Neuvermietungen sind die Mieten noch sehr, sehr viel höher. Vor allen Dingen für Wohnungen, die energiegesichert sind, also sprich die mit Fernwärme gespeist sind, da sind die Mieten zum Teil auf ein fast unerschwingliches Niveau gestiegen. Im Altbau können Mieten, wie ich schon erwähnt habe, auf diesen Richtwertmietensatz eigentlich gerichtlich durchgesetzt werden, eigentlich, das heißt, theoretisch. Praktisch machen das aber die wenigsten Menschen. Das liegt nicht daran, dass sie da keine Lust darauf haben oder sich das nicht antun wollen, sondern einfach weil sie Angst haben. Denn ein Großteil der Mietverträge, man geht bisher von 80 % aus, ist befristet. Und das ist logisch, wenn ich in einem befristeten Mietvertrag mir versuche, ein Recht zu erstreiten, dann wird dieser Mietvertrag voraussichtlich nicht verlängert werden und dann stehe ich halt komplett ohne Wohnung da. Bei allen Wohnungen mit freier Mietzinsbildung, also frei finanzierte Neubauten, gibt es diese Möglichkeit gleich erst gar nicht. Hier kann der Vermieter entsprechend der vereinbarten Indexklausel erhöhen. So können die Mieten mehrmals im Jahr teurer werden, wie aktuell ja auch geschehen. Wir haben ein Beispiel angeführt, das haben Sie vielleicht gesehen, wo eine ältere Dame, alleinstehend, die einen Hund hat und deswegen ihre Wohnung sehr gerne hat, weil sie da einen kleinen Garten dabei hat, eine 72-m²-Wohnung hat, in der sie gerne bleiben will, aber innerhalb kürzester Zeit ist ihre Nettomiete auf 1.080 Euro gestiegen. Und das sind mehr als 15 Euro netto, brutto haben wir gar nicht ausgerechnet, sind es aber 1.600 Euro bei einem Einkommen inklusive Pflegestufe zwei, von 2.000 Euro, dieser Dame. An diesem Beispiel sieht man, dass es eigentlich dringendst an der Zeit ist, Maßnahmen zu setzen, diesem Mietwucher zu begegnen. Und deswegen stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, ein soziales, modernes Mietrechtsgesetz zu beschließen, das folgende Punkte beinhaltet: Einführung von nachvollziehbaren Mietobergrenzen und Abschaffung der Befristungen.
2. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, als Sofortmaßnahme die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass in allen Wohnungen die Indexierung in diesem Jahr auszusetzen sind – egal ob Richtwert-, Kategorie- oder frei vereinbarte Miete in und außerhalb des Mietrechtsgesetzes.

Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die Wohnkosten stellten schon bisher für viele Menschen eine hohe Belastung dar. Diese Situation wurde in den letzten zwei Jahren durch die hohe Inflation und die Teuerungen u.a. im Energiebereich noch einmal drastisch verschärft. Während bei den Energiekosten vom Bundesgesetzgeber zum Teil Erleichterungen geschaffen wurden (z.B. Stromkosten), herrscht bei den Mieten dringender Handlungsbedarf. Menschen, die auf dem freien Wohnungsmarkt mieten, haben zum Teil innerhalb weniger Monate mehrere Mieterhöhungen erhalten – und das auch dann, wenn für Vermieter:innen keine erhöhten Kosten wie etwa durch gestiegene Preise für Baumaterial für Renovierungen angefallen waren. Sich eine günstigere Wohnung zu suchen ist meist unmöglich. Denn bei Neuvermietung haben sich die Angebotspreise insbesondere für Wohnungen, die mit bezugssicherer Energie gespeist werden (Fernwärme statt Gas), massiv erhöht. Mieter:innen von Altbau-Wohnungen könnten theoretisch ihre Miete entsprechend dem Richtwertmietensatz gerichtlich durchsetzen. Praktisch trauen sich viele Mieter:innen das jedoch nicht zu tun, weil die meisten Mietverträge befristet sind und eine Verlängerung des Mietvertrages nach einer solchen Klage unrealistisch ist. In allen Wohnungen mit freier Mietzinsbildung (frei finanzierte Neubauten) gibt es diese Möglichkeit nicht. Hier kann der Vermieter entsprechend der vereinbarten Indexklausel erhöhen. So können die Mieten mehrmals im Jahr teurer werden. So ganz aktuell in*

*einem Grazer Wohnobjekt in Gösting, wo die Miete im letzten Jahr mehrmals wertgesichert wurde, so dass konkret für eine 72 m²-Wohnung jetzt netto 1.080 Euro beträgt. Netto heißt: ohne Betriebskosten und Heizung. Schließt man Betriebs- und Heizkosten mit ein, bedeutet dies eine Gesamtbelastung von knapp 1.600 Euro – ein Betrag, den viele Menschen noch nicht einmal verdienen. Daher ist es jetzt höchste Zeit, mit wirksamen Maßnahmen dem Mietwucher zu begegnen.*
*Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden*

***Antrag zur dringlichen Behandlung:***

*Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:*

1. *Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, ein soziales, modernes Mietrechtsgesetz zu beschließen, das folgende Punkte beinhaltet: Einführung von nachvollziehbaren Mietobergrenzen und Abschaffung der Befristungen.*
2. *Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, als Sofortmaßnahme die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass in allen Wohnungen die Indexierung in diesem Jahr auszusetzen sind – egal ob Richtwert-, Kategorie- oder frei vereinbarte Miete in und außerhalb des Mietrechtsgesetzes.*

GR **Huber**:
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream und auf der Galerie. Recht herzlich begrüßen darf ich den Bezirksvorsteher aus Gösting. Schön, dass du da bist und uns zusiehst. Dass momentan das gesamte Leben für uns alle sehr, sehr teuer geworden ist und dass speziell der Wohnungsbereich betroffen ist, das spüren wir alle am eigenen Leib. Aber jetzt mit der einfachen Formel arbeiten zu wollen, dass wir da einfach einen Mietpreisdeckel einziehen und dann wird alles wieder gut werden, so funktioniert das leider nicht, weil so funktioniert leider die freie

Marktwirtschaft nicht. Und wir dürfen jetzt auch nicht so tun, als würde die hohe Inflation nur den Mieter betreffen, auch der Vermieter ist von den hohen Kosten betroffen. Es müssen Kredite bedient werden, es müssen Rücklagen für etwaige Sanierungen beiseite gelegt werden. Also auch der Vermieter hat hohe Kosten zu tragen. Und man muss auch sagen, nicht jeder, der eine Wohnung besitzt und vermietet, ist ein Immobilienhai, der seine Mieter abzocken möchte, sondern es gibt durchaus faire Vermieter, die auch da schauen, dass das für beide Seiten passt. Also da müssen wir wirklich sehr, sehr vorsichtig vorgehen, denn ein falsch eingezogener Mietpreisdeckel kann zu mehr Problemen führen als er löst. Denn …

*Zwischenruf Bgm.in* ***Kahr*** *unverständlich.*

GR **Huber**:
… naja, da müssten Sie im Antrag lesen, Frau Bürgermeisterin, wenn Sie sagen, da steht nichts von Mietpreisdeckel.

*Zwischenruf Bgm.in* ***Kahr*** *unverständlich.*

GR **Huber**:
Ja, sehr gut. Denn, wenn wir den Mietpreisdeckel falsch einziehen, dann kann uns das durchaus passieren, dass der Leerstand erhöht wird und dass Umgehungskonstrukte gefunden werden, wie man den Mietpreisdeckel umgehen kann. Und aus Sicht der ÖVP ist daher die einzig sinnvolle Maßnahme eine direkte Unterstützung der Mieterinnen und Mieter, die die Stadt Graz selbstständig aufstellen kann. Und ein zweiter Punkt, den ich gleich ansprechen möchte, ist der Erwerb von Eigentum. Eigentum ist die nachhaltigste Altersvorsorge und verhindert Altersarmut. Und die

Eigenkapitalquote, die gefordert wird von der FMA, ist vor allem für junge Menschen und junge Familien eine hohe Hürde, die sehr, sehr schwer überschritten werden kann. Und aus diesen beiden Gründen stelle ich im Namen des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

**Abänderungsantrag:**

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob eine Änderung der geltenden Richtlinien zur Mietzinszuzahlung dahingehend möglich ist, dass der Wirkungskreis auf sämtliche Mietwohnung erweitert wird.

2. Die Finanzmarktaufsicht wird aufgefordert, die Eigenkapitalquote von derzeit 20 % zu senken und die KIM-VO – Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Maßnahmen zur Begrenzung systemischer Risiken aus der Immobilienfinanzierung bei Kreditinstituten (Kreditinstitute-Immobilien-finanzierungsmaßnahmen-Verordnung), BGBl. II Nr. 230/2022, entsprechend zu ändern.

Ich bitte um Annahme *(Appl.).*

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Die derzeitige Inflation belastet natürlich Vermieter und Mieter gleichermaßen. Die Lösung einer Mietdeckelung führt jedoch nicht unweigerlich zu einer Entlastung, sondern bringt vielmehr weitere Probleme mit sich. Sei es, dass damit eine größere Menge an Leerstand produziert wird, da weniger vermietet wird oder sei es, dass Umgehungskonstrukte gefunden werden.*

*Aus wirtschaftlicher Sicht ist es nie eine gute Idee als Staat den Markt zu stark zu regulieren. Aus Sicht der ÖVP ist daher die einzig sinnvolle Maßnahme eine direkte Unterstützung der Mieterinnen und Mieter, die die Stadt Graz selbständig aufstellen kann.*

*Gleichzeitig erleben wir zurzeit die Situation, dass der Erwerb von Eigentum immer schwieriger wird. Eigentum ist jedoch die nachhaltigste Altersvorsorge und vermeidet Altersarmut. Der Grund für das Versiegen ist neben steigenden Kreditzinsen, insbesondere die neue Verordnung der FMA - Finanzmarktaufsicht, die u.a. eine Eigenkapitalquote von 20 % vorsieht – Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde über Maßnahmen zur Begrenzung systemischer Risiken aus der Immobilienfinanzierung bei Kreditinstituten (Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen – KIM-VO).*

*Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

***Abänderungsantrag:***

1. *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob eine Änderung der geltenden Richtlinien zur Mietzinszuzahlung dahingehend möglich ist, dass der Wirkungskreis auf sämtliche Mietwohnung erweitert wird.*

2. *Die Finanzmarktaufsicht wird aufgefordert, die Eigenkapitalquote von derzeit 20 % zu senken und die KIM-VO – Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Maßnahmen zur Begrenzung systemischer Risiken aus der Immobilienfinanzierung bei Kreditinstituten (Kreditinstitute-Immobilien-finanzierungsmaßnahmen-Verordnung), BGBl. II Nr. 230/2022, entsprechend zu ändern.*

KO GR Mag. **Pascuttini**:
Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen im Gemeinderat, liebe Kollegin Braunersreuther. Gleich vorweg lüften wir das Geheimnis, wir werden bei der Dringlichkeit mitgehen und auch beim Inhalt mitgehen. Gesamt gesehen, nicht im Detail. Da haben wir ein bisschen Unterschiede. Da möchte ich einmal kurz darauf eingehen. Wenn man über das Mietrechtsgesetz spricht, dann gibt es in den letzten 20

Jahren, glaube ich, keine Regierung auf Bundesebene, die nicht versucht hat, dieses Mietrechtsgesetz irgendwie abzuändern. Beginnend bei Schüssel I, danach bei den rot-schwarzen Koalitionen, unter Schwarz-blau und auch die aktuelle Regierung müht sich daran ab, dieses Mietrechtsgesetz zu modernisieren, wobei es halt nicht alleine damit getan ist, das Mietrechtsgesetz zu modernisieren. Man müsste dann auch im WGG, Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz einiges ändern. Also das ist ein Riesenbereich. Die Stoßrichtung, die gefällt uns aber grundsätzlich, dieses Mietrechtsgesetz einmal zu modernisieren. Das beginnt bereits, und ich möchte jetzt nicht jetzt nicht ins Detail gehen, aber ein paar Punkte habe ich mir doch einfach aufgeschrieben, weil man sich damit auch in der Praxis immer sehr viel abärgern muss. Wenn man sich anschaut die Anwendungsbereiche des MRG jetzt, das ist ja wirklich etwas, wo ich sage, das ist anachronistisch. Da gibt es die Vollausnahme, die Vollanwendung, die Teilanwendung, teilweise in einem Haus verschiedenen Anwendungsbereiche. Wem das dann schlussendlich nützt, das ist wirklich die Frage. Da könnte man modernisieren, da sind die Deutschen schon etwas weiter. Wenn man sich dann Befristungen anschaut, die sich aus dem MRG ableiten lassen, die natürlich in der Vollausnahme nicht gelten, wo man dann ganz andere Regelungen hat, wo man dann eine Judikatur des Obersten Gerichtshofs hat, die in Einzelfällen wirklich für Mieter, und sage ich jetzt auch für Mietverhältnisse, wo es mehrere Personen gibt, drastische Auswirkungen hat. Auch dort müsste man dringend einmal ansetzen. Bei diesen Befristungen hat es vor vielen Jahren einen guten Vorschlag gegeben, zumindest die Mindestbefristungen von drei auf fünf Jahre zu erweitern, da wäre den Mietern schon geholfen. Unbefristete Mietverträge haben natürlich auch wieder ihre Vor- und Nachteile, da müsste man dann wirklich das Gesamtbild sehen. Wenn man sich die Obergrenzen anschaut, die es ja jetzt schon gibt, es ist ja nicht so, dass man das jetzt neu einführen würde, da gibt es ja jetzt schon Zu- und Abschläge, fürchterlich kompliziert. Finden Sie einmal eine Wohnung, wo diese Berechnungen auch stimmen. Dann gibt es natürlich die Lagezuschlagskarte in Wien, die eh besser ist als in den anderen Bundesländern, aber immer noch wirklich genügend Raum für Rechtsstreitigkeiten übriglässt. Betriebskostenabrechnungen, die sich auch zum Teil aus dem MRG ableiten lassen,

bitte, man zeige mir eine richtige Betriebskostenabrechnung, die man nicht in irgendeinem Punkt tatsächlich anfechten kann. Also da gibt es so viel Reformbedarf, auch weil es Ihrer Regierung ja oft sehr wichtig ist, nachhaltig zu agieren, naja, man könnte sich dann hier schon Zu- und Abschläge überlegen für gewisse thermische-/energetische Erhaltungszustände von Immobilien. Wie nachhaltig ist eine Immobilie? Schlussendlich profitiert ja dann auch der jeweilige Mieter davon, wenn die Immobilie in einem besseren thermischen Zustand ist. Also da gibt es wirklich sehr, sehr viele Möglichkeiten, etwas zu tun. Wir unterstützen deswegen diese Kernforderung, also der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, ein soziales, modernes Mietrechtsgesetz zu beschließen. Abschaffung der Befristungen, ja, ich meine, wir sind hier, wie wir heute schon festgestellt haben, kein Gesetzgebungskörper, deswegen werden wir jetzt einfach grosso modo zustimmen, nicht im Detail, nicht in allen Punkten, aber das ist jetzt eh nicht unsere Aufgabe, das wirklich zu präzisieren. Und ja, Punkt zwei verstehen wir so, dass wir sagen, gut, es ist aktuell eine Situation, wo wirklich das Wohnen, das Grundbedürfnis eines jeden Menschen, für viele nicht mehr leistbar ist und auch das nehmen wir jetzt zu einem großen Gesamten und fassen auf, dass Sie es gut meinen und wir meinen es auch gut, und deswegen gehen wir mit. Und damit bin ich auch schon am Ende meiner Wortmeldung und sage danke für diesen Antrag. Wir stimmen hier zu *(Appl.).*

GR$^{in}$ Dipl.-Museol.$^{in}$ (FH) **Braunersreuther**:
Kurzes Schlusswort zur Dringlichkeit. Vielen Dank für die Zustimmung von denen die Zustimmung kommt, namentlich Herr Pascuttini. Wie das Mietrechtsgesetz am Ende aussehen soll, da wollen wir auch überhaupt nicht reinreden. Da gibt es, glaube ich, Spezialisten, die ohnehin schon daran arbeiten. Das sind einfach nur ein paar wichtige Punkte, wo wir sagen, die hätten wir gerne drin. Zu dem Abänderungsantrag von Herrn Huber würde ich gerne noch was sagen. Ich denke, seit dem ersten Satz der Wortmeldung, der hat, glaube ich, schon ganz gut beschrieben, warum wir dem nicht zustimmen können. Weil Sie haben gesagt, so funktioniert die Freie Marktwirtschaft

nicht. Es ist, glaube ich, kein Geheimnis, dass wir die Freie Marktwirtschaft nicht so gerne haben. Unter anderem aus diesem Grund stellen wir diesen dringlichen Antrag, weil die Freie Marktwirtschaft in diesem Punkt gezeigt hat, wie negativ sie für die Bevölkerung ist, die sich eben diese Mieten, die jetzt hauptsächlich der Freien Marktwirtschaft unterliegen, nicht mehr leisten können. Dem Abänderungsantrag können wir aber auch inhaltlich nicht zustimmen. Dem ersten Punkt, die Mietzinszuzahlungen zu erhöhen, ich persönlich, ich kenne kaum Menschen, die auf dem freien Markt mieten und die weniger als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete verwenden. Ganz im Gegenteil. Häufig ist es leider so, dass der größte Teil des Einkommens, und auch wenn das ein Familieneinkommen ist, für die Miete draufgeht. Und deswegen wäre es erstens mal nicht leistbar, so etwas zu finanzieren, dann auch nicht sinnvoll, weil die Vermieter könnten ja dann erst recht in die Höhe gehen mit den Mieten, weil sie dann das Gefühl hätten, sie können so viel verlangen, wie sie wollen. Und es wäre auch nicht fair diesen Vermietern gegenüber, und es sind nicht alle Vermieter Spekulanten, es gibt durchaus Vermieter, die im Sinne einer guten Hausgemeinschaft oder weil sie einfach ihre Mieter mögen, die Wohnungen zum günstigen Preis anbieten. Und diese Vermieter, die werden ja dann völlig unfair behandelt, weil die würden ja dann viel weniger ausgezahlt bekommen. Das Ziel muss ja sein, die Mieten überhaupt auf einem leistbaren Level zu halten. Zum zweiten Punkt, dass man die Finanzmarktaufsicht kontaktieren soll, um diese Eigenkapitalquote zu senken, da können wir deswegen nicht mitstimmen, weil es dazu Erfahrungen gibt. Das ist passiert in den USA, und es hat zu der größten Finanzkrise dieses Jahrhunderts geführt, oder einer der größten ja dieses Jahrhunderts, kann man so sagen, weil sich nämlich Leute damit unglaublich verschuldet haben und dann am Ende obdachlos waren, weil sie sich nämlich ihre Häuser, die sie eigentlich kaufen hätten wollen, nicht mehr leisten konnten, es auch kein günstiges Mietangebot gab und sie deswegen ohne irgendetwas dastanden. Also es ist nicht nur eine Finanzkrise, sondern es ist eine massive soziale Krise dadurch entstanden. Und der einzige Ausweg für uns, damit sich die Leute ihre Häuser und ihr Eigentum wieder leisten können, so wie es ja früher war, wenn die Leute gearbeitet haben und gespart haben, dann konnten sie sich

irgendwann ein Eigenheim leisten. Das ist leider heute nicht mehr möglich, weil wenn jemand normal arbeitet und durchschnittlich verdient, ist es leider meistens nicht mehr möglich, genug anzusparen, um sich ein Eigenheim zu kaufen. Vor allen Dingen bei dieser oft wirklich irrealen Preisgestaltung, die am Grundstücksmarkt und am Eigenheimmarkt derzeit vorherrscht und deswegen ist das einfach der falsche Ansatz. Der richtige Ansatz wäre, einfach gescheite Löhne und Gehälter zu zahlen und eben gegen diese Preisgestaltung etwas zu unternehmen, aber nicht die Leute quasi in eine Schuldenkrise zu stürzen. Danke *(Appl.).*

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.***

GR[in] **Robosch**:
Ich wollte mich bewusst, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zum Inhalt melden. Dass das Thema dringlich ist ob der Teuerung, ob der Situation, die wir gerade alle selbst erleben, aber auch in unserer Stadt und bei unseren Mitmenschen erleben, darüber braucht man eigentlich nicht diskutieren. Was die Lösungen dafür sind und was die Inhalte dafür sind, darüber sollten wir eigentlich diskutieren. Und deswegen danke ich der Antragstellerin für diesen Antrag. Wir können dem inhaltlich sehr, sehr, sehr viel abgewinnen. Auch wenn wir über dieses große Thema Mietrechtsgesetz als Gesamtes reden, Universalmietrecht, glaube ich, haben wir schon sehr viele Jahre als SPÖ für dieses Thema gekämpft und das noch nie, wie richtig erwähnt, geschafft, es auch wirklich umzusetzen. Wir glauben aber trotzdem auch, dass es jetzt gerade in dieser Situation, wo wir jetzt gerade sind, mit der Teuerung, so enorm wichtig wäre, vor allem an diesem großen Brocken von den Einkommensausgaben zu reden, die wir als Menschen und als Bevölkerung in Österreich haben. Und dann ist das Hauptthema Mieten und Ausgaben für Wohnen im Allgemeinen. Wir haben gewusst, dass auch schon vor der Steuerung der Hauptinflationstreiber die steigenden Mieten waren. Wir wissen, dass in den letzten 20 Jahren die Mieten um ein Vielfaches gestiegen sind und dass das auch immer ein größerer Brocken von den Ausgaben der Menschen wird. Wir

glauben eben, dass so ein einheitliches Universalmietrecht und ein modernes Mietrechtsgesetz sehr, sehr wichtig wäre. Und wir glauben auch, dass es enorm wichtig wäre, diese Mietpreisbremse endlich einzusetzen. Und deswegen unterstützen wir diesen Antrag nicht nur in Graz und versuchen wir nicht nur in Graz, das auch anzugehen, sondern deswegen können wir diesem Abänderungsantrag nichts abgewinnen, weil dieser Antrag, der jetzt gerade uns vorliegt, zielt auf eine Petition an den Bundesgesetzgeber ab. Das zielt nicht darauf ab, dass wir wieder versuchen, mit unseren eigenen Mitteln innerhalb von Graz versuchen, Erleichterung für Menschen zu schaffen, sondern er setzt darauf an, wirklich im System Reformen zu schaffen, die dann am Ende des Tages wirklich die Mieten senken und auf einem leistbaren Level halten sollen. Das ist das Thema, über das wir gerade reden. Deswegen glauben wir nicht, dass dieser Abänderungsantrag irgendetwas außer Symptombekämpfung ist und deswegen wollen wir das auch unterstützen. Und in dem eigentlichen inhaltlichen Punkt möchte ich auch noch ganz kurz sagen, diese Diskussion führen wir nicht nur gerade im Gemeinderat, sondern die führen wir auch im Nationalrat. Es wird hoffentlich eine Sondernationalratssitzung genau zu diesem Thema geben, wo dann auch diskutiert werden soll für eine Mietpreisbremse und für ein einheitliches Mietrechtsgesetz *(Appl.).*

GR Günter **Wagner**:
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Mitglieder des Stadtsenates, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei der Dringlichkeit habe ich mich nicht zu Wort gemeldet, ich glaube, es ist selbstverständlich, dass das Thema in Zeiten wie diesen sehr dringlich ist. Die Teuerung betrifft uns alle, ob das Mieter oder Eigentümer sind natürlich. Nur dem Antragstext insgesamt kann ich meine Zustimmung so nicht erteilen. Zum einen die komplette Abschaffung der Befristungen und zum anderen dem Punkt zwei, in allen Wohnungen die Indexierung in diesem Jahr auszusetzen. Es gibt auch Vermieter, die ihre Wohnungen, die sie vermieten, finanziert haben, die jetzt vor Mehrkosten stehen. Ich glaube, das kann man einfach nicht so über einen Kamm scheren. Dass man

das Gesetz überarbeiten muss und soll, ja, sehr gerne, aber mit diesen Punkten kann ich nicht leben. Ebenso nicht leben kann ich mit dem Abänderungsantrag der ÖVP, vor allem auch eben die Richtlinie der FMA betreffend, denn das hat schon einen guten Grund, warum man heute eine Eigenkapitalquote vorsieht. Es ist einfach nicht sinnvoll, dass ich eine Immobilie kaufe oder baue und die zu 100 % selbst finanziere, vor allem, so wie es jetzt ist, wo die Zinsen dann steigen und ich mir am Anfang schon nichts zur Seite legen konnte, um zumindest einen Teil selbst davon zu bezahlen, dann werde ich ein Problem haben, die Raten zu bezahlen. Und ich glaube, das ist auch nicht in unserem Sinne, dass dann jeder, der sich ein Eigenheim erwerben möchte, am Tagesende dann dasteht und seine Immobilie dann wieder aufgeben muss, die gar versteigert wird und der auf einem Berg von Schulden sitzen bleibt. Wie gesagt, das Thema ist auf jeden Fall dringlich, aber weder dem vorliegenden Antrag noch dem Abänderungsantrag kann ich dieser Form zustimmen. Danke.

GR^in^ Dr.^in^ **Unger**:
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte zur Diskussion noch einmal die Ebene der Bundespolitik betonen. Wie wir es bereits angedeutet bekommen haben, ist die Regierung gerade dabei, an der Novellierung des Mietrechtsgesetzes zu arbeiten und auch im laufenden Regierungsprogramm sind Punkte zu diesem Thema ganz klar verankert, weil selbstverständlich das Thema der Mieten, der Leistbarkeit und sozusagen auch der Bewältigung der Krise beschäftigt und selbstverständlich uns auch. Aber im Regierungsprogramm nachzulesen, da würde ich alle bitten, das auch noch nachzuholen, sofern das noch nicht passiert ist. Hier geht es auch um die transparente Preisbildung. Es geht um Wohnbauförderungsmittel und Ähnliches mehr. Ich würde bitten, dass wir auch im Hinblick auf die Zuständigkeit einfach auf die Novellierung dieser Thematik entsprechend auf Bundesebene warten, zumal wir einigen der Punkte, und da möchte ich vor allem den Punkt zwei im Antrag erwähnen, durchaus nicht zustimmen können. Ich möchte betonen, dass wir wirklich, es ist schon mehrmals angesprochen worden, Mieter und Mieterinnen und Vermieter

und Vermieterinnen, beide, im Blick haben müssen. Die grundsätzliche Pauschalunterstellung, dass Vermieter ja nur Kapital machen möchten auf Kosten von anderen, das ist bereits erwähnt worden, kann man so nicht stehen lassen, erstens. Und zweitens ist es auch so, dass Vermieter und Vermieterinnen auch, um den Markt entsprechend zu bedienen, auch sozusagen sich engagieren müssen. Diesen Punkt möchte ich ganz gerne noch einmal in Erinnerung rufen, dass auch wir mit der Thematik einiges bereits zu tun hatten in den letzten Monaten und Jahren, möchte ich noch ganz kurz sagen, mit Hinblick auf zwei Anträgen, die im September 2021 gestellt worden sind vom Kollegen Klaus Frölich und vom Kollegen DI Topf, die sich beide mit der Thematik beschäftigt haben: einerseits mit dem leistbaren Wohnen und der sozialen Sicherheit durch Unterstützungsmaßnahmen bei Wohnraum, Eigentum und auf der anderen Seite mit der Einrichtung eines Leerstandsmobilisierungsfonds. Man möge sich bitte auch das Abstimmungsverhalten dazu anschauen. Es hat Abänderungsanträge gegeben, aber im Grunde war damals eine breite Ablehnung jener Fraktion, die das jetzt auf dieser Ebene einfordert, für genau solche Themen vorhanden. Und man muss da berechtigterweise die Frage stellen, wieso es damals war, weil dass das Thema dringend ist, ich glaube, das wird gerade die KPÖ-Fraktion bestätigen, ist nicht erst in den letzten Monaten so geworden, sondern ist schon um einiges länger so. Wir bitten also um einen kalmierten, sicheren und vor allem auch verantwortungsbewussten Umgang mit diesem Thema auf Bundesebene. Danke *(Appl.).*

***Vorsitzwechsel – StR Mag. Krotzer übernimmt den Vorsitz (15.54 Uhr).***

Bgm.in **Kahr**:
Ich möchte Ihnen allen, die sich jetzt so zu Wort gemeldet haben, einmal prinzipiell danken, dass es eine sachliche Diskussion zu dem Thema gibt. Wenn es eine Kategorie an Dringlichkeitsanträgen noch darüber hinaus gäbe, müsste man so eine Dreifach-

Dringlichkeitsantrags-Möglichkeit stellen, weil wenn etwas tatsächlich gar nicht mehr in dieser Form beschreibbar ist, dann ist es tatsächlich die Situation für, und wenn sie wirklich hineinhorchen bei den Leuten, dann werden sie das sehen, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Graz extreme Schwierigkeiten hat mit der Bewältigung der Wohnkosten. Und wir reden hier von Mietwohnungen genauso wie von Eigentumswohnungen. Es ist überhaupt nicht gesagt, dass die Eigentümer von Wohnungen keine Schwierigkeiten haben, im Gegenteil, da ist eigentlich das Unerträglichste oft auch zu sehen. Da haben Damen und Herren ihr Leben lang gearbeitet, jeden Euro gespart, die Eigentumswohnung haben oft viele nicht einmal mehr auf Schulden, sondern sogar schon abbezahlt und überlegen sich jetzt, sie zu verkaufen, weil einfach Betriebskosten und die Energiekosten sie am Rand dessen bringen, was sie noch überhaupt zahlen können. Und das ist kein Schmäh, den Leuten bleiben 150 bis 200 Euro oft übrig, weil ja auch die anderen Lebenserhaltungskosten, jede einzelne Reparatur wird teurer, Sie wissen das ja eh selbst. Es sind alle mit der Teuerung mitgezogen und natürlich ist es beim Wohnen aber etwas, was die Existenz betrifft. Weil die Christine hat das jetzt ein bisschen überspitzt gesagt, wir sind nicht dafür, dass alles reguliert und der Markt nicht *(unverständlich),* aber es gibt ein paar Felder, die kann der Markt nicht zu 100 % regeln. Da werden Ihnen, wenn Sie mit Bürger:innen und Wirtschaftstreibenden diskutieren, diese auch Recht geben. Warum? Weil das eben keine Ware ist wie jede andere. Ich muss gewisse Dinge nicht haben, die der Markt produziert, die es gibt, aber eine Wohnung braucht jeder; und alles, was jeder braucht, kann ich dem Markt alleine nicht überlassen. Und deshalb ist auch, wie die Gemeinderätin Unger vollkommen richtig sagt, das Thema Wohnen immer schon ein dringliches gewesen, weil ein bestimmtes Segment an Menschen sich auch schon vor 10 oder 15 Jahren die Mietpreise am privaten Wohnungsmarkt nicht leisten hat können. Und deshalb gibt es, das kann man drehen und wenden, wie man will, aber kommunaler, öffentlicher Wohnraum wird immer notwendig sein, wenn wir nicht zuschauen wollen, dass einfach durch gesellschaftspolitische Entwicklungen, die manchmal halt besser sind, die jetzt halt ganz schlecht sind, noch mehr an den Rand gedrängt werden, oder gar nicht, also wir würden da Wohnungslosigkeit produzieren.

Und bei allem, was man noch sagen kann, bitte, ihr müsst halt mehr zusammenrücken, ihr müsst halt nicht, was weiß ich, Drei- bis Vier-Zimmer-Küche-Wohnungen nehmen, reduziert euch auf kleinere Wohnungen. Ihr wisst alle, auch kleine Wohnungen kosten. Wir sind derzeit bei 50-bis 55 m²-Wohnungen, die, mit den Heiz- und Betriebskosten, wohlgemerkt, an die die 1.000 Euro kommen. Und das Beispiel ist ja nur deshalb erwähnt worden, weil meine Kollegin hat mir natürlich den Antrag gezeigt, mit dem im Wohnprojekt in Gösting, weil erst vor kurzem eine Dame hier war, und da reden wir von einer berufstätigen Dame, die ihr Leben lang gespart hat, sich gefreut hat auf die Wohnung, kein Luxus ist, weil so riesig ist sie nicht. Der bleiben, das haben wir dann ausgerechnet, weil da haben wir die Heizung, die Betriebskosten und den Strom noch gar nicht dazugerechnet, 200 Euro übrig. Weil natürlich das Heizen, aber auch die Mietkosten durch die dreifache Teuerung der Indexierung so gestiegen ist. Und das ist auch nicht das teuerste Beispiel, weil das glaubt man dann eh fast nicht mehr, wenn es erzählt wird, weil man glaubt da immer, man erfindet Sachen. Und insofern danke ich sehr dem Herrn Gemeinderat Klubobmann Pascuttini, weil da merkt man, dass er Jurist ist, weil man muss sie wirklich mit dem Mietrecht beschäftigen, um zu verstehen, um was es da geht. Das ist wirklich keine Kleinigkeit und ich bin auch keine Juristin, aber wenn man sich jahrzehntelang damit beschäftigt, weiß man doch recht viel auch schon, und es ist seit Jahrzehnten auch Thema. Das Mietrechtsgesetz gehört geändert, ich ersuche und bitte auch alle Juristen, die sich hier mit dem Mietrecht beschäftigen, weil es ganz schwer zu durschauen ist und auch um zum Recht zu kommen. Du brauchst auch Rechtsvertreter, die das kostenlos machen, nicht jeder kann sich einen teuren Rechtsanwalt leisten. Die meisten trauen sich auch gar nicht, und eigentlich wollen wir ja gar nicht dahin. Deswegen ist das ja wichtig, ein modernes, soziales und transparentes Mietrechtsgesetz. Da steht nichts von einem Deckel drinnen, aber das Ziel muss sein, dass es keine Wuchermieten mehr geht gibt. Weil wo sind wir denn da dabei, wenn wir Netto-Mietzins kalt haben, 11, 12, 13, 14, im konkreten Beispiele sind wir bei 15 Euro. Und kein Hauseigentümer, ich weiß nicht, wer das angesprochen hat, ich glaube, der Herr Gemeinderat Wagner, wenn die Gemeindewohnungen, natürlich, die Stadt Graz hat auch Gemeindewohnungen und natürlich muss man schauen, dass

Mietzinsreserven gebildet werden können. Und du kannst nicht, wenn jedes Jahr Indexierungen waren, immer aussetzen, du musst auch einmal wieder nachziehen, aber nicht zum Beispiel, wie wir es jetzt heuer haben, mit 8,6 %. Das ist immens viel im Wissen, dass eh letztes Jahr drei Erhöhungen für die Leute waren, und da reden ich noch von den Heizkosten, Betriebskosten und so weiter gar nicht. Deshalb ist das nicht überbordend und im Minimum müsste man wenigstens die Forderung, die die Arbeiterkammer zu Recht einbringt, nämlich die 2 % Maximal-Indexierung. Also wenn man das nicht einsieht, dass das jetzt in der Situation fast ein Gebot der Stunde ist, dann weiß ich nicht, dann ist die Debatten einfach nicht ernst gemeint, wenn man sich um Menschen sorgt. Das ist das Minimum. Und das ist auch der Grund, warum wir letztes Jahr bei unseren Gemeindewohnhäusern die Erhöhung nicht gemacht haben, heuer aber nachziehen müssten, aber natürlich nicht um 8,6 %. Das wäre ja ein Wahnsinn. Und zur Mietzinszahlung, das möchte ich nur noch als Letztes sagen, noch einmal, das sind Beispiele, die angeführt sind, mit der Befristung, das ist eh dann die Debatte, die dann geführt werden muss, aber es ist ein ernstes Thema, weil die Menschen investieren immer weniger auch in den Wohnraum, wenn sie wissen, es ist eh nicht sicher, ob ich den Mietvertrag verlängert bekomme und es ist für jeden Eigentümer, und reden Sie mit Eigentümern, ich tu das, es ist ganz ungut und schädlich, wenn eine ständige Fluktuation da ist. Nachbarschaften kennen sich immer weniger. Es ist wichtig, konstante, dauerhafte Mietverträge zu haben zur Sicherheit der Bewohner, aber auch des Eigentümers. Und die Mietzinszuzahlung, die ist eine Errungenschaft, in ganz Österreich gibt es das in dieser Weise in keiner Stadt, und sichert unseren knapp 12.000 Gemeindemietern, dass dort niemand mehr als ein Drittel vom Einkommen zahlen muss. Warum war das notwendig? Wir haben es damals eingeführt und darum gekämpft, weil Annuitätensprünge durch Auslaufen von Förderungen und Landesförderdarlehen da waren, und das war notwendig gewesen, weil sonst hätten auch Leute ausziehen müssen. Und wir haben ja auch in unseren Gemeindewohnungen Menschen, die haben sehr viel Geld selber in die Wohnung gesteckt, weil eben damals keine Heizung drinnen war, weil kein Bad drinnen war, und nur, weil die Kinder ausgezogen sind und die Wohnung halt größer ist und durch

Mietsteigerung oder Preissteigerungen sie dann im Alter alleine ankommen, dann ausziehen müssen. Das ist nicht im Sinne des Erfinders. Und deshalb haben wir diese Mietzinszuzahlung. Aber wenn wir für alle 12.000 Gemeindemieter die Mietzinszuzahlung zahlen müssten, Gott sei Dank sind unsere Mietpreise nicht so hoch, dann wären wir da bei, wir haben es einmal ausgerechnet mit dem Kollegen Uhlmann, weil es uns interessiert hat, da wären wir bei 7 bis 8 Millionen Euro jährlich an Zuzahlung. Also das ist natürlich nicht der Sinn dieser Mietzinszuzahlung. Da ist es nur darum gegangen, bei veränderten Einkommensbiographien oder auch bei unerwarteten Wohnkostensteigerungen unseren Gemeindemietern zu helfen. Und es kann jetzt nicht Sinn und Zweck sein, durch Individualförderung privaten Mietwucher zu finanzieren. Also wir müssen in die Objektförderung investieren, aber das ist ein ganz anderes Thema, da kommen wir dann zum Dringlichen von der Kollegin Wutte, weil das ist dann das nächste Thema. Da geht es jetzt eigentlich um ein Verständnis und einmal Ernst-Nehmen der eigenen Argumente, die ich eigentlich überall herausgehört habe, nämlich in diesem Jahr in erster Linie einmal die Mieter auch am privaten Wohnungsmarkt nicht noch zusätzlich zu belasten und deshalb bitte ich Sie, den dringlichen Antrag auch anzunehmen. Danke *(Appl.).*

***Vorsitzwechsel – Bgm.in Kahr übernimmt den Vorsitz (16.05 Uhr).***

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Neos) angenommen.***

***Vorsitzwechsel – StR Mag. Krotzer übernimmt den Vorsitz (16.06 Uhr).***

## 8.2 Formulare in einfacher Sprache (GR Philipp Ulrich, KPÖ)

GR **Ulrich**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Heute habe ich einen dringlichen Antrag, um Formulare in einfacher Sprache darzustellen. Gerade Menschen mit Behinderung sind sehr vielfältig in den Ressourcen und Bedürfnissen. Wir haben verschiedene Gruppen von Menschen mit Behinderung, wir haben die Sinnesbeeinträchtigten, wir haben die körperlich Beeinträchtigten und auch Menschen mit Lernschwierigkeiten. Und in all diesen Gruppen haben wir eine relativ hohe Bandbreite an Möglichkeiten und an Unterstützungsbedarf. Gerade die Gruppe der Lernschwierigkeiten, da haben wir halt Menschen, die Vollzeitbetreuung brauchen, das ist in etwa das wie die Einrichtung, in der ich arbeite, und dann haben wir natürlich auch ganz viele, die total klasse und fit unterwegs sind und nicht mehr so viel Unterstützung brauchen. Aber damit diese Menschen noch autonomer, noch selbstbestimmter werden, können wir ihnen Angebote schaffen. Und eines dieser Angebote, um diesen Menschen mehr Autonomie zu ermöglichen, wäre, Formulare in einfacher Sprache ihnen anzubieten. Und zwar würde das den Betroffenen helfen, die Inhalte schneller zu erfassen und das Gelesene gleich auch in die Tat umzusetzen. Im Grunde, wir kennen das ja alles selber, wir haben ja oft selber die Formulare zum Ausfüllen und manche dieser Formulare in Behördendeutsch sind ja für Menschen ohne Lernschwäche schon eine Katastrophe. Menschen mit Lernschwäche sind ja natürlich dann oft total aufgeschmissen. Wir haben diese einfachen Formulare bereits in gewissen Segmenten, wo es um Menschen mit Behinderung geht, meistens, wenn es um Ansuchen der Behindertenhilfe geht, oder ich habe auch geschrieben, der Behindertenbeirat hat auch seine Dokumente in einfacher Sprache. Wo es noch ein bisschen hapert, ist bei den grundsätzlichen Dokumenten wie Reisepässen, wie auch, wenn man heiraten möchte, die Heiratsdokumente, Sissi, für dich habe ich geschrieben, die Leute gehen in die Kirche, aber treten halt auch aus. Da braucht man halt auch ein Dokument. Also wir sollten

ihnen helfen, weil den Lebensalltag dieser Menschen wir können ihn vereinfachen, wir können sie selbstständiger machen. Und gerade hier als Stadt Graz können wir unsere Hilfe anbieten und die Formulare so gestalten, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten sie selbstständig, ohne Unterstützung ausführen können. Mir ist auch gesagt worden, dass das von Seiten des Präsidialamtes gegenüber dem Bürger:innenamt schon mehrfach angeregt worden ist, die Dokumente in einfacher Sprache umzusetzen.
Und deshalb stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Das Bürger:innenamt wird ersucht zu prüfen, welche Formulare besonders geeignet sind, sie für Menschen mit Lernschwierigkeiten in einfacher Sprache zusätzlich anzubieten und dem Gemeinderat bis zu seiner Juni-Sitzung dahingehend einen Bericht vorzulegen. Vielen Dank *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***
*Menschen mit Behinderungen sind sehr vielfältig in ihren Ressourcen und Bedürfnissen. Gerade bei der Gruppe von Menschen mit Lernschwierigkeiten stößt man auf ein besonders breites Spektrum an unterschiedlichen Unterstützungsbedarf. Manche benötigen eine Vollzeitbetreuung, andere wiederum leben sehr selbständig. Gerade die Gruppe der Selbständigen beziehungsweise der Teilzeitbetreuten kann durch spezielle Angebote seitens der Gesellschaft in ihrer Autonomie gestärkt werden. Eines dieser Angebote wäre, dringend benötigte Informationen in einfacher Sprache zu formulieren. Das würde den Betroffenen helfen, Inhalte schneller zu erfassen und das Gelesene gegebenenfalls auch gleich in die Tat umzusetzen. In einigen behördlichen Bereichen – vor allem jene mit starkem Behindertenbezug, wie dem Sozialportal des Landes Steiermark oder dem Behindertenbeirat der Stadt Graz – werden Dokumente schon zusätzlich in solchen Formaten angeboten. Der Lebensalltag dieser Menschen umfasst allerdings sehr viel mehr: Sie heiraten, fahren auf Urlaub, ziehen um, gehen in die*

*Kirche oder treten aus dieser aus. Für manche dieser Tätigkeiten benötigt es viele Seiten an Anträgen und genügend Sitzfleisch. Gerade hier können wir ihnen als Stadt Graz unsere Hilfe anbieten und die Formulare so gestalten, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten sie selbständig ohne Unterstützung ausfüllen können.*
*Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden*

***Antrag zur dringlichen Behandlung:***

*Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:*
*Das Bürger:innenamt wird ersucht zu prüfen, welche Formulare besonders geeignet sind, sie für Menschen mit Lernschwierigkeiten in einfacher Sprache zusätzlich anzubieten und dem Gemeinderat bis zu seiner Juni-Sitzung einen dahingehenden Bericht vorzulegen.*

StR[in] **Schönbacher**:
Sehr geehrter Antragsteller, lieber Philipp. Ich danke dir für diesen Antrag. Ich komme in der Fragestunde ja leider selten dran, aber genau für diesen Bereich darf ich als Stadtsenatsmitglied zuständig sein. Und ja, es gibt selten eine Frage in der Fragestunde, weil wo etwas gut funktioniert, da werden ja keine Fragen gestellt, habe ich mir heute gedacht. Aber im Bürger:innenamt, da bin ich sehr, sehr froh, dass gerade das Bürger:innenamt sehr serviceorientiert ist, nachdem ich selbst aus der Dienstleistungs- und aus der Servicebranche kommen. Natürlich gibt es ständig Evaluierungsmaßnahmen und Bemühungen, in einfacher Sprache auch im Bürger:innenamt dieses Thema umzusetzen, weil es einfach nicht nur für die Bürger selber wichtig ist, sondern auch für die Mitarbeiter:innen selber auch einfacher ist, eine Arbeitserleichterung ist, wenn Formulare in klarer Sprache und sehr verständlich ausgeführt sind. Es gibt da zwei Ergänzungsvarianten: Die eine ist, es gibt einfach gewisse juristische Formulierungen, die man nicht umformulieren darf, weil es einfach dann eine rechtliche Konsequenz haben würde. Und die Passagen, die eben juristisch

sind, die müssen eben so bleiben, auch wenn es nicht einfach zu verstehen ist, nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern einfach für Bürger, die damit selber nie was zu tun haben. Verstehe ich schon, dass das schwierig ist, geht mir auch bei manchen Dingen so, dass man das öfter lesen muss. Und die zweite Sache, die ich ergänzen muss, ist, dass es eben Formulare gibt, für die das Bürger:innenamt selber gar nicht zuständig ist, wie zum Beispiel die Meldezettel.
Der heutige Antrag gibt mir aber auch die Gelegenheit, dass ich mich bei den Mitarbeiter:innen im Bürger:innenamt bedanke, weil es wirklich ein Servicebetrieb ist und ich mich immer wieder daran erfreue, wenn ich mir anschaue, wie gearbeitet wird und deshalb möchte ich mich einfach bei den unterschiedlichen Referaten sehr, sehr bedanken, dass sie bürgernah arbeiten, serviceorientiert sind, immer bürgerfreundlich sind, und zwar ist das die Servicestelle, das Referat für Wahlen, Gewerberecht, das Referat für das Standesamt und für die Staatsbürgerschaft. Da bedanke ich mich wirklich bei allen Mitarbeiter:innen sehr, sehr herzlich und freue mich über die gute Zusammenarbeit *(Appl.).*
Aus diesem Grund sind wir natürlich sehr, sehr bereit, das Serviceangebot zu verbessern, zu überprüfen und zu erweitern und die Formulare anzupassen, was sowieso jederzeit gemacht wird, aber natürlich stimmen wir diesem Antrag sehr gerne zu, lieber Philipp *(Appl.).*

GR **Ammerer**:
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Stadtrat Krotzer, Hohensinner und Frau Schönbacher, werte Zuseher:innen im Livestream, auf der Galerie ist gerade niemand. Ich freue mich sehr über diesen Antrag, lieber Philipp. Er ist wirklich super, du bist mir damit auch ein bisschen zuvorgekommen, aber sowas ärgert mich nicht, sowas freut mich einfach, weil es geht ja um die Sache. Leute mit Lernschwierigkeiten sind gerade solche, die in weiten Teilen ein autonomes Leben führen, eben oft vor solche Hürden gestellt. Und unsere Aufgabe als Politik, aber auch in der Verwaltung, ist es, diese Hürden abzubauen, wo es möglich ist. Die Kollegin Schönbacher hat ja schon erwähnt,

es gibt bestimmte Punkte, wo es nicht möglich ist, da umzuformulieren, aber eben auch sehr viel, wo es geht. Und da ist es extrem wichtig, dass wir eben diesen Schritt setzen, Formulare, wo es geht, in einfacher Sprache zur Verfügung zu stellen. Es gibt Unmengen an Pilotprojekten in anderen Städten oder auch zum Beispiel in den Medien, wo Artikel in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden. Und man sieht, das funktioniert ganz wunderbar und man gibt den Menschen ein wirklich großes Stück Partizipation wieder zurück, das denen vorher nicht so leicht möglich war zu haben. Ich brauche eigentlich nicht viel mehr dazu sagen. Wir stimmen diesem Antrag natürlich in der Dringlichkeit und im Inhalt zu. Danke, lieber Phillip, tolle Sache *(Appl.).*

GR[in] Dr.[in] **Unger**:
Sehr geehrter Stadtrat Krotzer, sehr geehrte Damen und Herren. Auch wir werden dem Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt zustimmen, weil es natürlich sinnvoll und auch Aufgabe ist, dass alle, die in Graz wohnen, so gut wie möglich mitgenommen werden und natürlich auch bei Behördenwegen gut unterstützt werden können. Der Magistrat macht das in einer kontinuierlichen Arbeit und ist besonders seit 2015 damit beschäftigt, auch eine Markensprache im Haus Graz zu etablieren, die verständlich ist und für alle eben eine Unterstützung anbietet, die sie brauchen. Wobei jedes Hauptaugenmerk auf den ungefähr 20 % Erwachsenen mit Leseschwierigkeiten oder auch bei Menschen mit anderen Erstsprachen liegt. Da gibt es natürlich bereits zahlreiche Dinge wie die Willkommensmappe für Mitarbeiter:innen, die auch sozusagen sensibilisiert für dieses Anliegen und selbstverständlich gibt es auch für Menschen, die nach Graz ziehen, unter anderem eine entsprechende Unterlage. Ich darf da nur auf das Integrationsreferat verweisen, das auch Unterlagen anbietet erstens in mehreren Sprachen und auch mit der capito App versehen, eine Möglichkeit bietet, in einfacherer Sprache auch die Verständlichkeit zu heben. Ich möchte einen Aspekt nur kurz betonen zum Dank an die Präsidialabteilung und das Bürger:innenamt, die ja bereits erwähnt wurden: Vollkommen zu Recht, dass auch die Abteilungen eine entsprechende Verantwortung hier tragen und wahrnehmen, weil es eben je

nachdem, welche Anliegen bearbeitet werden, einfach auch sehr stark darauf ankommt, inwiefern ein Bearbeitungsfluss, ein Bearbeitungszeitraum durch eine Veränderung von Formularen und so weiter erleichtert und für die Menschen auch nachvollziehbarer gemacht werden kann. Insofern danke ich für die Initiative, wir stimmen sehr gerne zu und ich darf mich im Namen meiner Fraktion sehr herzlich dafür bedanken, dass da auch alle Abteilungen, sofern mir das im Vorfeld berichtet wurde, einfach auch sehr kooperativ sind und für dieses Anliegen auch sehr viel Verständnis haben im Sinne des Servicecharakters unserer Stadt. Danke *(Appl.).*

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

StR **Hohensinner**:
Ich möchte ganz spontan was dazu beitragen. Wir haben ja vor etwa vier bis fünf Jahren, ich war jetzt gerade beim Magistratsdirektor, haben wir ein ähnliches Projekt angestoßen. Wir haben gesagt, wir wollen die Formulare, weitgehend alle Formulare, verständlich machen. Ich war damals selbst bei atempo, die haben eine App entwickelt, und der Magistratsdirektor hat dankenswerterweise damals geprüft, wo man es gleich einmal umsetzen kann, wo man allgemeinverständlicher formulieren kann. Da hat es ein Projekt, das hat geheißen „einfach verständlich“, da hat man ziemlich alle Dokumente leichterverständlich formuliert und in manchen Bereichen haben wir diese atempo-App zugekauft, wie zum Beispiel im Integrationsreferat. Und ich finde das ganz wichtig, dass wir von Zeit zu Zeit einfach schauen, wo könnte man jetzt das zusätzlich umsetzen. Und von dem her bedanke ich mich auch für den dringlichen Antrag. Und ja, ich bin überzeugt, dass wir das ausweiten können, und wenn es einigen Leuten hilft, die Sachen leichter zu verstehen, dann haben wir schon gewonnen. Danke *(Appl.).*

GR **Ulrich**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bedanke mich herzlichst für diese breite Zustimmung, die sich da anbahnt. Ich möchte nur ganz kurz, Frau Schönbacher, weil Sie gesagt haben, das Bürgerinnen- und Bürgeramt funktioniert hervorragend. Ja, tut es. Es ist wirklich gut dort und das hat einen total klassen Servicecharakter. Du hast gemeint, gewisse juristische Formulierungen kann man nicht umformulieren. Da würde ich dich bitten, die Anregung mitzunehmen, ob man diese nicht streichbaren Formulierungen vielleicht durch einen Erklärungstext ergänzen könnte, weil damit wären sie ja noch immer da und man würde trotzdem verstehen, worum es geht. Vielen Dank, Claudia, dass du das in die Hand nimmst, dich darum scherst. Und ja, danke, liebe Kolleginnen und Kollegen.

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

***Vorsitzwechsel – Bgm.in-Stv.in Mag.a Schwentner übernimmt den Vorsitz (16.19 Uhr).***

**8.3 KlimaTicket Steiermark – Beibehaltung der beliebten Jahres- und Halbjahrestickets für die Zone 101**
**(GRin Cornelia Leban-Ibrakovic, MBA, ÖVP)**

GRin **Leban-Ibrakovic**:

Sehr geehrte Damen und Herren, werter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Man wird sich vielleicht jetzt wundern, warum von uns ein dringlicher Antrag zu diesem Thema kommt. Weil wir auch letztes Mal zugestimmt haben. Zuallererst, wir sind an sich sehr begeistert vom KlimaTicket Steiermark. Wir haben ja auch die Förderung für alle Graz und Grazerinnen gefordert und sind da auch dankbar, dass die umgesetzt wurde, haben wir auch letztes Mal festgestellt. Wir sehen auch durchwegs sehr viele Verbesserungen im Tarifsystem. Aber nach den ersten Zeitungsartikeln und Veröffentlichungen haben sich sehr viele Bürger und Bürgerinnen bei uns gemeldet,

vor allem eben auch Familien mit mehreren Personen oder auch Wirtschaftstreibende, und haben eben sich mit drei Punkten geäußert, die ich jetzt da gerne darlegen würde, warum wir diesen dringlichen Antrag, und vor allem jetzt, einbringen. Weil wir denken, dass dieses Tarifmodell vielleicht doch noch einmal überdacht werden sollte, vor allem vor der Einführung im März. Das Erste, wurde heute schon mehrfach angesprochen, ist die massive Teuerung. Es fällt jetzt einfach tatsächlich so, dass der, der die Jahreskarte Graz jetzt gegen das KlimaTicket Steiermark tauschen muss, fast 20 % Teuerung erfährt. Und ja, es gibt eine Mehrleistung, aber eben für viele ist diese Mehrleistung nicht erwünscht oder auch nicht brauchbar. Ich kann Ihnen dann auch Beispiele, wenn erwünscht, nennen für Familien oder auch Wirtschaftstreibende, die für ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zum Beispiel das Jobticket zur Verfügung stellen und die sich innerhalb von Graz bewegen. Und ich möchte da auf die Frau Bürgermeisterin auch noch einmal verweisen, auf Ihre Rede, dass eben diese sprunghafte Valorisierung, die dann immer als Grund genannt wird für diese Verteuerung, vielleicht jetzt zum jetzigen Zeitpunkt doch noch einmal überdacht werden sollte. Und ich möchte da vielleicht etwas aus der Vergangenheit zitieren, denn ja, wir sind für Valorisierung, aber jetzt ist eben ein besonderer Zeitpunkt, und Sie als KPÖ haben sich ja immer eigentlich dagegen ausgesprochen, und möchte auch gerne ein paar Zeilen vorlesen von einem Antrag von 2021, also im Juni: „Vorweg möchte ich eben in da eine politische Einordnung vornehmen: Allen Bekenntnissen zum Klimaschutz und Attraktivieren der Öffis zum Trotz steht mit 1. Juli die nächste Tariferhöhung ins Haus. Den Lippenbekenntnissen müssen endlich Taten folgen, dringend auch in der Preispolitik“, fordert eben damals die zuständige Verkehrsstadträtin Elke Kahr. „Während andere den Null-Tarif einführen, wird bei uns die Tarifschraube weiter angezogen. Erneut soll die Erhöhung von durchschnittlich 2,25 % vor allem zu Lasten der vergünstigten Jahreskarte gehen, und sollte die Stadt ihre Zuzahlung von 175 Euro nicht erhöhen, wird man heuer schon satte 315 Euro dafür zahlen müssen. Das entspricht einer Kostensteigerung von 38 % innerhalb der letzten sechs Jahre. Und das ist nicht mehr vertretbar und wir sehen hier dringend Handlungsbedarf. Eine weitere Erhöhung ist jedenfalls das falsche Signal.“ Und deswegen, und auch jetzt die Rede

noch einmal davor von den Mietpreisen, vielleicht ist es wirklich wichtig, da noch einmal hinzuhören und die Sorge der Bürger und Bürgerinnen auch aufzunehmen und da noch einmal genauer hinzuschauen. Weil für Einpendler aus den Umlandbezirken, natürlich ist das jetzt ein attraktives Angebot, aber für Familien ist es einfach nicht interessant, oft allein durch die Zeit in der Steiermark sich zu bewegen und da wird es eben massiv teurer. Der zweite Punkt ist, dass das Halbjahresticket tatsächlich nur durch eine Stornierung erreicht werden kann. Und wir haben jetzt ersucht, die, die sich bei uns gemeldet haben, Bürger und Bürgerinnen, das zu erklären, und die haben die Hände über dem Kopf zusammengeworfen und haben gemeint: Ihr wollt doch für weniger Bürokratie einstehen, für ein niederschwelliges Angebot, um den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Das scheint mir jetzt hier nicht gegeben und da glaube ich, dass es wichtig ist, dass man doch noch einmal drüber nachdenkt, weil viele tatsächlich nur in den Wintermonaten die Öffis nutzen wollen und sonst mit Rad oder zu Fuß gehen wollen und deswegen das Halbjahresticket wirklich ganz, ganz wichtig ist. Und der dritte Punkt ist, dass einige Vergünstigungen, die auf die Jahreskarte Graz eben angewendet werden konnten, jetzt noch nicht, vielleicht noch nicht, weiß ich nicht, aber zumindest jetzt nicht in dieses Tarifmodell übernommen wurden und daher sich jetzt wirklich einige gemeldet haben, vor allem Menschen mit Behinderung, die da eine massive Teuerung erfahren würden. Zum Beispiel die Sondernetzkarte vom Blindenverband, die gibt es, und die hat jetzt ermöglicht, dass sehbehinderte Personen kostenlos sich in Graz bewegen, das heißt, die müssten jetzt ein KlimaTicket Steiermark lösen und hätten eben jetzt auf einmal 368 Euro Mehrkosten. Das heißt, da gilt es einfach noch einmal zu schauen, und es gibt da noch einige andere Beispiele, die uns genannt wurden, um das jetzt noch einmal vor Inkrafttreten im März hier noch einmal anzuschauen.
Und deswegen stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

**dringenden Antrag:**

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine Umfrage unter den Jahreskarten- und Halbjahreskartenbesitzer:innen mit dem Ziel durchzuführen, ob sie weiterhin für die Beibehaltung der jetzigen Jahres- und Halbjahreskarte zum bisherigen Preis sind. Vielleicht nur ein kleiner Einwurf da von mir, ich glaube, die Bürgerbeteiligung wäre auch da jetzt in diesem Sinne vielleicht noch einmal wirklich sehr erwünscht.
2. Sollten mehr als 10 % diese Frage befürworten, soll geprüft werden, ob beide Karten zum derzeitigen Preis von 315 Euro beziehungsweise 284 Euro erhalten werden können. Beziehungsweise da ist auch noch einmal zu sehen, dass man da eben schaut, ob das irgendwie möglich ist, diese sprunghafte Valorisierung vielleicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht schlagend zu machen.
3. Ein Sonderverkehrsausschuss soll einberufen werden, um die nicht berücksichtigten Vergünstigungen für Menschen mit Behinderung sowie alle weiteren offenen Punkte zu diskutieren. In Folge sollen alle Vergünstigungen für Menschen mit Behinderung übersichtlich zusammengefasst dargestellt werden. Weil das ist mir auch aufgefallen bei der Recherche, dass das sehr unübersichtlich ist. Dankeschön *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die zusätzliche Förderung des „KlimaTicket Steiermark“ durch die Stadt Graz, der auch die Grazer Volkspartei zugestimmt hat, ist eine wichtige und richtige Entscheidung. Die beliebten „Jahreskarte Graz“ und „Halbjahreskarte Graz“ werden im Zuge dieser Maßnahme allerdings ersatzlos eingestellt.*

*Ein Umstand, der von vielen Bürger:innen kritisch gesehen wird: Zahlreiche Besitzer:innen der bisherigen Jahres- und Halbjahreskarten monieren zurecht, dass sie zwar nun eine zusätzliche Leistung bekommen – eine Leistung, nach der sie allerdings nicht gefragt haben und die sie in den meisten Fällen auch gar nicht brauchen beziehungsweise nutzen wollen und für welche auch noch mehr zu bezahlen ist – mit*

*rd. 17 % ist zu rechnen. Eine Wahlfreiheit zwischen KlimaTicket Steiermark und der bisherigen Jahres- und vor allem Halbjahreskarte Graz für Benutzer:innen der Grazer Öffis, die sich ausschließlich in der Stadt öffentlich bewegen wollen, gibt es leider nicht.*

*Gerade für Nutzer:innen der Halbjahreskarte Graz, die beispielsweise saisonal mit dem Rad unterwegs sind und nur in der kalten und unwirtlichen Jahreszeit mit den Öffis fahren wollen, ist die ersatzlose Umstellung auf das KlimaTicket Steiermark besonders ärgerlich. Es steht zu befürchten, dass diese große Gruppe nun gänzlich – im Hinblick auf den dann tatsächlich empfindlichen Kostenanstieg auf den Kauf eines KlimaTickets Steiermark verzichten wird. Der gewünschte Effekt, nämlich der Umstieg vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr, ist daher nicht gegeben. Im ungünstigsten Fall wird diese Maßnahme wieder Anlass geben, auf den Privat-PKW zurückgreifen.*

*Weiters sind nicht alle Vergünstigungen für Menschen mit Behinderung, wie z.B. die Sondernetzkarte des Blindenvereins, im neuen Modell berücksichtigt.*

*Es sollte den Kund:innen überlassen werden, für welche Variante sie sich entscheiden und nicht eine Lösung als die einzig seligmachende diktiert werden.*
*Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den folgenden*

***dringlichen Antrag:***

1. *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine Umfrage unter den Jahreskarten- und Halbjahreskartenbesitzer:innen mit dem Ziel durchzuführen, ob sie weiterhin für die Beibehaltung der jetzigen Jahres- und Halbjahreskarte zum bisherigen Preis sind.*
2. *Sollten mehr als 10 % diese Frage befürworten, soll geprüft werden, ob beide Karten zum derzeitigen Preis von 315 Euro beziehungsweise 284 Euro erhalten werden können.*

3. *Ein Sonderverkehrsausschuss soll einberufen werden, um die nicht berücksichtigten Vergünstigungen für Menschen mit Behinderung sowie alle weiteren offenen Punkte zu diskutieren. In Folge sollen alle Vergünstigungen für Menschen mit Behinderung übersichtlich zusammengefasst dargestellt werden.*

GR **Lenartitsch**:
Werte Stadtregierung, liebe Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen in den Sitzreihen und liebe Zuseher von zuhause. Ich habe den Antrag mehrmals durchgelesen und wer genau weiß, wo ich herkomme, der hat eigentlich damit rechnen müssen, dass ich dort rauskomme. Es geht um Fahrscheine, mein Beruf war Busfahrer, oder ich bin es noch immer, das heißt, ich kenne mich damit sehr gut aus. Und wenn man aber die Zahlen sich genau anschaut, welche Karten verkauft wurden, muss ich ganz ehrlich sagen, für 580 Halbjahreskartenkäufer im ganzen Jahr weiß ich nicht, ob die nicht vielleicht sich überlegen sollten, auf eine Jahreskarte umzusteigen, denn wenn man berechnet, dass eine Halbjahreskarte 284 Euro kostet und eine Jahreskarte im Moment 315, wo ich sage, da kann ich sechs Monate länger fahren, ist es auch noch vielleicht eine übertragbare, wo die ganze Familie fahren kann, ist das vielleicht ein größerer Vorteil, als wie nur sechs Monate unterwegs zu sein. Weiters ist es so, es geht ja nicht, die Karte nicht zu erhöhen. Wir sind im Verkehrsverbund und der Verkehrsverbund schreibt vor, es sind ja nicht nur wir da, sondern das betrifft die ganze Steiermark, dass wir unsere Fahrscheine beziehungsweise die Fahrkarten erhöhen. Und bei uns ist das so geregelt, einmal kommen die Stunden- und die Tageskarten dran und im nächsten Jahr kommen so quasi die Wochen- und die Monats- und Jahreskarten dran. Das Jahr darauf wieder die Stunden- und Tageskarten, so wechselt sich das ab. Wir haben auch eine Tarifbestellung bei uns im Haus Graz, da geht es um 10 Millionen Euro. Das heißt, je mehr oder je günstiger wir werden, desto weniger Geld hat im Endeffekt die Holding dann gemacht. Was vielleicht in den letzten Jahren dann ein bisschen noch prekärer wäre, weil wir als Stadt so quasi immer diese Zahlungen getätigt haben laut dem Verkehrsdienstleistervertrag, den wir eigentlich

leisten sollten. Dadurch, dass wir eine gestützte Jahreskarte haben, zum Glück, die die Stadt beziehungsweise wir als Gemeinde- und Stadtvertreter stützen, ist sie auch leistbar. Wenn man sich nämlich den Haustarif anschaut, Haustarif heißt, das ist der, was das eigentlich kostet, das heißt, da hat es einmal eine Zeit gegeben, da wurde uns Mitarbeitern, das war 2012, die Freifahrt gestrichen beziehungsweise Angehörigen, weil uns vorgerechnet wurde, wie teuer diese Karten sind. Man hat nicht herausgenommen, ob wirklich alle Angehörigen eine Karte haben, sondern nur eben was wäre wenn, und deswegen haben wir dann die Angehörigenfreifahrt verloren. Eine Haustariftkarte kostet über 600 bis 700 Euro. Das heißt, das sind wir eigentlich der Stadt wert, also einem Unternehmen, dass wir fahren. Sprich, würden wir nicht im Verbund sein, wären unsere Jahreskarten ganz schön exorbitant hoch. Das werden und wollen wir uns wahrscheinlich auch nicht leisten. Wir können daher dem Antrag nicht folgen, aber wo man sicher darüber reden kann, da schauen kann, ist, wenn man sagt, ok, wo kann man für Vergünstigungen weiterhin schauen, dann muss man allerdings auch mit dem Verbund reden und beziehungsweise auch mit dem KlimaTicket, also mit den ÖBB, dass wir vielleicht alle dieselben Vergünstigungen anbieten. *(Appl.).*

KO GR Mag. **Pascuttini**:
Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat, liebe Antragstellerin. Wir werden diesem Antrag zustimmen im Inhalt und haben auch einen Zusatzantrag vorbereitet, der darauf abzielt, dass auch in Zukunft bei diesen Halbjahres- und Jahreskartenvarianten eine zinslose Teilzahlungsvariante eben ermöglicht wird, dass man eben ähnlich einer Null-Prozent-Finanzierung nicht den Gesamtbetrag auf einmal leisten muss, sondern eben auch diese Ratenzahlung in Anspruch nehmen kann. Ich bitte um Zustimmung

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den*

***Zusatzantrag:***

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*4. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob alle künftigen Halbjahres- und Jahreskartenvarianten durch eine zinslose Teilzahlungsvariante angeboten werden können.*

GR[in] **Herlicska**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich möchte auch ein paar Worte zum Thema KlimaTicket und der Aufwertung eigentlich der Möglichkeiten der Grazerinnen und Grazer mit dieser Reform der Mobilität betreffend sagen, und zwar ist es ja so, dass Mobilität zum Leben aller Menschen dazugehört und dass wir das auch möglichst vielen Menschen in Graz ermöglichen wollen. Und mit der Aufwertung der Jahreskarte auf ein KlimaTicket heißt das, dass Menschen, die in Graz leben, auch über die Stadtgrenze hinaus sehr preisgünstig und sehr …

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

GR[in] **Herlicska**:

Geht's noch? Ja? Danke.

… sehr preiswert und auch sehr komfortabel reisen können. Das heißt, es gibt ja nicht nur Menschen, die nach Graz einpendeln zum Arbeiten, es gibt auch Menschen, die

aus Graz herauspendeln zum Arbeiten. Und das ist natürlich dann eine tolle zusätzliche Option, hier das KlimaTicket zu nützen.

*Zwischenruf GR Dr. **Piffl-Percevic**: Stimmt dem dringlichen Antrag zu, dann können wir weiter diskutieren.*

*Zwischenruf Bgm.in-Stv.in Mag.a **Schwentner**: Ich bitte Sie, die Frau Gemeinderätin noch zu Ende reden zu lassen.*

GRin **Herlicska**:
Sie können sich ja nach mir gerne auch noch zu Wort melden, das Mikrophon ist ja da.

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Ihr stimmt uns nieder, deshalb können wir keine Diskussion machen.*

GRin **Herlicska**:
Gut, so viel dazu. Es gibt ja dadurch, dass wir im genannten Verkehrsverbund sind, wirklich Möglichkeiten darüber hinaus noch selbst sich weitere Verbesserungen für das Reisen und die Mobilität zu schaffen, ich nehme gerne mich selbst als Beispiel her, ich bin selber eine KlimaTicket-Steiermark-Benutzerin. Ich reise sehr gerne mit dem Zug und habe mir jetzt ein paar Möglichkeiten angeschaut, welche Verbesserungen das bringt mit einem wirklich geringeren Kostenaufwand für den einzelnen Grazer und die einzelne Grazerin. Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen. Zum Beispiel, wenn ich jetzt morgen nach Wien fahren wollen würde; als KlimaTicket-Bezieherin kostet mich das 20,80 Euro, habe ich dann vielleicht noch eine Vorteilscard, oder so wie ich das

gerne mit meinen Kindern mache, wenn wir meine Schwester besuchen, mit einer Vorteilscard Family kostet mich das Ganze 10,40 Euro. Das ist unschlagbar und das ist auch für Grazerinnen und Grazer wirklich einen Mehrwert, weil man in Zukunft so reisen kann. Wenn ich nach Maribor fahren möchte, kostet das Ganze 5 Euro. Und ich finde, das ist ganz toll. Und dieser geringe Mehraufwand ist es wirklich wert, ein Angebot zu schaffen, das einen Mehrwert für die einzelne Person bringen wird. Und ich denke, so gewisse Schwierigkeiten, wo ich mir auch von Freunden und Freundinnen Fragen stellen habe lassen, wie sieht es aus mit Ratenzahlung, Jobticket und so weiter, habe ich mir die Mühe gemacht, dort nachzufragen, wo man zuständig ist und man arbeitet daran, auch diese kleinen Ecken und Kanten noch herauszuarbeiten. Das heißt, von unserer Seite gibt es keine Zustimmung zur Dringlichkeit dieses Antrages, weil eigentlich eine hervorragende Lösung vorliegt. Dankeschön *(Appl.).*

KO GR **Dreisiebner**:
Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Gestern, als ich diesen Antrag sah, und vor einigen Tagen war ja auch schon in Medien was, habe ich mir gedacht, das kann doch wirklich nicht wahr sein, dass die Volkspartei eine Vergünstigung, die vor vielen Jahren mit dem Titel Jahreskarte Graz eingeführt worden ist und die eine Verkehrslenkungsmaßnahme, eine Unterstützung zur Mobilitätsveränderung der Grazerinnen und Grazer sein soll und auch erfolgreich ist und jetzt aufgrund der Einführung der KlimaTickets in Österreich, in den Bundesländern und so weiter fort, eine andere Dimension angenommen hat, dass man das wirklich kritisieren kann, beziehungsweise ihr noch einen Mangel findet. Aber gut, ich finde das positiv, liebe Kollegin Leban-Ibrakovic, dass wir das jetzt wirklich diskutieren können. Es ist von der schwarz-grünen Bundesregierung, Leonore Gewessler, etwas geschafft worden, das KlimaTicket Österreich und die Bundesländer-KlimaTickets beziehungsweise auch die Spezial-Tickets, auf die gehe ich später noch näher ein *(Appl.),* die das Mobilitätsverhalten in Österreich …

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

KO GR **Dreisiebner**:
Ja, genau viele von uns haben es, und in Graz hat man das schon früher erkannt und hat gesagt, wir zahlen zu diesen doch sehr hohen Preisen, die der Verbund auch mit den Steigerungen und so weiter den Kundinnen und Kunden des öffentlichen Verkehrs und den potentiellen Noch-Nicht-Kund:innen anbietet, wir stützen das. Jetzt haben wir die Möglichkeit mit einer Stützung, die auch von der Landesregierung, sprich dem Christopher Drexler und dem Anton Lang, noch besser geworden ist, übrigens das Geld kommt auch vom Bund, dass wir in Graz das auch umstellen und ein wirklich tolles Angebot haben. Und dann geht ihr daher und schreibt in den Antrag rein, dass es eine 17-prozentige Steigerung gibt. Ich glaube nämlich nicht, dass Kosten, die 368 Euro ab 1. März ausmachen, versus 360, was der normale Verbundpreis wäre, mit Jahreskartennutzung alt ab 1. Juli, dass das 17 % sind. Das könnt ihr mir nicht weismachen. Ihr habt das nicht wirklich angeschaut. Das Zweite ist, im Dezember war im Gemeinderat und im Finanzausschuss ein sehr ausführliches Stück zu dieser Jahreskarte neu – KlimaTicket Steiermark, Graz, Classic, Jugend Senior und Spezial. Und dieses hat auch dargelegt, dass es sehr wohl günstiger wird für junge Menschen wie für ältere Menschen auch ohne ÖBB Vorteilskarte, dass es für Menschen mit Behinderungen mit KlimaTicket Steiermark Spezial, und diese Tarife werden mit 75 Euro durch die Stadt und durch eine ähnliche Summe durch das Land gefördert, und jetzt wollt ihr eine Abstimmung machen lassen, beziehungsweise auch die dort aufgelegten Zahlen, was zum Beispiel eine Halbjahreskarte kosten würde, was diese jetzt auf das Jahr umgelegt kosten würde.

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Zusätzlich.*

KO GR **Dreisiebner**:

Ihr wollt das also zusätzlich, ok.

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Ja, genau (Appl. ÖVP)!*

KO GR **Dreisiebner**:

Wir sagen eine Förderung, die mehr anbietet, als in Graz fahren zu können, die anbietet, zum Schwarzlsee fahren zu können, die anbietet, in die Südsteiermark oder nach Schladming fahren zu können oder wie es die Kollegin vorhin gesagt hat, nach Wien fahren zu können mit viel geringeren Kosten, nach Maribor fahren zu können. Aber auch immer mit sehr wenigen Kosten und wir reden um 8 Euro, wir reden um 8 Euro, und das würde sich sogar in einem Jahr gar nicht mehr ausgehen, dass die Jahreskarte Graz alt billiger wäre. Wir können dem einfach nicht nähertreten. Ich selber habe mit meinem KlimaTicket Steiermark Classic sehr schöne und sehr günstige Fahrten gemacht. Und ich freue mich, dass ich noch günstiger mit der nächsten Karte das weiter nutzen kann. In diesem Sinne, es ist für niemanden ein Nachteil, es ist für alle ein Vorteil. Und es wird wahrscheinlich eine gute Einladung sein, einmal diese Stadt auch mit Öffis zu verlassen und mit einer einzigen Fahrt mit den Öffis raus aus der sogenannten Stadtzone 101 komme ich eigentlich schon auf eine Summe, die diese 8 Euro Mehrkosten mir wieder zurückbringt. Einmal nach Gleisdorf, einmal an die Südsteirische Weinstraße, einmal nach Schladming, einmal nach Wien. Es ist schon ein Bonus, es ist ein Bonus, ich verstehe euch einfach nicht.

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Zusätzlich könnte man schon noch eine Jahreskarte anbieten.*

KO GR **Dreisiebner**:

Ja, zusätzlich könnten wir alles fördern. Wenn wir aber Verkehrslenkung betreiben, dürfen wir uns wohl noch aussuchen, wie wir am besten fördern und wie wir mit möglichst wenig Bürokratieaufwand die Kosten für den Betrieb Holding Linien gering halten beziehungsweise für die Stadt Graz. Also das wäre zum Beispiel auch etwas, wo ich dann am Ende sagen würde, tun wir nicht sieben Modelle anbieten, sondern die, die da sind und die sind gut. Ich bin froh, dass das gelungen ist und dass wir hier einen neuen Schritt der Qualität gehen. Ich glaube, einer der Geburtshelfer war der Exbürgermeister Nagl, jetzt geht es aber in die nächste Qualität weiter. Vielen Dank *(Appl.).*

GR^in^ **Leban-Ibrakovic**:

Also wir haben ja viel gehört und ich glaube, es beruht ein bisschen auf einem Missverständnis. Also zuerst einmal, wir wollen das nicht kritisieren, weil wir sind ja auch mitgegangen. Zweitens, was aufgetreten ist, ist, dass wir einfach den Bürgern und Bürgerinnen zugehört haben. Und es wundert mich jetzt schon ein bisschen, weil seit ich jetzt im Gemeinderat bin, das ist jetzt mehr als ein Jahr, höre ich jetzt immer von allen, ja, ihr habt nie zugehört, also ihr, ich war damals nicht dabei, aber der Fraktion, der ich angehöre, aber wir hören zu. Und jetzt sage ich, ok, es gibt da ein massives Problem. Wir sollten noch einmal zuhören, wir sollten noch einmal schnell überdenken. Es spricht überhaupt nichts dagegen gegen das KlimaTicket, wir wollen das KlimaTicket, ich finde das auch irrsinnig toll und es haben ganz, ganz viele Bevölkerungsgruppen einen irrsinnigen Vorteil, das sehe ich. Es haben aber auch einige Bevölkerungsgruppen einen Nachteil. Und ja, ich gebe Ihnen Recht, wenn man die Valorisierung jetzt durchführen würde, wie es war, und mir ist es bewusst, dass das eben der Verkehrsverbund ist, mir ist bewusst, dass die Stadt zuzahlen müsste, dann ist das einfach für viele Familien, für viele Wirtschaftstreibende doch ein Problem in der momentanen Zeit, ich sage immer jetzt. Und deswegen wäre es mein Wunsch, zumindest der Dringlichkeit zuzustimmen, weil es gibt noch wirklich einige offene

Punkte, und vielleicht sich zu einer getrennten Abstimmung durchzuringen, also das wäre ja auch eine Möglichkeit, dass man sagt, man nimmt es zumindest noch in den Ausschuss und diskutiert diese Punkte noch einmal. Wir haben es wirklich versucht, den Bürgern und Bürgerinnen schmackhaft zu machen. Sie erwähnen jetzt immer Wien, Maribor und so weiter. Ja, diese Ziele sind gut zu erreichen oder Schwarzl. Aber es gibt jetzt auch Beispiele, wie ich mit meinem Sohn auch oft mache, Riegersburg-Besuch, Herberstein-Besuch, Teichalm, der Wilde Berg Mautern. Da würde man jetzt mit dem Auto ungefähr 50 Minuten fahren, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen 2.30 Stunden und fast drei Stunden. Das heißt, das ist für Familien einfach nicht interessant. Und ich verstehe das, wir wollen ja schlussendlich das erreichen, also ich finde es gut, wenn wir daran arbeiten, das zu erreichen, dass auch für Familien weitere Strecken attraktiv sind. Aber jetzt muss man sagen, es ist tatsächlich keine Verteuerung von acht Euro, sondern es ist eine Verteuerung von 53 Euro *(Appl.).*

*Zwischenruf StR **Eber** unverständlich.*

GR[in] **Leban-Ibrakovic**:
Naja, wenn man diese Valorisierung nimmt, verstehe. Aber und deswegen war es meine Bitte zu überlegen, soweit ich das verstanden habe, ersparen wir uns jetzt ja auch einiges im Budget durch diese vom Land gestützte Variante. Das heißt, wir haben Geld frei. Vielleicht können wir ja diesen 500 Menschen trotzdem eine Möglichkeit geben, oder diesen 1.000 Menschen eine Möglichkeit geben, die sich doch für den Zentralraum Graz aussprechen, dass sie jetzt hier vielleicht noch weiter unterstützt werden, weil zum Beispiel, es wurde auch ein bisschen kritisch erwähnt die Mobil-Card, also die Mobilität-SozialCard, so heißt es richtig, die wurde eben nicht valorisiert. Das heißt, die haben jetzt eine Aufwertung mit wirklich mehr Leistung ohne Valorisierung? Obwohl …

*Zwischenruf StR **Eber** unverständlich.*

GR$^{in}$ **Leban-Ibrakovic**:
… naja, 50 Euro …

*Zwischenruf StR **Eber** unverständlich.*

GR$^{in}$ **Leban-Ibrakovic**:
… also in den Medien und jetzt auf der Holding-Website, soweit ich mich jetzt richtig erinnere, ich habe das jetzt noch nachgeprüft, dort steht, dass eben die Mobilität-SozialCard automatisch zum KlimaTicket Steiermark aufgewertet wird.

*Zwischenruf StR **Eber** unverständlich.*

GR$^{in}$ **Leban-Ibrakovic**:
Ok, aha. Dann habe ich das entweder durch die Medien falsch mitbekommen …

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

GR$^{in}$ **Leban-Ibrakovic**:
Also in den Medien war es so transportiert, aber ich glaube, ich habe es auch so nachgelesen. Gut, wie auch immer. Aber auf jeden Fall daran ändert sich ja nichts, dass es für die Leute, die ich jetzt erwähnt habe, trotzdem ein Problem darstellt. Und ich

würde mich einfach freuen, wenn man vielleicht trotzdem so ein bisschen über den Stolz vielleicht noch drübergeht und da sagt, ok, wir schauen uns das noch einmal an und auch vor allem für Menschen mit Behinderung das eventuell noch einmal diskutiert. Vielen Dank *(Appl.).*

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos und FPÖ) abgelehnt.***

## 8.4 Engpässe im Bildungs- und Gesundheitsbereich – Handlungsbedarf gegeben (GR$^{in}$ Dr.$^{in}$ Claudia Unger, ÖVP)

GR$^{in}$ Dr.$^{in}$ **Unger**:
Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. Ich darf zu einem weiteren Thema sprechen, das wahrscheinlich ein bisschen für hitzige Diskussionen sorgen wird und möchte deswegen gleich am Anfang vorausschicken, nachdem das ja bereits in der Fragestunde kurz angekündigt wurde als eine unterschiedliche Auffassung von Maßnahmen, die eine soziale Hilfe darstellen können. Mir geht es ganz dringend darum, dass wir im Bildungs- und im Gesundheitsbereich zunehmend Hilferufe haben, dass eben Situationen immer schwieriger werden, weil die Gemengelage, in der wir uns befinden, einfach sehr, sehr herausfordernd ist. Ein Grund dafür ist, dass Graz stark gewachsen ist. Wir haben heute schon gehört, knapp 300.000 Einwohner, im Motivenbericht steht dazu eine falsche Zahl, also zur Korrektur, 299.000 Einwohner und Einwohnerinnen zählt Graz aktuell. Und wir haben im letzten Jahr über 100.000 Asylanträge in Österreich gehabt, was auch die Zahl der Asylanträge im Jahr 2015 überstiegen hat. Das bedeutet neue und auch zunehmende Herausforderungen für die Gesellschaft, für die Verwaltung, für die Politik und natürlich vor allem für die Menschen, die in verschiedensten Berufen arbeiten. Herausgegriffen von mir wurden die Bereiche der Bildungspolitik und der Gesundheit. Auch wenn wir vom Innenministerium jetzt verstärkt hören, dass wahrscheinlich von

der aktuellen Welle sehr viele Asylwerber und -werberin weiterreisen werden, was nur einmal mehr deutlich macht, dass eine europäische Verständigung über eine gute und auch gerechte Verteilung von hilfesuchenden Menschen ganz, ganz dringend ist und man darin auch etwas überdenken muss, müssen wir trotzdem in Graz auf die aktuellen Fragen dringend eingehen. Wir haben gerade im Bildungsbereich aktuell tatsächlich große Probleme, die auch das System belasten und deswegen ist meine Anfrage ganz klar darauf abgestellt, dass wir versuchen, Menschen, die auch zu uns auf der Suche nach Hilfe kommen, Rahmenbedingungen zu bieten, die einerseits diesen Leuten helfen und tatsächlich Hilfe bedeuten und auf der anderen Seite selbstverständlich auch die Tragfähigkeit unserer Systeme für eine langfristige Belastung ausrichten. Ich habe das bei verschiedenen anderen Anträgen in den letzten Monaten immer wieder gesagt, dass es bei allen diesen Maßnahmen auch darum geht, sie längerfristig bieten zu können. Und ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, dass wir in diesen Bereichen in den nächsten Wochen, Monaten und vielen Jahren durchaus darauf angewiesen sein werden, die Tragfähigkeit zu strapazieren, insofern ist das auch eine Sorgfaltspflicht, darauf hinzuweisen. In Graz, möchte ich ganz kurz noch einmal daran erinnern, dass wir im Schuljahr 2021/22 zusätzlich 600 Kinder in städtischen Volks- und Mittelschulen unterbringen mussten. Das war eine große Herausforderung, die auch noch nicht abreißt. Es gibt aktuell in Graz deshalb auch kaum noch freie Mittelschulplätze und im Volksschulbereich ist vor allem im Grazer Westen mit einer großen Herausforderung zu rechnen, weil sich auch dort die Lage zunehmend zuspitzt. Wir haben aber eine gesetzliche Verpflichtung, Schulraum zu schaffen. Das bedeutet, wenn wir nicht im Herbst, und dieses Szenario ist durchaus realistisch, mit Containern für Kinder quasi arbeiten werden müssen, dann müssen wir uns darum kümmern, wie der zusätzliche Schule-Raumbedarf gedeckt wird, und das hat alles auch mit Geld zu tun. Wenn wir an die angespannte Situation im Allgemeinen der Stadt denken, dann ist das grundsätzlich eine Frage, die umso dringender wird. Zusätzlich haben wir auch im Gesundheitsbereich entsprechende Schwierigkeiten und wenn wir jetzt alle handelnden Personen von Direktorinnen und Direktoren, Pädagog:innen hin bis zum Pflegepersonal, verschiedenste Gruppen anschauen, geht

es eben nicht nur um ein Platzproblem und um ein Auslastungsproblem, sondern auch um viele Dinge, die zwischen Verständigungsproblemen bis hin zu zusätzlichen Erwartungen, die vielleicht unterschiedlicher Natur sein können, bis hin zu emotionalen Fragen. Viele Menschen, die kommen, sind auch traumatisiert und diese Gemengelage müssen wir auch im Sinne der Menschen, die Jobs ausüben, die, das haben wir schon oft diskutiert, nicht überbezahlt sind und wirklich große Belastungen bedeuten, auch entsprechend zu unterstützen, damit sie langfristig diese wichtige Arbeit machen können. Ein zweiter Punkt, ganz kurz, der ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang auch: Wir haben natürlich über die Stadt auch Möglichkeiten, Vereine, die in diesem Bereich tätig sind, zu unterstützen, ich möchte auf zwei verweisen, das eine ist Malala, und zwar nicht das Projekt, das über die Caritas läuft, sondern das Projekt, das gemeinsam mit ISOP vorhanden war. Und auf der anderen Seite Gegenlicht, weil es hier darum geht, dass wir einfach Bewusstseinsbildung in Sachen Integration und auch in der Abwehr desintegrativer Milieus entsprechend bearbeiten, damit die Integrationsarbeit, die zu Recht uns mit Stolz erfüllt, auch weiterhin entsprechend ausgeführt werden kann. Leider ist es in Graz so, dass durchaus durch die verschiedenen Entscheidungen der letzten Monate hier auch Graz eher mit einer großen Anziehungskraft arbeitet, die auch unser System an die Grenzen bringt und dementsprechend ist auch hier etwas, wie soll man sagen, an den Stellschrauben zu drehen, damit dieses System eben nicht überlastet wird. Wenn wir jetzt davon reden, war Sozialunterstützung, SozialCard-Zugang und so weiter anbelangt, haben wir, wenn wir das im Vergleich mit den Umlandgemeinden oder anderen Regionen in der Steiermark betrachten, einfach Handlungsbedarf. Und ich darf unter anderem auf die Rot-Weiß-Rot-Card verweisen, als gute Alternative zur Ausweitung von diesen Maßnahmen, die auch für die Menschen dienlich ist.
Ich darf deswegen folgenden

**dringlichen Antrag**

stellen:

Die zuständigen Regierungsmitglieder mögen angesichts der unaufschiebbaren Herausforderungen folgende Handlungen setzen:

1. Bürgermeisterin Elke Kahr soll eine Petition an das Land Steiermark vorbereiten und einbringen, die eine Residenzpflicht auf Bezirksebene fordert.
2. Integrationsstadtrat Robert Krotzer soll dem Gemeinderat jährlich einen Bericht über seine Bemühungen gegen desintegrative Milieus vorlegen.
3. Die zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr soll die Novelle der Wohnungsrichtlinien dahingehend prüfen, ob der dauerhafte Aufenthalt nicht wieder auf fünf Jahre angehoben werden sowie in den Richtlinien der SozialCard wieder ein Wohnsitzaufenthalt von 12 Monaten und die Absolvierung eines Sprachkurses verankert werden solle.

Ich bitte um Annahme. Danke *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Graz ist in den letzten Jahren stark gewachsen und hat aktuell rund 291.000 Einwohner:innen. Zeitgleich gab es 2022 mehr als 100.000 Asylanträge in Österreich, was die Zahl von 2015 übersteigt. Das bedeutet zunehmende beziehungsweise neue Herausforderungen für Gesellschaft, Verwaltung und Politik. Zwischen Bedarf an Arbeitskräften in vielen Branchen oder Mangelberufen und den dringenden Themen von Bildungsplätzen über Verkehrsinfrastruktur bis hin zur Sozialhilfe ist strukturiertes Vorgehen auf allen Ebenen gefordert:*

*Vermutlich wird die Mehrzahl der Asylwerber:innen weiterreisen, was die Notwendigkeit einer europäischen Vorgehensweise für eine kontrollierte und gerechte Aufteilung der Hilfesuchenden nur unterstreicht, damit das skrupellose Geschäft der Schlepper beendet wird.*

*Asylberechtigten Personen soll schnell und gut geholfen werden, zugleich muss das System die Aufgaben und Belastungen auch langfristig leisten können, auch die sogenannte Aufnahmegesellschaft muss mit ihren Erwartungen und Ängsten ernst genommen werden. Schließlich geht es immer auch um den sozialen Frieden.*

*In Graz müssen wir auf jene deutlichen Zeichen reagieren, die eine Überforderung des momentanen Systems in manchen Bereichen bedeuten:*
*Im Schuljahr 2021/22 mussten mehr als 600 Kinder zusätzlich in den städtischen Volks- und Mittelschulen versorgt werden. Dieser Zustrom hält auch nach Schulbeginn an. Derzeit gibt es in Graz kaum noch freie Mittelschulplätze. Im Volksschulbereich ist es insbesondere im Grazer Westen eine große Herausforderung. Aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung, Schulraum zur Verfügung zu stellen, kann es im kommenden Schuljahr notwendig sein, Container aufzustellen, um alle Kinder zu versorgen. Es muss also Schulraum geschaffen werden. Das kostet Geld und braucht Entscheidungen der Stadtregierung.*

*Sowohl in der Schule als auch im Gesundheitsbereich haben Direktor:innen, Ärzt:innen, Pädagog:innen und Pflegepersonal neben dem Platzproblem auch viele pädagogische, sprachliche und emotionale Probleme zu bewältigen, was oft eine Überforderung und Zumutung ist. Vor allem in Krankenhäusern bringen fehlende Deutschkenntnisse und fehlende Dolmetscher:innen, kulturelle Unterschiede und oft falsche Erwartungshaltungen der Patient:innen die Mitarbeiter:innen an die Belastungsgrenzen. Das Gesundheitswesen ist aktuell aus vielerlei Gründen am Anschlag, umso wichtiger ist es, zur Lösung der genannten Probleme beizutragen – zum Wohle aller und im Rahmen der Zuständigkeit in der Stadt. Viele Vereine und Projekte, wie u.a. Gegenlicht, tragen wesentlich bei zur Eruierung von Vorkenntnissen beziehungsweise Bewusstseinsbildung in Sachen Integration und Abwehr von desintegrativen Milieus. Wenn es hier zu Kürzungen kommt, fallen wichtige Bausteine einer Integrationspolitik, auf die die Stadt zu Recht stolz sein kann, weg und verschärfen sich Abgrenzungsmechanismen auf allen Seiten.*

*All das kostet Geld. Graz übernimmt in der Steiermark einen großen Teil der Belastungen. Deshalb müssen die verantwortlichen Stadtregierungsmitglieder auch im Sinne der Menschen in Graz andere Gebietskörperschaften für eine bessere Verteilung von anspruchsberechtigten Personen gewinnen.*

*Nicht zuletzt durch die Maßnahmen der Regierungskoalition ist Graz allerdings eher ein Anziehungspunkt. Der Vergleich der Bezirke Graz und Graz Umgebung veranschaulicht, dass bei einem Verhältnis von Einwohner:innen von ca. 2:1 die Bezieher:innen von Sozialunterstützung im Faktor 16:1 (8294:508, Juni 2022) zueinander stehen. Hinzu kommt, dass inzwischen mehr als 50 % der Bezieher:innen keine österreichischen Staatsbürger:innen sind. Aktuell reicht für die SozialCard der Hauptwohnsitz in Graz von 6 statt wie zuvor 12 Monaten, Sprach- und Wertekurse für Drittstaatsangehörige sind nicht mehr nötig. Damit sind rund 13.000 Personen in Graz anspruchsberechtigt, davon ca. 33 % Drittstaatsangehörige.*
*Statt die Zugänglichkeit in diese Maßnahme noch zu verstärken, könnte Graz bei der Rot-Weiß-Rot-Card ansetzen, die die Bundesregierung gerade maßgeblich verbessert hat, und damit Menschen langfristig unterstützen. Zugleich muss die Stadt Maßnahmen ergreifen, um in der krisenbestimmten Situation, die derzeit viele hart trifft, generell den Mittelstand zu unterstützen, der aktuell keine Unterstützung aus den genannten Töpfen erhält. Gerade hier besteht großer Handlungsbedarf!*
*Aus diesem Grund stelle ich folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Die zuständigen Regierungsmitglieder mögen angesichts der unaufschiebbaren Herausforderungen folgende Handlungen setzen:*

1. *Bürgermeisterin Elke Kahr soll eine Petition an das Land Steiermark vorbereiten und einbringen, die eine Residenzpflicht auf Bezirksebene fordert.*

2. *Integrationsstadtrat Mag. Robert Krotzer soll dem Gemeinderat jährlich einen Bericht über seine Bemühungen gegen desintegrative Milieus vorlegen.*
3. *Die zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr soll die Novelle der Wohnungsrichtlinien dahingehend prüfen, ob der dauerhafte Aufenthalt nicht wieder auf fünf Jahre angehoben werden sowie in den Richtlinien der SozialCard wieder ein Wohnsitzaufenthalt von 12 Monaten und die Absolvierung eines Sprachkurses verankert werden solle.*

GR$^{in}$ DI$^{in}$ **Aygan-Romaner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleg:innen, liebe Claudia. Ich habe mir gestern, als diese dringlichen Anträge reingekommen sind, schnell mal die Überschriften angeschaut und lese: Claudia Unger, Engpässe im Bildungs- und Gesundheitsbereich, Handlungsbedarf gegeben. Und denke mir, aha, da kommt etwas Rationales und was Fundiertes *(Gelächter im Saal).*

Sie war sehr viel und ist sehr viel im Menschenrechtsbereich engagiert, da wird etwas mit Hand und Fuß daherkommen. Dann lese ich mir die Forderungen durch und denke mir: Was hat denn das mit der Überschrift zu tun? Gar nichts. Und dann habe ich mir den Text durchgelesen und ich habe das Gefühl gehabt, ein Rezept für eine populistische Suppe vorzufinden *(Appl.).*

Man nehme ein paar schwammige Begriffe: Migrant, Migration, Integration, röste sie an, staube sie mit einer gemahlenen Mischung aus Xenophobie, Menschenverachtung und Überheblichkeit, gieße auf mit Existenzangst, koche alles gut ein und weich und püriere die Suppe. Und dann serviere man diese Suppe als Medizin gegen die Bildungs- und Gesundheitsmisere. Na, Mahlzeit *(Appl.).*

Ich bin jetzt neu, zwar nicht mehr so neu, aber seit einem Jahr in diesem Gemeinderat, und seitdem ich dabei bin, reden wir über die Bildungs- und Gesundheitsmisere, welche Maßnahmen, welche Ursachen dahinter sind. Und die Ursachen der Gesundheits- und Bildungsmisere sind nicht die Asylwerber. Wir wissen das ganz genau, ich will da gar nicht lange darauf eingehen, was die Ursachen sind, aber hier die

Schuld auf die Asylwerber und auf die Migrant:innen und Drittstaatangehörige zu schieben, das ist Ihrer nicht würdig, Frau Unger, da bin ich sehr enttäuscht, muss ich sagen. Und noch dazu, ich habe den Krone-Beitrag, wo Herr Hohensinner zitiert wird, dass er eine Wohnortbindung für Asylberechtigte auf Bezirksebene fordert. Das ist menschenrechtswidrig, das wissen wir auch. Das ist gegen die Menschenrechte.

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

GR^in^ DI^in^ **Aygan-Romaner**:
Das Menschenrecht auf Freizügigkeit erklärt das ganz genau, gerne nachschauen. Ich will das jetzt nicht diskutieren, aber das ist eben gegen die Menschenrechte. Sie können sich dann gerne melden beziehungsweise jemand aus Ihre Fraktion kann sich melden. Ich habe etwas gestern geschrieben, ich beschäftige mich in letzter Zeit mit diesen Open-AI-Chat-Anwendungen, Chat-Tools, vielleicht kennen das manche. Das sind Künstliche-Intelligenz-Tools. Und so aus Jux habe ich mal reingeschrieben, schreibe mir einen Text, der begründet, warum Migranten für Engpässe im Bildungs- und Gesundheitssystem verantwortlich sind. Und diese künstliche Intelligenz hat mir folgende Antwort gegeben: Ich kann keinen Text schreiben, der Migranten für Engpässe im Bildungs- und Gesundheitssystem verantwortlich macht, da es keine ausreichenden Beweise dafür gibt, dass Migranten für diese Probleme verantwortlich sind. Tatsächlich gibt es viele Faktoren, die zu Engpässen in diesen Systemen beitragen können, einschließlich unzureichender Finanzierung, fehlender Ressourcen und mangelnder politischer Priorität. Es ist unfair und ungenau, die Schuld auf eine bestimmte Gruppe von Menschen zu legen. Und das sagt eine künstliche Intelligenz *(Appl.).*
Daher können wir als Grüne Fraktion eben ganz besonders mit den drei Punkten des dringlichen Antrages überhaupt nicht konform gehen. Wir werden dem nicht zustimmen. Dankesehr *(Appl.).*

StR Mag. **Krotzer**:

Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher, werte Antragstellerin. Jetzt ist einmal klar, jedes gesellschaftliche Problem braucht eine Analyse, braucht eine Analyse ohne Scheuklappen, ohne Vorurteile, aber vor allem auch ohne Angst diejenigen, die für Dinge verantwortlich sind, auch zu adressieren und von denen Verbesserungen und Lösungen einzufordern. Das gilt ganz besonders, wenn wir über die brennenden Probleme im Gesundheitswesen oder auch im Bildungssektor sprechen. Der hier vorliegende und auch vorgetragene Motivenbericht, zu dem eh von der Kollegin schon einiges gesagt worden ist, ist, auch wie ich es für mich formuliert habe, ein untauglicher Versuch, hier eine Zusammenwürfelung zu machen unterschiedlichster Problemlagen in einer Art und Weise, die mich an einen Radfahrer erinnert. Und zwar warum an einen Radfahrer? Weil der nach unten tritt und nach oben buckelt. Und genau das ist das, was wir hier vorliegen haben. Wenn wir in Bereiche im Gesundheitswesen uns anschauen, seit vielen, vielen Jahren weisen alle Beschäftigten im Gesundheitsbereich, Berufsverbände, Gewerkschaften, die Ärztekammer, und ich darf auch mich ergänzen in meiner Funktion als Stadtrat für Gesundheit und Pflege, dass das Land Steiermark geradewegs in einem Versorgungsnotstand schlittert, aufgrund der Tatsache, dass wir zu wenige Ausbildungsplätze haben, dass wir eine zu geringe Bezahlung haben, dass wir zu wenig attraktive Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich haben. Nur, die Zuständigkeit für diesen Bereich im Land Steiermark ist seit über 15 Jahren bei der ÖVP und dort ist seit über 15 Jahren nicht der große Wurf gelungen, der unser Gesundheitswesen auf die Bedingungen vorbereiten könnte und anpassen könnte. Gerade in den letzten Jahren sind die Klagen von Pflegebeschäftigten, Ärzt:innen, allen Entscheidungsträger:innen größer geworden, dass die Ohren der Landesregierung und insbesondere der zuständigen Landesrätin taub sind, dass es hier ein fehlendes Problembewusstsein gibt und dass es hier fehlende Bemühungen um Lösungen gibt. Jetzt könnte man als Grazer ÖVP hergehen und sagen, liebe Landes-ÖVP, wir haben da ein Problem, wir müssen da tatsächlich was tun. Ihr müsst da dringender handeln. Stattdessen stellt ihr euch aber hin und macht quasi Haltet-den-Dieb-Politik und zeigt

mit dem Finger auf Migrantinnen und Migranten. Und zwar für eine Misere, die seit über 15 Jahren in der Zuständigkeit der ÖVP liegt. Soweit einmal in der Deutlichkeit. Ich habe mir heute auch noch einmal angeschaut den Motiventext der aktuellen FPÖ-Petition „Rettet unser Gesundheitswesen“ – FPÖ Steiermark. Das ist in der Analyse zum Gesundheitswesen weit über dem, was hier geboten wird, um das auch kurz so in der Form anzumerken *(Appl.).*

Und jetzt darf ich eines noch sagen, natürlich gibt es herausforderndes Patientinnen- und Patientenverhalten, mit jeder Pflegekraft, mit der man spricht, mit jeder Ärzt:in, das ist ja keine Frage. Das hat einmal grundsätzlich auch keinen Reisepass, problematisches oder herausforderndes Patientenverhalten, aber natürlich dort, wo es sprachliche Barrieren gibt, dort, wo es kulturelle Differenzen gibt, können diese problematischen oder herausfordernden Patientenverhalten noch schwieriger werden. Überhaupt keine Frage. Deswegen arbeiten wir beispielsweise auch im Gesundheitsamt daran, dass wir eine Gesundheitsdrehscheibe aufbauen, eben genau mit dem Ziel, hier ein niederschwelliges, mehrsprachliches Angebot zu schaffen, um hier eine Lotsenfunktion zu haben, Beratung anzubieten und in der Prävention tätig zu sein. Das heißt, wir wollen arbeiten, wir wollen die Hand reichen und eben nicht mit dem Finger auf Leute zeigen. Und ein allerletzter Hinweis sei mir noch erlaubt: Wenn wir über unser Gesundheits- und über Pflegewesen reden und über die Beschäftigten dort, dann erlaube ich mir den Hinweis, dass ohne die Beschäftigten mit Migrationsbiographien, und zwar von Slowenien bis Afghanistan, wäre unser Gesundheitswesen schon dort hinübergekippt, dort, wo sie die Verantwortlichen hingefahren haben, nämlich an den Abgrund. Dankeschön *(Appl.).*

GR$^{in}$ DI$^{in}$ (FH) **Schlüsselberger**:

Liebe Stadtregierung, liebe Zuhörende im Livestream, lieber Gemeinderat, liebe Zeynep. Danke, du verkürzt meine Wortmeldung um einiges. Ich kann inhaltlich, und ich glaube, das geht vielen so, total zustimmen, zumindest denen, die pragmatische Lösungen vor Populismus stellen. Einen Aspekt des Antrages möchte ich jetzt trotzdem

noch einmal herausholen, und zwar geht es um die Mittelschulplätze, die dringend gebraucht werden. Vor allem im Westen stellt es eine große Herausforderung dar. Ich möchte eines dazu sagen, es gibt die MS Karl-Morré, gibt die Sportmittelschule Algersdorf, es gibt jene in der Smart City, bei den Schulschwestern und es ist in der Gegend eigentlich ausreichend. In Wahrheit hat Graz ja ein AHS-Problem, also es fehlen die AHS-Plätze. Für alle, die jetzt ein bisschen einen Backflash haben, das sind jetzt eigentlich gar nicht meine Worte, sondern die unseres Herrn Stadtrates Hohensinner, der eigentlich am 13. Mai, gar nicht so lange her, das eh relativ lapidar abgetan hat, als ich eigentlich gedacht habe, naja, man macht etwas Gutes und macht da einen Modellversuch in Reininghaus. Ist jetzt aber einmal positiv. Nachdem jetzt Mittelschulplätze anscheinend doch in diesem Bereich fehlen. Kurt, ich kann mich an deine goldene Rutsche, ich drehe sie in deine Richtung, nimm den Ball gerne wieder auf und sage, ok, wenn es in diesem Bereich wirklich Probleme gibt, und das ist ja eine der Kernaussagen, probieren wir es noch einmal beim Modellversuch. Meine Tür ist ja nach wie vor offen, fraktionell, glaube ich, hast du gute Connections, die verschlossenen Türen in der Bildungsdirektion wieder aufzumachen. Ich freue mich, dass wir unter diesem Deckmantel zumindest die Gespräche wiederaufnehmen können. Dankeschön *(Appl.).*

StR **Hohensinner**:
Danke. Also wenn die moralische Keule hier geschwungen wird, dann bitte ich euch auch, dass ihr einmal das Thema Luttenberger und Murgg hier diskutiert, dass ihr nicht immer nur in eine Richtung redet *(Appl.).*
Zur tatsächlichen Berichtigung, es gibt eben die Menschenrechtskonvention, im Art. 2 wird das ganz genau definiert. Und da gibt es den letzten Absatz, da steht: Die im Absatz 1 anerkannten Rechte können ferner für bestimmte Gebiete Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft durch das öffentliche Interesse gerechtfertigt sind. Und jetzt sage ich euch, wir haben im letzten Jahrhundert 2.000 Asylanträge gehabt, österreichweit. Das

ist die Höchstzahl seit der Ungarnkrise. Und wir haben im Jahr normal im Bildungssystem, in den Volksschulen und in den Mittelschulen 250 Kinder mehr zu versorgen. Ich sage euch nur Fakten und dann können wir ja weiter diskutieren. Im letzten Jahr waren es 600 Kinder. Und ich will wirklich nur die besten Perspektiven für unsere Kinder, für die zugezogenen Kinder. Wir brauchen …

*Zwischenruf Bgm.in-Stv.in Mag.a* ***Schwentner****: Tatsächliche Berichtigung?*

StR **Hohensinner**:
… naja, es kommt gleich, ja. Und jetzt kommt eine tatsächliche Berichtigung zur Frau Schlüsselberger. Ich möchte den Kindern, die zuziehen, Perspektiven bieten. Und wenn wir einfach so eine Ansammlung haben, wenn wir einfach alle asylberechtigten Familien der Steiermark nach Graz holen, dann können wir die Integration nicht mehr sicherstellen. Und jetzt zu deinem, was du gesagt hast, dass du mich zitiert hast, man könnte in Reininghaus eine Mittelschule umsetzen. Wir könnten jetzt einmal die Smart-City-Mittelschule umsetzen, weil seit letztem Februar haben wir ein fixfertiges Konzept, wo wir eine Mittelschule jetzt umsetzen können und diese Mittel bekommen wir nicht. Und ich sage einfach, es wird leider notwendig sein, dass wir Container-Klassen aufstellen müssen, und aus meiner Sicht müssen wir das Budget, das im März jetzt einen Nachtragskredit bekommt, vor allem mit Mitteln für die Bildung ausstatten und eine Residenzpflicht könnte die Familien auf die Steiermark aufteilen. Wir haben in allen Bezirken ein super Gesundheitssystem, super Bildungssystem und dann könnten wir die Integration wirklich ermöglichen.

*Zwischenruf Bgm.in-Stv.in Mag.a* ***Schwentner****: Bitte zur tatsächliche Berichtigung, weil wir sind noch nicht in der Diskussion.*

StR **Hohensinner**:

Ihr erlaubt keine Diskussion, das ist das Problem *(Appl.).*

Bgm.in-Stv.in Mag.a **Schwentner**:

Das war keine tatsächliche Berichtigung, aber eine Wortmeldung. Und ich bitte die Frau Gemeinderätin Schleicher …

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Das war keine tatsächliche Berichtigung?*

Bgm.in-Stv.in Mag.a **Schwentner**:

Nein.

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Sicher war das eine.*

Bgm.in-Stv.in Mag.a **Schwentner**:

Nein, das war nicht als eine erkennbar.

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Menschenrechtskonvention?*

Bgm.in-Stv.in Mag.a **Schwentner**:

So, bitte, Frau Gemeinderätin.

GR[in] Mag.[a] **Schleicher**:
Hoher Gemeinderat, werte Zuseher, liebe Antragstellerin. Das Thema Asyl ist für uns natürlich sehr dringlich. Vor allem auch eben die Auswirkungen, die eine verfehlte Integrations- und Zuwanderungspolitik hat, die über Jahrzehnte ja verfehlt war. Was jetzt die Kostenlawine betrifft, was die Kriminalitätsproblematik betrifft, aber eben auch die Bereiche im Gesundheitswesen und in den Schulen. Und diese Hilferufe, die es tatsächlich gibt, aus den Schulen und aus dem Gesundheitsgewesen, man braucht nur mit Krankenschwestern und Ärzten im Krankenhaus reden, das ist ja nichts Neues, die gibt es seit Jahren. Also das ist ein Problem, das besteht seit Jahren, ist nichts Neues. Was mich auch nicht überrascht, ist, dass dieses wichtige Thema von den Linken wieder reflexartig, wie es immer ist, wenn es um dieses Thema geht, einfach vom Tisch gewischt wird mit diesem lustigen Suppe-Vergleich. Ja, aber es ist leider schade, dass wir nie zu einer sinnvollen Diskussion bei diesem wichtigen Thema kommen. Es ist kurzsichtig, und à la longue ist es auch sicher schwierig, was den sozialen Frieden betrifft. Was ich schon lustig finde ist, dass der Antrag von der ÖVP kommt, da möchte ich schon ganz kurz darauf eingehen. Ich sage nur, das Versagen gibt es seit Jahrzehnten, aber 2015 war ein besonderes Jahr, wie wir alle wissen. Da war der Integrationsminister Kurz verantwortlich, ÖVP. Jetzt …

*Zwischenruf GR **Brandstätter**: Für was war er verantwortlich?*

GR[in] Mag.[a] **Schleicher**:
Integrationsminister war er auch.

*Zwischenruf GR **Brandstätter** unverständlich.*

GR[in] Mag.[a] **Schleicher**:
Ich mache meine Wortmeldung, wir können dann sprechen, ja?

*Zwischenruf GR Mag.* ***Pointner****: Den Herrn Kurz brauchen wir nicht verteidigen. Den Herrn Kurz verteidigen wir hier nicht.*

Bgm.[in]-Stv.[in] Mag.[a] **Schwentner**:
Die Frau Gemeinderätin ist am Wort.

GR[in] Mag.[a] **Schleicher**:
Danke, Frau Vizebürgermeisterin. Wofür verantwortlich war? Für dieses Nichthandeln, was 2015 passiert ist. Ich glaube, jeder weiß, was da vorgefallen ist. Jetzt, wie du es schon erwähnt hast, über 100.000 Asylanträge, so viele wie nie zuvor. Unter einem Innenminister Karner, unter einem Bundeskanzler, auch ÖVP. Da weiß ich nicht, ob es alle hier drinnen wissen, wer die letzten zwei Perioden für die Integration in der Stadt Graz zuständig war. Das war der Herr Stadtrat Kurt Hohensinner, auch ÖVP, wie wir wissen. Ich habe ihn auch in den letzten Jahren in einer Fragestunde einmal da zu einer Aussage durchringen können. Ich habe dich gefragt: Wann ist das Boot voll? Du hast gesagt, das Boot ist längst voll. Damals ist es gegangen um die Volksschulen, also Bildungsthema. Mehr als die Hälfte Grazer Volksschulkinder sind Kinder mit nicht deutscher Muttersprache. Das ist seit Jahren ein Problem, ein Bildungsproblem. Was ist passiert? Nicht viel, ein paar Lippenbekenntnisse. Passiert de facto ist nicht viel. Deshalb ist dieser Antrag für uns sehr fadenscheinig und wir bitten um getrennte Abstimmung der Punkte. Zum Punkt 1, zur Petition an das Land, dem werden wir nicht zustimmen. Es gibt die ÖVP in der Landesregierung, es gibt einen schwarzen Landeshauptmann. Zum Punkt 2, dem werden wir auch nicht zustimmen, weil Papier ist schon lang genug produziert worden, es sollten einmal Taten folgen. Es sollte

einmal geltendes Recht durchgesetzt werden. Da wäre die ÖVP im Bund zuständig. Und dem Punkt 3, sollte es dazu kommen, werden wir natürlich selbstverständlich schon zustimmen *(Appl.).*

GR Günter **Wagner**:
Hoher Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen. Also grundsätzlich, als ich den Antrag gesehen habe, habe ich direkt lächeln müssen. Weil ich sage einmal, in der Thematik der Zuwanderung und deren Auswirkung, in dieser Frage, seid ihr, glaube ich, nicht wirklich glaubwürdig. Man muss schon dazusagen, ihr seid die letzten 30 Jahre auf Bundesebene, 80 Jahre auf Landesebene und 20 Jahre, nahezu, auf Stadtebene in die Regierungsverantwortung, und so einen Antrag jetzt zu stellen, noch dazu mit einer Petition an den Landeshauptmann, der ja euch zugehört, sehe ich hier wirklich auch als sehr fadenscheinig an. Eben dieser Landeshauptmann, der eben die letzten Jahre zuvor für die Gesundheit auf Landesebene zuständig war. Und das muss man da schon sagen, hier jetzt die Bürgermeisterin zu beauftragen, euren Landeshauptmann zum Arbeiten zu bringen, das werde ich so nicht unterstützen. Der Dringlichkeit dieses Themas stimme ich zwar zu, aber dem Inhalt, bei aller Liebe, aber das geht in dem Fall wirklich nicht. Danke *(Appl. und Gelächter im Saal).*

GR$^{in}$ Dr.$^{in}$ **Unger**:
Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte nur ein paar kurze Sachen sagen. Die Intention war, die Probleme in den beiden Bereichen aufzuzeigen. Die Verantwortlichkeiten, die genannt worden sind, mögen stimmen. Der Handlungsbedarf ist gegeben. Es sind einfach dringende Dinge zu tun, die jetzt zu tun sind. Und wir haben uns nicht die künstliche Intelligenz angehört, sondern wir haben Menschen gefragt, die unmittelbar in diesen Betätigungsfeldern tätig sind *(Appl.).*
Ich würde wirklich dringend darum bitten, dass wir die Stimmen von denjenigen, die sich hier sehr stark bemühen, auch in der Hinsicht ernst nehmen. Wer den

Motivenbericht genau gelesen hat, bei allen Lücken, die man vielleicht erkennen könnte, ich habe auch aufgelistet, dass es sehr schwierig ist, den Spagat zwischen Arbeitskräftemangel, natürlich einen Beitrag von Migranten und Migrantinnen auf der einen Seite und auf der anderen Seite auch die Notwendigkeiten im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem zu benennen. Das ist einfach wichtig, um eine langfristige Tragfähigkeit des Systems zu gewährleisten. Das ist einmal grundsätzlich die Intention, die wir im Auge haben. Ich würde bitten, das zu berücksichtigen, und selbstverständlich hängen die Dinge miteinander zusammen. Ich glaube, es ist nicht unlauter zu sagen, dass wir steiermarkweit dieses Thema, zumindest in der Möglichkeit unserer Zugänge, auch sehen müssen und in Graz einfach gewisse Dinge aufgrund des Ballungszentrums, das kann man in allen wissenschaftlichen Werken zu diesem Thema nachlesen, selbstverständlich mehr betroffen sind als in ländlicheren Gebieten. Das hat einerseits mit den Kontaktmöglichkeiten zu tun, auch mit den Zugangsmöglichkeiten zur Bildung, Überforderung von Systemen. Also alle diese Dinge sind, glaube ich, nicht einfach von der Hand zu wischen. Und ich möchte mich in diesem Zusammenhang bitte auch dagegen verwehren, wenn in diesem Beispiel mit einer Suppen-Ingredienzien-Verteilung von Xenophobie und diesen Dingen die Rede ist. Ich halte es, und das muss ich ein persönlich betonen, wirklich für notwendig, auch für die Menschen, die hilfesuchend in unser Land kommen, nicht nur in unsere Stadt, in unser Land, dass man da auf eine ordentliche Umverteilung schaut, weil es einfach die Möglichkeiten erhöht *(Appl.).*

Ich weise also bitte persönlich den Vorwurf der Xenophobie schärfstens, allerschärfstens zurück und glaube, es ist wichtig, einfach darauf hinzuweisen, dass wir in dem Bereich Handlungsbedarf haben. Wie auch immer der ausschaut, es ist notwendig, jetzt etwas zu tun. Danke *(Appl.).*

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG und FPÖ) abgelehnt.***

## 8.5 Leistbare Wohnungen im gemeinnützigen Wohnbau sichern (GR$^{in}$ Manuela Wutte, MA, Grüne)

GR$^{in}$ **Wutte**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer:innen, die vielleicht im Livestream dabei sind. Wir kommen wieder zum Thema des leistbaren Wohnens. Wir hatten heute schon einen dringlichen Antrag, wo es eher sozusagen um die individuelle Ebene ging, und das ist vorhin schon angesprochen worden, es ist einfach ein sehr komplexes und vielschichtiges Thema. Wir haben es in den Medien wiederholt gelesen, wir haben jetzt aber auch als Datengrundlage den Grazer Wohnbaubericht, der erst vor kurzem von der Vizebürgermeisterin präsentiert wurde, der uns jetzt auch noch einmal ganz neu und faktenbasiert aufzeigt, was in Graz eigentlich wirklich die Probleme sind, warum sich in den letzten Jahren die Wohnungspreise auch in Graz in diese Richtung entwickelt haben. Und wieder ist es eine Vielfalt von Problemen in Wirklichkeit und ich greife halt jetzt einen Aspekt heraus, der mir aber sehr wesentlich erscheint und der jetzt auch medial sehr präsent war. Weil wer in den letzten Tagen die Zeitungen gelesen hat, hat gesehen, dass es eben gerade im Bereich der gemeinnützigen Wohnbauträger gerade massive Probleme gibt. Für alle, die sich jetzt vielleicht darunter nicht viel vorstellen können, das sind ÖWG, GWS, einfach Genossenschaften, die leistbaren Wohnraum anbieten. Jetzt ist es so, dass viele von den Wohnungen, die da in letzter Zeit gebaut wurden, zu 100 % fremdfinanziert waren. Und einfach dadurch, dass die Genossenschaften quasi die Zinserhöhungen, die es jetzt gibt bei den variabel finanzierten Krediten, weitergeben müssen, steigen die Mieten teilweise um 200 Euro oder so an. Was wiederum dazu führt, dass neu gebaute Wohnungen leerstehen, weil Leute sagen, um 200 Euro mehr kann ich mir die Wohnung einfach nicht leisten, kann sie nicht mieten. Es ist klar, das betrifft die ganze Steiermark, dass auf Landesebene sehr, sehr dringend eine Lösung gefunden werden muss. Es sind in der Zeitung auch schon ein paar Ansätze diskutiert worden, dass es eine Sonderförderung von Seiten des Landes eventuell geben muss. Auf jeden Fall Ende der 100-prozentigen

Fremdfinanzierung, in Zukunft Finanzierung über Landesdarlehen. Was ich aber wichtig finde, und ich glaube, wir alle sozusagen als Grazer Gemeinderat, als Vertretung der Grazer Bürger:innen wichtig finden sollen, ist, dass Graz noch einmal eigentlich besonders benachteiligt ist, was die Wohnbauförderung oder den geförderten Wohnbau in der Steiermark betrifft. Und das hat diese Studie ziemlich eindrucksvoll gezeigt, weil wir verhältnismäßig wenig Gemeindewohnungen haben, das war mir bekannt, das ist unsere ureigenste der Aufgabe. Aber verglichen mit anderen Städten, und ich meine jetzt nicht nur Wien, sondern auch Linz oder Klagenfurt oder Salzburg, haben wir auch wirklich sehr, sehr wenig geförderten Wohnbau. Zum Beispiel, also wenn wir jetzt Gemeindewohnungen und Genossenschaftswohnungen zusammenzählten, ist in Linz der Anteil 58 % und in Graz 15 %, also das klafft enorm weit auseinander. Und im Gegenzug sieht man auch ganz gut, dass über die letzten Jahre sozusagen der Anteil an Anlegerwohnungen ganz stark gewachsen ist in Graz. Also ich weiß nicht, wie viele von Ihnen jetzt die Wohnbaustudie im Detail gelesen haben, sie ist sehr umfangreich und ich kann es jedem empfehlen, das auszugsweise zu lesen, weil es einfach total interessant ist und ein sehr, sehr, glaube ich, brennendes Problem für ganz viele Menschen einmal kulturell erklärt. Und ich hoffe auch, dass wir jetzt einfach inhaltlich eine interessante Diskussion haben werden. Jedenfalls die Zahl bei den Anlegerwohnungen ist auch ziemlich erschreckend, weil bei den Wohnungen, die 2021 in Graz gekauft wurden, waren, dass ich es richtig habe, 44 % Anlegerwohnungen, das heißt 44 % der Wohnungen, die 2021 in Graz gekauft wurden, wurden gekauft, um sie weiterzuvermieten. Und das ist auch verglichen mit anderen Städten ein enorm hoher Anteil. Jetzt ist es klar, man kann dieser Fehlentwicklung, die sich über die letzten Jahre sozusagen angebahnt hat und die wirklich vielfältige Ursachen hat, nicht mit einer einzelnen Maßnahme beikommen. Es ist aber, denke ich, wenn sowieso auf Landesebene gerade eine Diskussion über den geförderten Wohnbau stattfindet und stattfinden muss, eben auch wegen dieser Leerstände, denke ich, total angebracht, dass wir als Gemeinderat einfach auch ganz deutlich die Forderung erheben, dass Graz da mehr berücksichtigt werden muss. Warum? Graz ist eine stark wachsende Stadt, und wir wissen natürlich auch, Graz, wie alle anderen

urbanen Räume, hat einfach eine vielfältig zusammengesetzte Bevölkerung. In der Stadt leben Menschen mit weniger Geld, Menschen mit mehr Geld. Es liegt aber wirklich auf der Hand, auch die Frau Bürgermeisterin hat es vorhin gesagt, dass so, wie sich jetzt die Mietpreise entwickelt haben in Graz, das weit in die Mittelschicht hineinreicht, dass einfach Mieten im Grunde nicht mehr leistbar sein werden mit einem Durchschnittseinkommen. Es gibt zum Glück auch einen kontinuierlichen Austausch von Elke Kahr mit dem zuständigen Landesrat und ich glaube, es gibt auch schon konstruktive Gespräche. Mir wäre es aber einfach wichtig, dass es auch von Seiten des Gemeinderates noch einmal ein deutliches Zeichen gibt. Die Studie spricht hier klare Worte, sie sagt, anteilsmäßig, also an den gesamt geförderten Wohnbauten, die in der Steiermark umgesetzt wurden, hat Graz 22 %, also vom neu errichteten Geschosswohnbau. Und das ist auch in den letzten Jahren immer eher abgefallen, der Anteil an den Gesamtförderungen. Der Kollege schaut etwas fragend. Und eine Empfehlung, die in der Studie auch erhoben wurde, war, dass man wirklich in Kooperation auch mit den Wohnbaugenossenschaften da wieder dahin kommen sollte, dass quasi 50 % von den Steirischen Förderungen wirklich nach Graz gehen für leistbaren Genossenschaftswohnbau. Es ist jetzt klar, ich verstehe auch sozusagen die Agenda der Landespolitik, man will Abwanderung bekämpfen, man möchte auch in den Regionen leistbaren Wohnraum schaffen. Aber wenn wir uns die Zahlen vorher angehört haben, ist Graz wirklich viel schlechter aufgestellt als jede andere österreichische Landeshauptstadt, und das sollte uns zu denken geben. Und das werden wir nicht alleine mit sozusagen Subjektförderungen lösen können, sondern man muss es, also der Objektförderungen, das heißt, strukturell mit den Arten von Wohnungen, die gebaut werden in Angriff nehmen. Ich hoffe, dass wir da möglichst breite Unterstützung finden und dass es wirklich alle Parteien quasi gemeinsam auf ihre politische Agenda setzen können. Weil das muss im Interesse von allen Menschen in Graz sein, dass wir gute, leistbare Wohnungen haben.
In diesem Sinne stelle ich den folgenden

**dringlichen Antrag:**

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Steiermärkischen Landtag auf dem Petitionsweg, zeitnah Lösungen für die aktuellen rasanten Mietanstiege im geförderten Wohnbau zu suchen.
2. Insbesondere soll dabei die Situation in Graz mit dem österreichweit mit Abstand geringsten Anteil an geförderten Wohnungen Berücksichtigung finden und der für die stark wachsende Landeshauptstadt Graz zu geringe Anteil am steirischen Kontingent geförderten Wohnbaus möglichst rasch deutlich erhöht werden. In letzter Konsequenz, um diese Erhöhung sicherzustellen, sollen auch Sanktionsmöglichkeiten geprüft werden, wie zum Beispiel der Verfall von Kontingenten, wenn nicht ausreichend in Graz gebaut wird.

Ich freue mich auf eine sachliche Diskussion und ersuche um breite Annahme. Danke *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*In den letzten Tagen und Wochen waren die rasant steigenden Mietkosten wiederholt Thema. Ein Sonderfall innerhalb der vielfältigen Mehrbelastungen, die gerade für alle Mieter:innen entstehen, sind die gemeinnützigen Wohnbauträger. Gemeinnützige Wohnbauträger wie beispielsweise die ÖWG, GWS oder die ENW bilden neben dem kommunalen Wohnbau eine wichtige Säule im Segment leistbarer und qualitativ ausgeführter Wohnungen.*

*Derzeit springen allerdings Mieter:innen laut Medienberichten reihenweise von neu errichteten geförderten Mietwohnungen ab, weil die Mieten im dreistelligen Bereich angehoben wurden. Da die Bauten zu 100 % über variabel verzinste Kredite finanziert waren, bedeutet 1 % Zinsanstieg einen Euro pro Quadratmeter mehr Miete, so der ÖWG-Chef. Diese Entwicklung führt dazu, dass in neuen, hochwertigen Wohnprojekten Leerstand entsteht.*

*In den langen Jahren der Niedrigzinspolitik erschien eine 100 % Fremdfinanzierung ökonomisch rational, jetzt stellt sie uns aber vor massive Probleme. Demnächst soll auf Landesebene ein Gipfel stattfinden, in dem um Lösungen für die aktuelle Misere gerungen wird. So stehen beispielsweise eine Sonderförderung (um die exorbitanten Kostensteigerungen abzufedern) und ein Ende der 100 % Fremdfinanzierung sowie eine teilweise Finanzierung über Landesdarlehen zur Debatte.*

*Es gibt neben diesen, die ganze Steiermark betreffenden Problemen aber noch einige Punkte, die insbesondere für Graz relevant sind. Laut der jüngst veröffentlichten Studie zum Grazer Wohnbau hat Graz verglichen mit Wien, aber auch mit Landeshauptstädten wie Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt nicht nur einen deutlich niedrigeren Anteil an Gemeindewohnungen, sondern auch an Genossenschaftswohnungen (Graz 15 %, Linz 58 %). Der Anteil an Anlegerwohnungen (hier gemeint: Die Grünen – Alternativliste Graz. Gemeinderatsklub. Rathaus. 3. Stock. Zimmer 360. 8011 Graz. Österreich Wohnungen, die gekauft wurden, um sie weiterzuvermieten) liegt in Graz im Gegenzug bei mittlerweile 44 %, in Linz bei 20 % und in Wien bei 24 %.*[1]

*Dieser massiven Fehlentwicklung ist nicht mit einer einzigen Maßnahme beizukommen. Klar ist aber, dass in den Diskussionen rund um die aktuellen Probleme im geförderten Wohnbau auch die Grazer Situation Berücksichtigung finden sollte:*

*Graz ist eine wachsende Stadt. Die Grazer Bevölkerung ist wie in jedem urbanen Raum sehr unterschiedlich zusammengesetzt; die in der Stadt lebenden Menschen haben unterschiedliche Bildungshintergründe und unterschiedliche Einkommen. Auf der Hand liegt aber angesichts der oben beschriebenen Entwicklungen, dass das Grundbedürfnis*

---

[1] Studie Grazer Wohnbau, Handlungsempfehlungen; www.graz.at/cms/dokumente/10357325_10621891/68285d39/Studie%20Grazer%20Wohnbau%202021_Bericht_final_web.pdf

*nach einer dauerhaft leistbaren, in der Größe passenden Wohnung für immer mehr Menschen in Graz nur mehr schwer erfüllbar ist.*

*Bürgermeisterin Kahr ist kontinuierlich im Austausch mit dem für Wohnbau zuständigen Landesrat. Die Studie zum Grazer Wohnbau benennt als eine zentrale Maßnahme die Erhöhung des zuletzt auf 22 % gesunkenen Grazer Anteils an Förderzusicherungen des sogenannten geförderten Geschossbaus auf 50 % und stellt auch Sanktionen wie einen Verfall der Kontingente als Möglichkeit in den Raum.*

*Klar sollte auch sein, dass es hier nicht darum geht, die Bedürfnisse eines Ballungsraums gegen jene von ländlichen Regionen auszuspielen. Deren Bestrebungen, die Abwanderung aus ländlichen Regionen durch leistbare Wohnungen zu bremsen, sind natürlich sinnvoll. Die oben angeführten Zahlen zeigen aber, dass Graz verglichen mit allen anderen größeren österreichischen Städten tatsächlich deutlichen Aufholbedarf im geförderten Wohnbau hat.*
*Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden*

***dringlichen Antrag:***

1. *Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Steiermärkischen Landtag auf dem Petitionsweg, zeitnah Lösungen für die aktuellen rasanten Mietanstiege im geförderten Wohnbau zu suchen.*
2. *Insbesondere soll dabei die Situation in Graz mit dem österreichweit mit Abstand geringsten Anteil an geförderten Wohnungen Berücksichtigung finden und der für die stark wachsende Landeshauptstadt Graz zu geringe Anteil am steirischen Kontingent geförderten Wohnbaus möglichst rasch deutlich erhöht werden. Um diese Erhöhung sicherzustellen, sollen auch Sanktionsmöglichkeiten wie der Verfall von Kontingenten bei Nicht-Erreichung des angestrebten Anteils geprüft werden.*

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat. Ganz kurz und bündig. Grundsätzlich können wir Ihrem Anliegen einiges abgewinnen, gemeinnütziger Wohnbau, ja, natürlich. Nur, für mich ist es jetzt ein bisschen so rübergekommen, als würden Sie Anlegerwohnungen besonders negativ sehen. Und ich muss Ihnen sagen, Anlegerwohnung sind eigentlich nichts Negatives. Das ist im Endeffekt etwas, wo man eine Erleichterung für jemanden geschaffen hat, der sein Geld, das er verdient, anlegen möchte. Was ist daran so schlecht? Bei der Anlegerwohnung sehen Sie immer Investoren, da sehen Sie große Konzerne. Im Endeffekt sind das im Großteil, ich habe jetzt nicht die genauen Zahlen im Kopf, aber zu einem überwiegenden Maße sind das die Menschen, die Sie immer vorgeben zu vertreten, nämlich die hart arbeitenden Leute, die sich eine Absicherung für die Zukunft schaffen wollen. Zumindest war das einmal der Grundgedanke. Heute ist es schon sehr, sehr schwer, eine Wohnung, eine Anlegerwohnung oder ein Haus anzuschaffen, keine Frage. Da haben sich halt Umstände zum Negativen geändert, darüber sollte man einmal reden. Eine Anlegerwohnung kauft man mit der Verpflichtung, 20 Jahre zu vermieten, also nicht selbst drinnen zu wohnen, 20 Jahre wird sozusagen dann eine Wohnung, die neu gebaut wurde, dann natürlich einem gewissen Stand der Zeit entspricht, es baut ja niemand jetzt Substandardwohnungen, wo dann Menschen einziehen. Das sind meistens Wohnungen, die unter den heutigen Bedingungen gebaut worden sind, die natürlich dann auch Vorteile für den aufweisen, der darin wohnt, und das über 20 Jahre, weil eben beim Kauf keine Umsatzsteuer bezahlt werden muss. Also grundsätzlich, das Konzept an sich ist ein gutes, das muss man schon sagen. Und der letzte Satz von Ihnen, Frau Kollegin, Sie haben gesagt, wenn nicht genug gebaut wird, dann gibt es Aktionsmöglichkeiten. Ich habe noch in Erinnerung, dass Sie eigentlich das Bauen in Graz einschränken wollten. Wo ich auch sagen muss ich, da bin ich ein vehementer Gegner davon, dass man jetzt das Bauen reduziert, weil man damit ja auch wieder die Preise treibt. Also ich glaube, man muss ein bisschen den Mittelweg finden, den ich Ihnen hier jetzt versucht habe aufzuzeigen, dass man sagt, ja, gemeinnütziger Wohnbau, ja, bitte gerne mehr, aber eben auch nicht dieses Produkt

der Anlegerwohnungen so verteufeln. Das sind nicht die großen Investoren oder die Hedgefonds oder weiß ich nicht, die Wall Street, falls Sie das glauben. Das sollte eigentlich ein Instrument sein für Menschen, sich eine Absicherung zu schaffen. 20 Jahre lang vermiete ich, die Miete ist nicht gleich der Gewinn, das muss ich auch immer dazusagen. Da glauben dann einige, der vermietet seine Wohnung hier um 700, 800 Euro im Monat Gewinn. Nein, nein, er muss ja damit auch die Wohnung erhalten. Dann ziehen die Leute aus, dann werden Schäden hinterlassen, dann haben sie einen Mieter, der nicht zahlt, dann haben sie Räumungsklagen, die sie bedienen müssen. Also dieses Vermieten als Goldgrube, das war vielleicht einmal, das ist das heute auch nicht mehr. Also da würde ich Sie wirklich bitten, mit ein bisschen mehr Augenmaß zu agieren. Grundsätzlich, Ihrem Anliegen können wir sehr, sehr viel abgewinnen und werden hier dann auch mitgehen *(Appl.).*

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

GR Dr. **Piffl-Percevic**:
Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer:innen und Zuseher:innen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind, das ist auch unsere Aufgabe, mit elementaren Themen der Daseinsvorsorge beschäftigt. Das ist unsere Aufgabe, für die wir gewählt sind. Und alle diese Themen, die wir heute behandelt haben, sind nachweislich von dieser Motivation getragen. Das kann jeder von euch, auch ich, auch die Claudia Unger, mit Recht für sich in Anspruch nehmen. Wir wollen den Menschen helfen, glücklich in unserer Stadt zu leben, eine lebenswerte Stadt zu haben. Und das Elementarste ist selbstverständlich die Wohnversorgung und die Sicherheit, inklusive der sozialen Sicherheit. Und du, liebe Manuela Wutte, wo bist du? Hier bist du, aber normalerweise ist dein Platz hier neben Karl Dreisiebner. Gedanklich warst du neben ihm, denn, es kommt gleich, ihr stimmt euch, scheint es, nicht miteinander ab. Ich erinnere mich, Karl Dreisiebner, du forderst, dass Mehrgeschosswohnbau, geförderter Geschosswohnbau, dass das viel zu wenig ist in unserer Stadt, Karl, jetzt kommst du

dran, Antrag im Gemeinderat vom 16. September 2021: temporäre Bausperre für Geschosswohnbauten für das gesamte Bauland im Grazer Gemeindegebiet. Ihr führt hier eine Geisterbahnfahrt ab *(Appl.).*

Wie ihr es braucht, vor der Wahl keine Bauten, wir brauchen das alle nicht, und schon gar keine Anlegerwohnungen. Nach der Wahl: Wo sind die Wohnungen, wo ist der Geschosswohnbau? Wenn nicht, ich bin keiner, der den Markt überbewertet, denn wir, gerade die Volkspartei, Josef Riegler, wir stehen für die ökosoziale Marktwirtschaft, wir wissen, und gerade die Covid-Krise hat gezeigt, dass der freie Markt, der ungezügelte Markt nicht das zu leisten im Stande ist, was wir benötigen. Daher brauchen wir selbstverständlich gezielte Eingriffe und ein gewisses Regulativ, aber es nützt uns nicht und es ist auch ungerechtfertigt, den freien Markt zu verteufeln, denn ohne diesen freien Markt würden wir alle nicht, so wie wir hier sind, doch einen gewissen Wohlstand widerspiegelnd, hier sitzen können. Wir haben in unserem Land, in Europa, im freien Westen sehr viel erreicht. Ohne den freien Markt, zu dem wir wieder möglichst zurückkommen müssen, schaffen wir das sicher nicht, die Politik nicht. Daher auch zum ersten Bomberantrag heut in der Früh oder am Beginn der Dringlichen, wir sind für schnelle Hilfe, bis wir die Mietgesetze auf- und runternovellieren, das hilft den Leuten jetzt nichts. Wir sind dafür, dass Hilfspakete geschnürt werden für die, die das dringend brauchen. Diese Diskussion über Regeländerungen über Jahre hinaus ist zynisch. Wir brauchen sofort Maßnahmen, das war auch der Abänderungsantrag von meinem Kollegen Markus Huber. Und diese Geisterbahnfahrt, einmal brauchen wir Geschosswohnbau, einmal nicht. Wenn wir vor den Wähler treten, vor der Wahl kein Geschosswohnbau, Anlegerwohnungen schlecht, dann muss ich, auch wenn wir anders abstimmen, meinem Kollegen Pascuttini beipflichten, ohne Anlegerwohnungen wären die Wohnungspreise ganz woanders. Und selbstverständlich sind die einmal sofort zur Vermietung; wenn es sich die Leute nicht leisten können, dann müssen wir schauen, dass das Geld gezielt und nachschauend, aber nicht mit einer Gießkanne für alle, sondern wir müssen den Leuten, die das wirklich benötigen, helfen. Das ist unsere Position und wir verhalten uns daher negativ zu diesem Antrag. Letztes Wort, wir haben im Ausschuss diese

Studie auch in diesem ständigen Planungsausschuss vorgelegt bekommen, beraten wir doch dort die Schlussfolgerungen, die wir daraus zu ziehen haben. Die Wohnungspreise, letzter Satz, sind in Graz, ohne Zynismus bitte, im Bundesvergleich vergleichsweise moderat. Ich sage nicht, dass deswegen keine Hilfe notwendig ist, denn manche können es sich trotzdem nicht leisten. Das heißt, die zwei Zahlen, 15 oder 22 %, geben noch nicht die Abschlussdiagnose. Wir haben den Ausschuss, beraten wir uns dort, dann sind wir gerne für einen gemeinsamen Antrag in diese Richtung bereit. Danke *(Appl.).*

GR$^{in}$ DI$^{in}$ **Aygan-Romaner**:
Ich möchte eigentlich nur ganz kurz auf ein paar Punkte eingehen, weil Manu hat das schon so sehr detailliert dargestellt, warum dieser dringliche Antrag notwendig ist. Man muss, Herr Kollege Topf, unterscheiden zwischen dem frei finanzierten Geschosswohnbau und geförderten Wohnbau. Also das kann man nicht in einen Topf werfen.

*Zwischenruf GR Dr.* ***Piffl-Percevic****: Das war nicht der Kollege Topf, sondern ich.*

GR$^{in}$ DI$^{in}$ **Aygan-Romaner**:
Ja, ja. Ok, ja. Die Brille, ich sehe nicht so gut.

*Zwischenruf GR* ***Huber****: Das war die künstliche Intelligenz.*

*Zwischenruf GR DI* ***Topf****: Ich schaue besser aus als er (Gelächter im Saal).*

Bgm.in-Stv.in Mag.a **Schwentner**:
So, bitte, die Frau Gemeinderätin ist am Wort und es gibt die Möglichkeit zur weiteren Diskussion.

GRin DIin **Aygan-Romaner**:
Verzeihung, Herr Topf, dass ich in die falsche Richtung geschaut habe, jetzt schaue ich Sie an. Wie gesagt, das ist nicht in den gleichen Topf zu werfen. Zu den Anlegerwohnungen, die Statistik zeigt, dass die meisten Anlegerwohnungen, die in Graz gebaut werden, Mikrowohnungen sind. Das ist so zwischen 30 nicht einmal 50 m² groß, für Familien einfach nicht geeignet. Größere Wohnungen werden von Anlegern eigentlich so gekauft, dass sie dann das für sich selber kaufen und eben diese 20 %, die sie dann mehr zahlen müssen, auch zahlen, also im Prinzip ein Eigentumskauf. Die Anlegerwohnungen, die am Markt sind, sind diese Mikrowohnungen mit 35 bis 46 m², und was da dann das Problem ist, die sind dann verglichen auf die Quadratmeter viel zu teuer, es gibt eine unglaubliche Fluktuation. Und Herr Pascuttini, wo ist er?

*Zwischenruf GR **Ulrich**: Draußen.*

GRin DIin **Aygan-Romaner**:
Der ist draußen, ja? Er hat das ja dargestellt, das ist ja prinzipiell, wenn man so darüber nachdenkt, eigentlich schlecht ist, wenn es eine Anlegerwohnung gibt, die man dann quasi vermieten kann. Aber die muss ja dann im Prinzip auch leistbar sein. Also die Anlegerwohnungen, die aber jetzt in Graz sehr oft gekauft werden, sind in der Verwaltung von einem Immobilienentwickler beziehungsweise einem Trust. Es kaufen sich immer mehr Immobilieninvestoren aus dem europäischen Bereich, vielleicht nicht unbedingt aus Amerika, aber aus dem europäischen Bereich, ein. Und man kann natürlich noch ganz genau hinschauen, warum die gekauft werden, für was das ist, die

sind für die Pensionsvorsorge teilweise, die müssen natürlich schauen, dass Gewinne erwirtschaftet werden, und, und, und. Also das ist ein sehr, sehr komplexer Bereich, wo aber jetzt ein Fenster, ein kleines Fenster, offen ist auf Landesebene, wo vielleicht einmal ein bisschen konstruktiver darüber geredet werden kann, wie man da eine Balance zwischen gefördertem Wohnbau, zwischen frei finanziertem Wohnbau und zwischen Anlegerwohnbau, wenn man es so nennen darf, finden kann. Dankesehr *(Appl.).*

GR^in^ **Wutte**:
Dann sage ich gerne noch was zum Schluss und gehe jetzt vor allem auf die Kritikpunkte ein. Ehrlich gesagt, ich bin ein bisschen überrascht, dass wir uns da jetzt nicht ganz einstimmig entschließen können, etwas in Richtung Land zu fordern, was einfach einhellig von Expert:innen empfohlen wurde. Der Bericht wurde ja auch im Unterausschuss schon präsentiert. Also du hast gerade gemeint, du würdest ihn gerne noch weiter diskutieren im Ausschuss, aber …

*Zwischenruf GR Dr.* ***Piffl-Percevic****: Der ist nicht diskutiert worden, der wurde nur vorgelegt.*

GR^in^ **Wutte**:
… er wurde vorgelegt, ja. Darf ich bitte aussprechen? Ich würde doch auch meinen, dass das in der Eigenverantwortung aller Mandatar:innen liegt, wenn etwas im Ausschuss präsentiert und vorgelegt wird, dass man, wenn man sich für das Thema interessiert und vorbereitet, dann eventuell Auszüge daheim noch liest und sich damit vertieft auseinandersetzt und dann kann man hier in einen fachlichen und qualifizierten Diskurs treten. Das wäre irgendwie wünschenswert und schön. Zum Thema Anlegerwohnungen: Nein, Anlegerwohnungen sind nicht per se verwerflich,

aber, das geht aus der Studie klar hervor und es waren auch schon vorher einige Indizien dafür wahrnehmbar in der Stadt, wenn primär für Anleger gebaut wird, werden zum Beispiel andere Wohnungsgrößen gebaut, weil für Anleger halt natürlich immer eher kleinere Wohnungen attraktiv sind. Und es hat sich die letzten Jahre abgezeichnet, wird auch in der Studie dargelegt, dass das halt an den eigentlichen Wohnbedürfnissen vorbeigehen und das ist halt genau ein Vorteil von Gemeindewohnungen oder auch vom geförderten Wohnbau, dass man sozusagen im Sinne des Gemeinwesens mehr Steuerungsmöglichkeiten hat, welche Arten von Wohnungen entstehen, nämlich qualitativ ausgeführte Wohnungen mit besseren Grünflächen in den Größen, die die Menschen brauchen. Und das führt uns zu einem Punkt zurück, den wir ganz vorher hatten: Natürlich brauchen wir die freie Marktwirtschaft, aber Wohnen ist ein Grundbedürfnis und das macht absolut Sinn, Dinge, die Grundbedürfnisse sind, stärker sozusagen von der Öffentlichkeit her zu steuern, weil sie dann in Richtung dieser Grundbedürfnisse auch ausgelegt werden können und eben nicht nur im Sinne von Kapitalinteressen. Ich muss auch widersprechen dahingehend, dass das nur sozusagen Einzel- oder Privatpersonen wären, die in Graz Anlegerwohnungen erworben haben, wie das jetzt zwischendurch angedeutet wurde; das geht auch aus Expert:inneneinschätzungen hervor, und die Zeynep hat es auch ganz richtig gesagt, man hat das teilweise in internationalen Magazinen gelesen, dass Graz irgendwie so von den institutionellen Anlegern entdeckt wurde, weil die Preise noch vergleichsweise niedrig sind, weil es einen Bauboom gab, weil da halt anscheinend ein Fenster war, wo das Gefühl war, man kann relativ viel auch herausholen dann sozusagen aus dem Wohnungsbau. Und dass hier sozusagen für unsere Bevölkerung Probleme entstehen, wenn in der Art gebaut wird, finde ich, liegt auf der Hand. Und es geht aus der Studie in vielen, vielen Punkten deutlich hervor. Deswegen finde ich es eigentlich schade, dass wir uns da nicht auf diese wirklich naheliegenden Forderungen einigen können. Also wir haben ja eine Studie, einen Vergleich über die letzten Jahre, die einfach deutlich zeigt, wie sozusagen der Anteil an gefördertem Wohnbau in Graz abnimmt. Und das erscheint mir einfach als strukturelle und wirklich nachhaltige Maßnahmen, wie wir leistbare Wohnungen in

passenden Größen, aber auch einfach in einer qualitativen guten Ausführung für die Bevölkerung zur Verfügung stellen können. Und das sollte einfach unser Ziel sein. Jedenfalls, danke für den Diskurs und vielleicht diskutieren wir so weiter. Und alle, die sich dafür interessieren, können einfach die Studie heranziehen, jetzt haben wir sie ja zum Glück *(Appl.).*

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

## 8.6 Europäische Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine (GR DI David Ram, Grüne)

GR DI **Ram**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Zuschauer im Livestream und am Balkon. Der Krieg in der Ukraine, er hält weiter an, er ist noch lange nicht vorbei. Die russische Invasion in der Ukraine ist nicht nur ein unprovozierter Angriff auf ein souveränes Land, sondern auch ein Angriff auf unsere europäischen Werte, wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit. Sie hat uns gezeigt, dass Frieden und Freiheit zerbrechlich sind und jeden Tag wieder gestärkt und verteidigt werden müssen. Aber vor allem hat sie gezeigt, dass gerade die Regionen und Städte angesichts des brutalen Angriffskriegs ein Schlüsselelement der Resilienz waren und sind. Bürgermeister:innen sowie lokale und regionale Verwaltungen in der Ukraine wurden mobilisiert, um gegen die Aggression Russlands standzuhalten und trotz widrigster Umstände lebensnotwendige Infrastruktur zu verteidigen. Das hat nicht nur die Menschen in der Ukraine inspiriert, sondern auch viele in den europäischen Ländern. Deshalb haben Kommunen, auch wie die Stadt Graz, und Regionen schnell reagiert. Geflüchtete aus der Ukraine wurden aufgenommen und ihren ukrainischen Kolleg:innen wurde Nothilfe geleistet. So hat zum Beispiel die Stadt Innsbruck noch kurz vor Weihnachten 20 Stromaggregate und einige andere wichtige Dinge in die

Ukraine geschickt. Während diese Nothilfe dringend notwendig ist und auch geleistet wird, ist es wichtig, Kräfte für die Wiederherstellung und den Wiederaufbau der Ukraine zu bündeln. Jetzt werden Sie sich fragen, ok, der Krieg ist noch nicht aus und wir wissen nicht, wann dieser Krieg enden wird, ist es trotzdem notwendig, sich schon jetzt zusammenzuschließen und gemeinsam zu planen, wie wir es dann machen, wenn es so weit ist, um eben wichtige Beiträge von den Kommunen und Regionen bereits jetzt abzustimmen? Dafür wurde die Europäische Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine ins Leben gerufen, um lokale und regionale Verbände der EU, lokale und regionale Verbände der Ukraine und die Städte und Regionen der EU und der Ukraine zusammenzubringen. Die Allianz hatte sich zum Ziel gesetzt, die Anstrengungen von Städten und Regionen der Europäischen Union zum Wiederaufbau der Ukraine zu koordinieren. Unter anderem wird es darum gehen, Fachwissen in den Bereichen Capacity-Building, Good Governance und technische Hilfsleistungen, die beim Wiederaufbau relevant sein könnten, zu eruieren und zu vermitteln. Weiters soll die Allianz genau direkte Kontakte zwischen Regionen und Städten herstellen und diese miteinander verbinden. Auch wenn es jetzt noch nicht absehbar ist, wann ein Wiederaufbau in diesem vom Krieg schwer zerstörten Gebiet möglich sein wird, gilt es für alle Partner:innen, die bereit sind, jetzt mitzuwirken, sich darauf vorzubereiten, um dann möglichst effektiv helfen zu können. Darüber hinaus, und das ist, glaube ich, fast das Wichtigste an diesem Antrag, ist das ein wichtiges Zeichen von uns als Stadt Graz gegenüber den Menschen in der Ukraine, zu zeigen, dass wir an sie glauben, dass wir glauben, dass dieser Krieg auch enden wird und dass dieses Land und diese Menschen eine gute Zukunft haben werden. Und gerade wir als Menschenrechtsstadt sollten in diesem Prozess aktiv mitwirken.
Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsklubs der Grünen folgenden

**Antrag:**

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz unterstützt die Ziele der „Europäischen Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine“ und strebt eine aktive Mitgliedschaft der Stadt Graz in dieser Allianz an.
2. Der Gemeinderat ersucht daher die zuständigen Stellen um Kontaktaufnahme mit der „Europäischen Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine“ und eine Prüfung der geeigneten Art einer Mitgliedschaft. Über die Ergebnisse soll dem Gemeinderat zeitnah berichtet werden.

Ich bitte um breite Zustimmung *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Jeden Tag erreichen uns schreckliche Nachrichten vom Krieg in der Ukraine, einem Krieg, der weiter anhält und noch lange nicht vorbei ist. Die russische Invasion in der Ukraine ist nicht nur ein unprovozierter Angriff auf ein souveränes Land, sondern auch ein Angriff auf unsere europäischen Werte Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Sie hat uns gezeigt, dass Freiheit und Frieden zerbrechlich sind und jeden Tag wieder gestärkt und verteidigt werden müssen.*

*Es hat sich auch gezeigt, dass die ukrainischen Regionen und Städte im Angesicht des brutalen Krieges ein Schlüsselelement der Resilienz sind. Bürgermeister:innen sowie lokale und regionale Verwaltungen in der Ukraine wurden mobilisiert, um gegen die Aggression Russlands standzuhalten und trotz widrigster Umstände lebensnotwendige Infrastruktur zu sichern. Das hat nicht nur die Menschen der Ukraine inspiriert, sondern auch viele in den Ländern der Europäischen Union. Deshalb haben Kommunen, Regionen und ihre nationalen und europäischen Verbände in der EU schnell reagiert, Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen und ihren ukrainischen Kolleg:innen Nothilfe geleistet. So hat die Stadt Innsbruck vor kurzem 20 Stromaggregate für die Notstromversorgung in Charkiw gespendet und es gibt noch viele andere dieser Beispiele von Kommunen, Regionen, Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft.*

*Während diese Hilfe weiterhin dringend notwendig ist und auch geleistet wird, ist es wichtig, die Kräfte für die Wiederherstellung und den Wiederaufbau der Ukraine zu bündeln. Auch wenn noch nicht absehbar ist, wann dieser furchtbare Krieg enden wird, ist es trotzdem notwendig, sich schon jetzt zusammenzuschließen und gemeinsam zu planen, wie eine bestmögliche Unterstützung für den Wiederaufbau aussehen könnte und welche Beiträge dabei Kommunen und Regionen auch abseits großer finanzieller Zuwendungen leisten können.*

*Dafür wurde die „Europäische Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine" ins Leben gerufen, um lokale und regionale Verbände der EU, lokale und regionale Verbände der Ukraine, und die Städte und Regionen aus der EU und der Ukraine zusammenzubringen. Die Allianz hat sich zum Ziel gesetzt, die Anstrengungen von Städten und Regionen der Europäischen Union zum Wiederaufbau der Ukraine zu koordinieren. Unter anderem wird es darum gehen, Fachwissen in den Bereichen Capacity-Building, Good Governance und technische Hilfsleistungen, die beim Wiederaufbau relevant sein könnten, zu eruieren und zu vermitteln. Weiters soll über die Allianz Kontakte zwischen Städten und Regionen in der Ukraine und ihren lokalen und regionalen Behörden sowie den Mitgliedsstädten und -regionen hergestellt sowie die Zusammenarbeit auf EU-Ebene abgestimmt werden.*

*Mehr Informationen zur Allianz (Ziele, Prinzipien, Mitglieder etc.) finden sich hier: https://cor.europa.eu/en/engage/Pages/European-Alliance-of-Cities-and-Regions-for-thereconstruction-of-Ukraine.aspx*

*Auch wenn noch nicht absehbar ist, wann ein Wiederaufbau in diesem, vom Krieg schwer zerstörten Land tatsächlich möglich sein wird, gilt es für alle Partner:innen, die bereit sind mitzuwirken, sich darauf vorzubereiten, um dann möglichst effektiv helfen zu können.*
*Darüber hinaus ist diese Allianz ein wichtiges Signal an die Ukrainer:innen, dass nicht nur sie selbst, sondern auch viele Städte und Regionen in Europa an eine gute Zukunft*

*ihres Landes glauben und bereit sind, daran mitzuwirken. Als Menschenrechtsstadt sollten wir uns in diesen Prozess aktiv einbringen.*
*Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsklubs der Grazer Grünen-ALG folgenden*

***dringlichen Antrag:***

1. *Der Gemeinderat der Stadt Graz unterstützt die Ziele der „Europäischen Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine“ und strebt eine aktive Mitgliedschaft der Stadt Graz in dieser Allianz an.*
2. *Der Gemeinderat ersucht daher die zuständigen Stellen um Kontaktaufnahme mit der „Europäischen Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine“ und eine Prüfung der geeigneten Art einer Mitgliedschaft. Über die Ergebnisse soll dem Gemeinderat zeitnah berichtet werden.*

***Vorsitzwechsel – Bgm.in Kahr übernimmt den Vorsitz (17.41 Uhr).***

GR Mag. **Winter**:
Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ich bin der festen Überzeugung, jeder Krieg, sei er groß, sei er klein, kennt zwei Opfer. Das erste Opfer, hinlänglich bekannt, das erste große Opfer ist immer die Wahrheit. Und das zweite große Opfer ist die Zivilbevölkerung. Und zwar die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten. Und das möchte ich in dem Zusammenhang explizit betonen, die Zivilbevölkerung der Ukraine ist ein Opfer, aber genauso ist die russische Bevölkerung beziehungsweise die Russen in der Ukraine, im Osten, sind genauso als Opfer zu betrachten. Und für mich existieren drei große Kritikpunkte an dem vorliegenden Antrag. Das Erste, es ist relativ viel vom Wiederaufbau der Ukraine die Rede in diesem Antrag, und das nimmt, so traurig die Situation ist, den Kriegsverlauf oder das Kriegsende ein wenig vorweg. Wir wissen nicht, wie dieses Kriegsende stattfinden wird. Möglicherweise existiert die Ukraine

nach diesem Krieg nicht mehr. Möglicherweise gewinnt die Ukraine das gesamte Gebiet zurück oder, und dass ist das Wahrscheinlichste, so wie es jetzt ausschaut, wird es irgendwo einen Friedensschluss geben und eine Grenze geben in der Mitte dieses Landes. Das ist der erste Kritikpunkt, den ich diesbezüglich hätte. Der zweite, ich habe mir, nachdem der Kollege Ram ja auch den Link in den Antrag hineingegeben hat, die Homepage von dieser Europäischen Allianz näher angeschaut. Und meine große Befürchtung ist, dass es bei dieser Europäischen Allianz wieder eine sehr, sehr einseitige Parteinahme ist, nämlich einerseits, wo Selenski dezidiert unterstützt wird und auf der anderen Seite auch als klares Ziel die europäische Integration der Ukraine gefordert und forciert werden soll. Mit anderen Worten, auch die Ukraine langfristig daher auch in die EU geführt werden soll. Weil was ist diese EU? Nichts anderes als ein europäisches Integrationsprojekt. Und das Dritte, und das vergessen wir leider, das wäre die Grundvoraussetzung, damit wir überhaupt von einem Wiederaufbau in der Ukraine sprechen können. Das ist nämlich, dass irgendwann Friede einkehrt. Und je früher dieser Friede eingekehrt, umso besser. Da werden wir auch einer Meinung sein. Nur, wie werden wir aus Österreich, als neutrales Österreich den besten Beitrag zu einem Frieden leisten können? Indem wir jetzt einseitig Partei ergreifen und dieser Europäischen Allianz der Städte und Regionen beitreten oder ob wir neutral bleiben, und vielfach ist es auch wichtig, einen neutralen Vermittler zu besitzen, um möglichst rasch Frieden herzustellen. Und genau das ist der Weg, den wir forcieren möchten. Und genau deswegen ist dieser Beitritt zu dieser Europäischen Allianz in unseren Augen nicht sinnvoll *(Appl.).*

GR[in] Dr.[in] **Unger**:

Lieber Antragsteller, liebe Regierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden diesem Antrag zustimmen, aus mehreren Gründen. Erstens einmal ist es wichtig, auch wenn man vielleicht den Ausgang eines Konfliktes, und das möchte ich noch einmal betonen, der als Angriffskrieg eigentlich in den letzten zwei Jahren tituliert wurde und das zu Recht, auch Position zu bekennen und zu beziehen. Das ist wichtig für

Gebietskörperschaften und für Personen. Insofern ist der Wunsch, dass man die Ukraine unterstützt auf einem Weg in den Frieden und in ein normales Leben, aus unserer Sicht unterstützenswert, nicht zuletzt, weil viele von uns, und wir haben, Gott sei Dank, einige hier, die persönlich sich davon überzeugen konnten, durch Hilfe hier, aber auch für Hilfe, die direkt in der Ukraine geleistet wird, dass das absolut notwendig ist. Es geht einfach nicht, dass wir beliebig auf diesen Konflikt reagieren und sagen, wir ziehen uns auf eine abwartende Position zurück. Wenn wir von Beliebigkeit reden, möchte ich aber auch davon sprechen, dass wir nicht nur einfach eine Absichtserklärung abgeben sollten, indem wir sagen, ja, das ist ein gutes Unterfangen, wir unterschreiben etwas und sind da dabei, sondern wir müssen tatsächlich auch die Glaubwürdigkeit unserer gesetzten Handlung dann überprüfen, wie wir uns hier vor Ort darüber unterhalten und wie wir uns hier verhalten. Und wir führen seit Monaten eine ständig schwebende Diskussion darüber, inwiefern wir hier entsprechende Distanzierungen hatten von einzelnen Mitgliedern der Kommunistischen Fraktion. Und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, erstens einmal, dass die Wortmeldung dementsprechend erwünscht wäre und dass das für die gesamte Koalition auch gilt, dass wir hier vor Ort ähnlich sein müssen, wie wir dann bei anderen überregionalen, schriftlichen Zugeständnissen verfahren. Das heißt, dieser Konflikt ist überall zu verurteilen und es ist auch zu verurteilen, was passiert ist im Donbas, und das ist deswegen auch zu verurteilen, wer sich dort nicht korrekt verhalten hat. Das ist noch einmal mehr zu betonen und ich weise darauf hin, von Rücktrittsforderungen bis zu Klarlegungen zu Fragen rund um durch diversen Reisen hat es keine Klarheit gegeben. Also diese Beliebigkeit sollte man vielleicht im Zuge dieser Aktion auch entsprechend abschaffen *(Appl.).*

Ich möchte auch dazusagen, dass selbstverständlich eine Beitrittserklärung noch kein Ergebnis ist. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass es eine langfristige Verpflichtung sein kann. Das ist etwas, was wir abwägen müssen, was wir leisten können als Stadt oder als Körperschaft oder über Vereine. Das ist sinnvoll, unbestritten. Aber selbstverständlich müssen wir auch darüber reden, wie wir das dann leisten können. Einmal mehr darf ich wiederholen, wenn wir Dinge zusagen,

müssen wir sie auch einhalten können. Und das ist ausgesprochen wichtig. Grundsätzlich wäre es klasse gewesen, wenn wir vielleicht die Information schon ein bisschen früher bekommen hätten, um uns eben mit diesem großen europäischen Konstrukt auch etwas näher auseinanderzusetzen. Aber die Idee ist gut, aufgrund der persönlichen Kontakte, die einige von uns unterhalten, nachvollziehbar und wird von uns auch mit der entsprechenden Passion betrieben. Und ich würde wirklich hier anregen, das zum Anlass zu nehmen, mit diesen unsauberen Geschichten zwischen Donbas und Graz aufzuräumen. Das ist wichtig, damit wir auch in dieser Frage glaubwürdig sind. Danke *(Appl.).*

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KFG) angenommen.***

GR **Ammerer**:
Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin, sehr verehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen auch im Livestream und werte Zuseher:innen auf der Tribüne. Es ist, finde ich, schon bezeichnend, wenn die Dringlichkeit nicht einstimmig fällt in einem Konflikt, wo erst letzte Woche bei einem Raketen-Einschlag in einem Wohnhochhaus 40 Menschen eiskalt ermordet wurden. Was ist dringlicher als ein genozidaler Angriffskrieg, ein Verbrechen, das sich vor uns in aller Augen abspielt? Wenn man da der Dringlichkeit nicht zustimmen kann, und ich schaue Sie an, Herr Winter, das verstehe ich nicht, dass wir uns zumindest über das einig sein könnten hier *(Appl.).*
Weiters, die Ukraine wieder aufzubauen, wann es auch sein wird, möglichst bald, so hoffen wir alle. Das ist ein Commitment, das kann man jederzeit abschließen, das hätten wir am 24. Februar 2022 schon abschließen können, da nehmen wir nichts vorweg. Sondern das Einzige, was wir da bekennen, ist unsere Bereitschaft, diese Verwüstung helfen wieder aufzuräumen und den Menschen dort wieder ein Leben zurückzugeben. Das ist ein Bekenntnis, wo es mich einfach nur extrem verwundert, dass wir hier in diesem Raum keine Einhelligkeit haben. Das ist eigenartig, weil es geht

darum, zerstörte Landstriche und die zerstörten Leben wiederaufzubauen, und dass wir uns darauf nicht einigen können, finde ich traurig *(Appl.).*

GR Dr. **Piffl-Percevic**:
Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Wir haben vorher von der Notwendigkeit unserer Fürsorge für die Daseinsvorsorge von uns hier gesprochen und wir dürfen auch nicht vergessen, dass 70.000 Ukrainer:innen in Österreich bei uns Zuflucht gesucht haben. Und ich möchte bei dieser Gelegenheit, ich glaube, im Namen aller, auch sprechen zu können, ich möchte hier niemandem das Wort abschneiden, das kann ich auch gar nicht, aber den Dank an unsere Bevölkerung aussprechen und an die europäische Bevölkerung, dass ist beispielgebend, wie, glaube ich, noch nie in der Geschichte, vielleicht doch, 1956 Ungarn, können wir uns erinnern, aber in dieser Breite der Fall war, dass Menschen, Millionen von Menschen aus der Hüfte heraus reflexartig geholfen wurde und auch weiterhin das hoffentlich so bleibt. Also einen Dank dafür *(Appl.).*
Und auch ein Bekenntnis, wie es diesem dringlichen Antrag zugrunde liegt, weil wir eben beschließen, ist ganz, ganz wichtig, wir geben diesen Menschen Hoffnung, nicht damit sie sofort wieder zurückgehen. Die meisten wollen ja sofort zurück, sie können aber natürlich nur zumutbar zurück, wenn sie eine Perspektive bekommen. Diese Perspektive bekommen sie zumindest jetzt, auch wenn wir diesen Beschluss einhellig fassen. Und ich möchte das nicht jetzt für einen billigen Seitenhieb jetzt ausnützen. Die Glaubwürdigkeit, die die Claudia angesprochen hat, die betrifft jetzt nicht die, die im Donbas waren oder Nordkorea, sondern die betreffen alle Fraktionen, die sich nicht eindeutig von solchen Vorgehensweisen, von solchen Reisen und solcher falschen Solidarisierung distanzieren. Ich möchte das jetzt nicht für einen Zeigefinger benützen, aber ich wollte das nur sagen, weil ich glaube, dass das nicht genau sofort verstanden wird, was diese Glaubwürdigkeit ist, wenn diese Glaubwürdigkeit abzuverlangen ist, die ist uns allen abzuverlangen. Einen Teil dieser Glaubwürdigkeit beweisen wir, wenn wir heute zustimmen und insofern appelliere ich wirklich an alle, es geht hier um ein

Friedenszeichen, einen Hoffnungsschimmer, eine Perspektive, das ist die eine Seite dieser Initiative. Danke für Ihre Aufmerksamkeit *(Appl.).*

GR[in] Dr.[in] **Unger**:
Nachdem die Dringlichkeit auch von sämtlichen Koalitionsfraktionen mitbestimmt war, möchte ich noch einmal daran erinnern, was ich in meiner vorigen Wortmeldung gesagt habe. Es ist wichtig, dass wir uns auch hier zu dem bekennen, es fehlt nach wie vor eine ordentliche Vorgehensweise mit jenen, die hier drinnen sitzen und sich nicht ausreichend distanziert oder Konsequenzen gezogen haben. Ich möchte darauf hinweisen, dass das auch wichtig ist und dass wir nicht so tun können, als wäre es egal. Und es würde reichen, wenn wir Dinge unterschreiben. Es ist mir nicht klar, warum das über Monate nicht möglich ist, und dass wir jetzt wieder einen Anlassfall haben, wo wir uns letztendlich auf etwas verständigen, was der Humanität, der Hilfe, der Friedensarbeit dienen soll. Und im eigenen Haus bleiben diese Fragen nach wie vor ungeklärt, wenn wir schon in anderen Anträgen davon reden, dass wir von Dingen enttäuscht sind oder von Personen, so wie es auch in meinem Fall heute der Fall war, darf ich jetzt anmerken, ich bin in diesem Fall sehr enttäuscht, dass das wieder einmal nicht Anlass genug war, hier Konsequenzen zu ziehen. Danke *(Appl.).*

GR DI **Ram**:
Danke für die Wortmeldungen. Herr Gemeinderat Winter, ich sollte wahrscheinlich nicht wahnsinnig viel dazu sagen, aber es zeugt schon von einer gewissen, wie soll ich sagen, Gefühlslosigkeit. Denn wir sitzen hier im Warmen, und man muss sich vorstellen, in Kiew und vielen anderen Städten, die werden bombardiert jeden Abend, die müssen unter Fliegeralarm mit ihren Familien und mit den Kindern flüchten. Die werden getötet, die müssen Angst haben, dass sie am nächsten Tag noch lebend irgendwohin kommen. Und wir sagen ja, wir ziehen uns auf eine neutrale Position zurück. Das ist ziemlich gemütlich. Ich finde, wir sollten ganz klar Position beziehen

gegen etwas, was ein totales Unrecht ist und was einfach auf dieser Welt mit unseren Gesetzen und dem Völkerrecht nicht mehr passieren darf. Und dieser Antrag ist ein kleines Zeichen, muss man ganz ehrlich sagen, der Solidarität und dessen, dass wir dahinter stehen, dass wir diesen Frieden wollen und dass wir alles tun werden, das zu unterstützen und die Ukraine dabei unterstützen werden, diesen Frieden zu erreichen. Und das ist, glaube ich, das erste Ziel von diesem Antrag. Und dann in weiterer Folge wird es natürlich um den Wiederaufbau gehen. Und richtig, wir sollen nichts versprechen, was wir nicht halten können, aber in dem Sinne ist der Antrag auch gut formuliert, es geht darum zu prüfen, in welcher Weise wir am besten helfen können. Und ich glaube, da gibt es sehr, sehr viele Möglichkeiten der Stadt Graz mit allen Organisationen und Firmen, die wir haben, und wenn es auch nur Knowhow ist, wie wir als Stadt unsere Dinge machen, und wenn wir das wieder weitergeben können. In diesem Sinne, ich hoffe auch auf breite Zustimmung, weil ich glaube, es ist ein großes Zeichen von uns, dass wir uns dort anschließen und man muss auch sagen, als eine der ersten Städte oder, glaube ich, die erste Stadt in Österreich sind, die da dabei sind. Also vielen Dank *(Appl.).*

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und FPÖ) angenommen.***

## 8.7 Mehr Transparenz bei den Geldflüssen zwischen Stadt und Beteiligungen (GR$^{in}$ DI$^{in}$ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

GR$^{in}$ DI$^{in}$ (FH) **Schlüsselberger**:
Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat und liebe Zuhörer und Zuhörerinnen. Es wird jetzt ein bisschen pragmatischer und trockener, aber eigentlich auch spannungsgeladen, wenn man es sich genauer anschaut. In meinem dringlichen Antrag, mit dem vielleicht recht, ich sage einmal, unsexy Titel „Transparenz bei Geldflüssen“ geht es eigentlich um ein recht eigennützigen Antrag. Weil dieser Antrag

erspart uns allen, so wie wir hier sitzen, jede Menge Arbeit, sofern er denn Mehrheit findet. Wir sind ja eigentlich die demokratisch gewählten Vertreter:innen der Bürger und Bürgerinnen von Graz. Denen gegenüber sind wir verpflichtet, Entscheidungen zu treffen. Entscheidungen, die gut sind für die Bürgerinnen und Bürger. Weil wir heute schon öfter einmal einen Verweis auf das Statut gehabt haben, dort steht das drinnen mit Förderung des Wohles der Stadt. Naja, solche Entscheidungen zu treffen, kann manchmal recht spannend sein. Spannend wird es dann, wenn es nicht ganz leicht nachvollziehbar ist, wie man denn zu einer Entscheidung kommt, weil einfach die Entscheidungsbasis nicht für jeden und für jede immer so nachvollziehbar ist. Liegt nicht daran, dass es der eine oder andere vielleicht auch zeitlich oder aus anderen Gründen nicht schafft, sondern manchmal, und gerade im Finanzbereich ist es recht tricky zu wissen, wie kommt man zu den Zahlen, worauf basieren die, wie kommen die zustande oder wo findet man überhaupt die Zahlen? Aber Demokratie, und dafür sind wir da, funktioniert nur, wenn die Entscheidungsbasis allen klar ist und wenn alle mit dieser Entscheidungsbasis auch arbeiten können. Die Dringlichkeit von dem Ganzen, glaube ich, ist uns allen recht gut bewusst. Wir kennen gerade die aktuelle Lage, wir kennen gerade den Handlungsbedarf, das erklärt die Notwendigkeit und ich halte es jetzt kurz und bitte im ersten Schritt einmal um die Zustimmung zur Dringlichkeit. Dankeschön *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Das Wort Demokratie beschreibt für Formen der Herrschaftsorganisation auf der Grundlage der Partizipation beziehungsweise Teilhabe aller an der politischen Willensbildung. Aus dem griechischen abgeleitet würde man es Volksherrschaft nennen. Das Prinzip funktioniert aber nur, wenn eine Teilhabe möglich ist, weil eine verständliche Entscheidungsbasis vorliegt. Kurz: In einer Demokratie gibt es nichts Wichtigeres als die informierte Wählerin und den informierten Wähler. Was einfach klingt, ist in der Umsetzung alles andere wie einfach.*

*Will man sich die Geldflüsse der Stadt Graz ansehen, stößt man hier schnell an die Grenze des Machbaren. Das derzeitige Kontrollwesen ermöglicht nur die Darstellung beziehungsweise das Aufzeigen, ob Beteiligungen und Eigenbetriebe finanzielle Mittel von Eigentümer erhalten haben. Wenn man aber nur die zur Verfügung stehenden Buchhaltungsdaten hat, ist es lediglich möglich, Zahlungen aus Gewinnausnahmen und Kapitalzuschüssen beziehungsweise Ergebnisabführungen und Verlustübernahmen sichtbar zu machen. Deshalb braucht es zukünftig jährlich eine Übersicht, die alle Geldflüsse zwischen der Stadt Graz und den Beteiligungen beziehungsweise Eigenbetrieben bereitstellen. Denn nur damit kann die nötige Transparenz geschaffen werden. Denn nur so können die richtigen Schlüsse gezogen werden.*

*Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den*

***dringlichen Antrag:***

*Die Geldflüsse zwischen der Stadt Graz und den Beteiligungen beziehungsweise den Eigenbetrieben sollen zukünftig jährlich im Zuge des Abschlusses als Beilage dargestellt werden. Die Übersicht soll alle Geldflüsse vollumfänglich erfassen und in einer vereinfachten Form dargestellt werden, damit die Nachvollziehbarkeit der Geldflüsse dem Gemeinderat möglich ist.*

GR[in] **Katzensteiner**:
Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen. Ich möchte mich bei der Kollegin Schlüsselberger für diesen Antrag bedanken, den ich angesichts, ist jetzt eh schon gesagt, diverser Berichte des Stadtrechnungshofes für mehr als notwendig halte und auch dringlich natürlich. Wie wir diesen Berichten entnehmen konnten, wurden in den vergangenen Jahren die Beteiligungen, und hier vor allem die GUF offenbar dazu benützt, die budgetäre Lage der Stadt besser dazustellen als sie tatsächlich war. Anstatt tatsächlich notwendige Konsolidierung

vorzunehmen, wurden Gelder hin- und hergeschoben. So löste beispielsweise die GUF Kapitalrücklagen, welche aus einem kreditfinanzierten Großmutterzuschuss der Stadt stammen, auf und schüttete diese als Gewinn an die GBG aus. Die GBG wiederum schüttete daraufhin einen Gewinn an die Stadt aus. Heruntergebrochen lässt sich dies wie folgt interpretieren: Die Stadt nimmt einen Kredit auf, der eigentlich für Investitionen gedacht ist, schickt das Geld im Kreis und plötzlich landet dieses Geld dann wieder als Einnahmen bei der Stadt. Der Stadtrechnungshof stellt dazu im Bericht zum Zustand des Hauses Graz - Beteiligungen Teil 1 fest, ich zitiere: „Die Vorgangsweise der GBG, Gewinne aus den Auflösungen von Rücklagen, die durch die Großmutterzuschüsse der Stadt Graz an die GUF entstanden waren, an die Stadt auszuschütten, diente ausschließlich der Umgehung haushaltsrechtlicher Vorschriften der Stadt. So konnte die Stadt Graz fällige Zins- und Tilgungszahlungen durch langfristige Investitionsdarlehen und Anleihen bedecken.“ Zitat Ende. Um diesen Zahlungsflüssen aus der Vergangenheit weiter auf den Grund zu gehen, hat der Kontrollausschuss den Stadtrechnungshof damit beauftragt, die Geldflüsse zwischen Stadt und GUF näher zu beleuchten. Angemerkt sei hier, dass die Fraktion, die in den fraglichen Zeiträumen den Finanzstadtrat gestellt hat, den Prüfantrag nicht unterschrieben hat und offenbar kein Interesse daran hat, hier Licht ins Dunkel zu bringen. Hier künftig für die notwendige Transparenz zu sorgen, ist enorm wichtig, weshalb auch unsere Fraktion dem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt selbstverständlich zustimmen wird. Danke *(Appl.).*

GR **Stücklschweiger**:
Liebe Frau Schlüsselberger, zuerst einmal vielen Dank für den Exkurs in Sachen Politikwissenschaften zum Thema Demokratie. Ich persönlich empfinde das ja einerseits ein bisschen als ein Affront gegenüber jeder Person, die ein Mandat hält, andererseits aber auch als Affront gegenüber allen Wähler:innen, dass sie de facto unterstellen, dass das in Graz, durch das, was Sie in Ihren Motiventext geschrieben haben, vielfach nicht möglich ist, demokratisch zu sein. Also halten wir bitte fest, wir

leben die Demokratie in unserer Stadt in besten Zügen. Das beste Beispiel dafür ist, dass Sie mit Ihrer Parteien in der Koalition sind. Zum Thema Transparenz, Frau Kollegin, stimme ich Ihnen zu 100 % zu, Transparenz ist unumgänglich. Was mich aber irritiert, ist die Tatsache, dass Sie eben diese in Frage stellen, sie diskreditieren nämlich in Wahrheit jeden Gemeinderat und jede Gemeinderätin der Vorperioden, der ganzen letzten Jahre, in denen viele von Ihnen auch schon einmal in Regierungsverantwortung gewesen sind. Das heißt, Sie sagen eigentlich, dass nie transparent gearbeitet worden ist. Und das ist schlichtweg falsch. Wenn Sie erhöhten Informationsbedarf an Ihre Wähler:innen sehen, dann würde ich behaupten, dass Sie als Gemeinderätin in den entsprechenden Ausschüssen die Möglichkeit haben, sich alle notwendigen Fakten einzuholen, um sie in weiterer Folge dann mit der Bevölkerung oder mit uns im Gemeinderat in den Gemeinderatssitzungen zu kommunizieren. Und des Weiteren gibt es in der GUF seit elf Jahren transparenzfördernde standardisierte Prozesse, die Graz bitte zum Vorbild für andere Städte gemacht haben. Linz, Klagenfurt, Innsbruck haben bei uns angefragt und haben Graz als Benchmark genommen, um eben genau diese Prozesse zu implementieren. Sie schreiben in Ihrem Antragstext: „Die Übersicht soll alle Geldflüsse vollumfänglich erfassen und in einer vereinfachten Form dargestellt werden, damit die Nachvollziehbarkeit der Geldflüsse dem Gemeinderat möglich ist.“ Diese Zahlungsbeziehungen werden aber seit 2004 jährlich erhoben und zwar im Zuge der Erstellung der konsolidierten Rechnungsabschlüsse und der Stadtrechnungshof prüft diese konsolidierten Haushaltsrechnungen auch jährlich und setzt dann seinen Haken drauf. Die Konsolidierung berücksichtigt die internen Transferbeziehungen, nämlich auch, ich habe hier mitgebracht den Stadtrechnungshofbericht aus dem Jahr 2021, Kontrollbericht 5/2021, wenn man die Seite 15 aufschlägt, steht da: Die Finanz- und Vermögensdirektion führte die beiden unterschiedlichen Ergebnisermittlungsverfahren zum konsolidierten Abschluss des Hauses Graz zusammen. Das geschah in drei Bereichen: Herausrechnen der Beteiligungsansätze und internen Darlehen zwischen der Stadt Graz und ihren Beteiligungen, Herausrechnen der Stadt, Herausrechnen der zwischen der Stadt und den Beteiligungen geflossenen Umsätze und Aufwendungen, Herausrechnen der internen wirtschaftlichen

Beziehungen zwischen der Stadt und ihrer Beteiligungen. Ich frage mich also, was Sie eigentlich einfordern, weil wenn Sie Berichte und infolgedessen Jahresabschlüsse vielleicht auch nicht richtig lesen können, dann gibt es jederzeit die Möglichkeit, im Finanzausschuss dazu Fragen zu stellen. Und ich glaube, es gibt genug Leute, die Jahresabschlüsse und auch diese Berichte richtig interpretieren und weiter kommunizieren können. Ich habe im Übrigen auch hiermit …

*Zwischenruf GR Mag.* ***Pointner****: Redezeit.*

GR **Stücklschweiger**:
Ja, das haben wir heute schon mehrfach gehabt, dass das Licht rot geblinkt hat.

*Zwischenruf GR Mag.* ***Pointner****: Genau das ist ja das Problem.*

GR **Stücklschweiger**:
Ich habe im Übrigen auch, ich bin aber gleich fertig, Herr Kollege, vielen Dank, ich habe im Übrigen auch die neueste Präsentation der GUF mit, die laut den Kolleg:innen aus dem Finanzausschuss heute wunderbar für jeden verständlich übermittelt worden ist. Der Vorwurf, dass die Informationen also in all den Berichten und Unterlagen nicht klar verständlich dargestellt werden, den kann ich also einfach nicht nachvollziehen und ich empfinde den fast ein bisschen als Beleidigung für all jene Menschen, die diese Berichte erstellen. Dementsprechend sehen wir die Dringlichkeit hier absolut nicht gegeben. Dankeschön *(Appl.).*

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat. Ganz zu Beginn, Frau Kollegin, haben Sie gesagt, es wird jetzt ein bisschen trocken und ein bisschen pragmatisch, und ich bin Ihnen fast dafür dankbar. Weil es ist auch nicht nur pragmatisch und trocken gewesen, sondern es ist auch ein Graz-Thema. Und da möchte ich noch kurz auf den vorigen dringlichen Antrag ein bisschen eingehen, warum wir da auch die Zustimmung verweigert haben, jetzt ist der Kollege Ammerer, leider gerade nicht da. Es geht im Endeffekt um Graz. Wir sind der Grazer Gemeinderat und es gibt so viele Probleme, glauben Sie mir, die würde ich gerne lösen können, aber ich glaube, wir sind da einfach nicht das richtige Gremium. Vielleicht sehen Sie das auch einmal von dieser Seite. Deswegen bin ich sehr, sehr froh, dass nach diesem Antrag, wo dann die Emotionen hochgegangen sind unberechtigterweise, dann wieder ein Graz-Thema kommt. Ja, Transparenz ist wichtig, man kann jetzt darüber diskutieren, und wie es der Kollege auch richtigerweise angedeutet hat, ob das jetzt sinnvoll ist, ob das notwendig ist, darüber kann man dann auch wirklich trefflich streiten, aber grundsätzlich, der Gemeinderat ist zusammengesetzt aus vielen unterschiedlichen Personen. Es muss nicht jeder Jahresabschlüsse lesen können. Ich kann viele Dinge nicht, die Sie alle können. Also von dem her, warum nicht? Warum soll es nicht eine vereinfachte Darstellung geben, dass man diese Geldflüsse wirklich transparent und nachvollziehbar darstellt und dann dem Gemeinderat zukommen lässt? Wir stimmen der Dringlichkeit zu, wir stimmen dem Inhalt zu und bedanken uns für dieses Graz-Thema *(Appl.).*

GR$^{in}$ DI$^{in}$ (FH) **Schlüsselberger**:

Lieber Kollege Stücklschweiger, ich habe mich jetzt eigentlich darauf vorbereitet, dass ich erkläre, wieso ich diesen Antrag stelle. Aber Ihre wirklich, ich fasse es mal zusammen, spannende Wortmeldung beweist, dass es wirklich notwendig ist, weil es haben nicht alle verstanden. Danke, dass wir jetzt so einen wirklich bildlichen Beweis jetzt auch aufzeigen konnten. Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll, da war so viel, was einfach falsch war. Ausschüsse und kommunizieren, alles recht und schön; ich

weiß nicht, ob Sie einmal im Kontrollausschuss waren, ich glaube nicht, es gibt auch Grenzen. Und genau dort sind aber die interessanten Punkte, die diskutiert werden, und ich hoffe, dass das keiner nach außen kommuniziert. Aber sei es drum, das können Sie nicht wissen. Die GUF vorbildhaftlich zu bezeichnen, zeigt, dass Sie super PowerPoint-Folien lesen können, diese Kompetenz darf ich Ihnen jetzt nicht abstreiten, aber ich glaube nicht, dass Sie technisch wissen, wie die GUF funktioniert. Das wurde nämlich heute auch nicht präsentiert. Und by the way, ja, ich kann Jahresabschlüsse lesen und ich habe verstanden, wie die technische Funktion der GUF ist. Ja, vorbildhaftlich liegt im Auge des Betrachters. Gerne kann darüber gelacht werden, aber mich wundert es nicht, welche Fraktion lacht, weil schließlich war das auch deren Idee. Vorbildhaftlich, temporär, langfristig gesehen, eher würde ich es keiner Stadt empfehlen, höchstens Sie nehmen sich dann als Vorbild, wie man so einen Konsolidierungspfad macht. Was ich hier fordere, zeigt, es braucht eine vereinfachte Darstellung. Ich finde, ich bin jetzt wahrscheinlich nicht die Einzige, die sagt, ja, ein Jahresabschluss ist lesbar. Wissen Sie, wie viel Seiten das sind? Und wissen Sie, haben Sie es gelesen?

*Zwischenruf GR **Stücklschweiger**: Ja.*

GR$^{in}$ DI$^{in}$ (FH) **Schlüsselberger**:
Glaube ich nicht. Wissen Sie, wieso? Dann wüssten Sie nämlich, dass wir aus den Zahlen …

*Zwischenruf GR **Stücklschweiger**: Ich sitze im Finanzausschuss.*

GR^in DI^in (FH) **Schlüsselberger**:

Ja glauben Sie mir, ich bin auch im Finanzausschuss, und wenn Sie es verstanden hätten und nicht nur gelesen, würden Sie wissen, dass man aus diesen Zahlen gar nicht alle Geldflüsse herauslesen kann, was mich wieder zurückbringt dazu, ja, vereinfacht wäre es manchmal gar nicht so übel. In dem Sinne möchte ich mich jetzt gar nicht länger darüber echauffieren, wer hier wem etwas unterstellt. Ich stelle im Namen der Sozialdemokratie den dringlichen Antrag gemäß des Motivenberichtes, denn eines ist klar, ohne die Fakten gibt es keine Klarheit, ohne die Klarheit gibt es keine Information, ohne die Information keine Rechenschaft, ohne Rechenschaft keine Wahl und ohne Wahl keine Demokratie. Und ich sehe es jetzt nicht als Affront, höchstens Sie fühlen sich jetzt persönlich betroffen, dass ich Sie hier aufkläre. Dankeschön *(Appl.).*

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

CO GR^in **Gmeinbauer**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer:innen und Zuseher im Livestream, liebe Kollegin Schlüsselberger. Wir hatten zu Beginn heute einen Dringlichen, die Überschrift lautete „Formulare in einfacher Sprache“. Ich hätte dir gerne zu deinem Dringlichen zugestimmt, wenn du das auch hinsichtlich dieser Thematik gefordert hättest, dann hätte ich es auch verstanden. Aber so wie du uns jetzt eine Nachschulung gegeben hast, und ich glaube oder ich unterstelle es dir jetzt einfach, dass niemand von meinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen einen Jahresabschluss, so wie er derzeit ist, wirklich sinnerfassend und überschaubar lesen kann, das ist unmöglich. Aber dazu gibt es nicht nur ein Regelwerk in dieser Stadt Graz, sondern mehrere, und eigentlich unterstellst du mit deinem Wunsch zu mehr Transparenz den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzdirektion und auch dem Kontrollausschuss, einschließlich dem Stadtrechnungshof, dass sie nicht gewillt sind, wenn man Auskunft haben möchte, diese transparent zu geben. Und heute warst du Vorsitzende in unserem

Finanzausschuss vor der Gemeinderatssitzung, und da wurde uns das System der GUF erklärt. Ganz kurz unterm Strich, was nimmt man mit? Das ist ein Regelwerk, wo es möglich ist, Umsatz beziehungsweise zuzüglich Budget zu lukrieren. Wie es dazu kommt, wurde heute ganz kurz und knapp erklärt. Aber man durfte auch Fragen stellen und du hast heute keine einzige Frage dazu gestellt. Das wäre auch deine Chance gewesen. Und von daher verwehre ich mich gegen diese Unterstellung an viele Institutionen, die wir haben in diesem Haus und wir haben in den letzten Monaten über ganz viele weitere transparente Schritte uns committet, die auch auf den Weg gebracht wurden und die auch noch kommen werden und von daher haben wir auch gegen die Dringlichkeit zu deinem Antrag hier heute gestimmt. Dankeschön für die Aufmerksamkeit *(Appl.).*

GR$^{in}$ DI$^{in}$ (FH) **Schlüsselberger**:
Was soll ich sagen? Das ist gleichzeitig dann das Schlusswort, nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt. Danke, Kollegin Gmeinbauer, für den Hinweis, dass ich heute die Chance hatte, die GUF zu hinterfragen; habe ich nicht gebraucht, weil ich weiß ja technisch wie sie funktioniert, das wurde ja heute gar nicht behandelt. Aber danke, falls ich einmal Fragen habe, werde ich auf jeden Fall auf diesem Weg im Finanzausschuss diese auch stellen. Ich unterstelle erstens einmal keinem überhaupt irgendwas hier. Wer sich angesprochen fühlt, by the way, jeder kann sich selber in einer Wortaussage wiederfinden oder nicht. Aber ich verwehre mich gegen die Aussage, dass ich einer Finanzdirektion oder einem Stadtrechnungshof unterstelle, dass die nicht bereit sind zu kommunizieren. Und ich …

*Zwischenruf CO GR$^{in}$ **Gmeinbauer**: Man muss nur nachfragen.*

GR[in] DI[in] (FH) **Schlüsselberger**:

Danke, auch dessen bin ich mir bewusst. Grundsätzlich, wer mich kennt, weiß, dass ich mich auch nicht vom Fragen grundsätzlich so scheue, aber ich werde es mir notieren. Auch die Finanzdirektion erklärt gerne, auch der Stadtrechnungshof erklärt gerne. Ich habe das ein paar Mal genutzt und witzigerweise, ich habe nicht alle dort immer wieder getroffen. Dementsprechend glaube ich, dass alleine diese Info heute schon ein bisschen einen Mehrwert hat. Ja, man kann Finanzdirektion und Stadtrechnungshof fragen. Lange Rede, kurzer Sinn, ich hoffe trotzdem noch auf breite Zustimmung zur Transparenz. Ich hoffe, dass diese Diskussion über wer kann was lesen, wer ist überhaupt bereit, das zu lesen und wie umfangreich sind gewisse Sachen zu lesen, dazu führt, dass ein paar mehr sich informieren werden und das lesen werden und vielleicht auch die Chance nutzen, dass die vereinfachte Darstellung auch ein Weg sein kann, wie eine breitere Masse im Gemeinderat sich mit zighundert Seiten leichter befassen kann. Ich hoffe, dass wir auf jeden Fall einmal das erste Puzzleteilchen in der Koalition zum transparenteren Graz damit gelegt haben. Freue mich auf breite Zustimmung, vielleicht überlegt es sich ja die eine oder andere Fraktion noch. Dankeschön *(Appl.).*

Bgm.[in] **Kahr**:

Danke vielmals, Frau Gemeinderätin. Nachdem es jetzt eine Wortmeldung war und nicht das Schlusswort, gibt es weitere? Weitere gibt es eh nicht. Ich muss nämlich genau sein. Das war auch ein wichtiges Schlusswort, ich kann mich dem eigentlich nur anschließen. Ich möchte mir diese Anmerkung erlauben. Wir alle wissen, jeder von uns, egal ob es jetzt um Baugesetze geht, um welches Thema auch immer, es ist wichtig, sich natürlich Detailkenntnisse anzueignen. Ohne Wissensaneignung ist alles nichts, dann ist man schlecht beraten. Aber das Thema Finanzen ist tatsächlich, auch wenn man sich noch so gut auskennt, Verständnis dafür hat, es ist notwendig, die Dinge einfach auch niederzuschreiben, zu erklären, weil das hat überhaupt nichts mit Gescheitheit zu tun und mit Auskennen zu tun, wenn man meint, man muss immer

alles kompliziert erklären. Es ist immer notwendig, dass die Leute, jeder eigentlich, in der Lage ist, Dinge nachvollziehen zu können. Und nicht umsonst ist das Thema einfache Sprache, wo man in der Regel immer nur sagt, das ist für Menschen, die ein Handicap haben, wichtig. Ich finde, dass das generell wichtig ist für die Bevölkerung, Dinge einfach und so verständlich zu erklären, dass es auch jeder und jede immer gut verstehen kann. Insofern hat dieser Antrag eine ganz große Bedeutung und wir sind gut beraten, dem zu folgen. Das wollte ich nur anmerken, weil das habe ich von vielen Gemeinderät:innen aller Fraktionen hier immer wieder auch zu verstehen bekommen, dass es nicht einfach ist, die Zusammenhänge im Budget wirklich gut nachvollziehen zu können. Ich bitte nun um die Abstimmung.

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

Bgm.in **Kahr**:
Herzlichen Dank für die einstimmige Annahme dieses dringlichen Antrages *(Appl.).*
Ja, da kann man ruhig applaudieren. Es ist eine schöne Überraschung, aber es war nach der Wortmeldung von der Frau Clubobfrau absehbar. Als Nächster am Wort mit einem dringlichen Antrag ist Herr Klubobmann Pascuttini. Hier geht es um zusätzliche Maßnahmen für Lärmschutz beim Verschubbahnhof.

## 8.8 Zusätzliche Maßnahmen für Lärmschutz Verschubbahnhof (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)

KO GR Mag. **Pascuttini**:
Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat. Ein weiteres Grazthema im Grazer Gemeinderat, das uns schon seit längerem beschäftigt: der Verschublärm am Verschubbahnhof Gösting. Wie Sie sicherlich alle vergangenen Samstag am Nachmittag miterleben konnten bei einer weiteren Folge Bürgeranwalt, stehen jetzt endlich

Maßnahmen im Raum, die auch Abhilfe verschaffen dürften bei dieser Lärmproblematik. Die Sache ist nur die, viele, viele Anrainer befürchten zu Recht, dass die getroffenen Maßnahmen, die zukünftig kommen werden, das Problem nicht zur Gänze lösen werden. Jetzt ist es unsere Aufgabe als Stadt Graz, und da möchte ich auch betonen, dass in den letzten Jahren sehr, sehr viele Fraktionen daran beteiligt waren, mehr oder weniger, dieses Problem irgendwie zu lösen. Ich denke hier auch an eine Kundgebung zurück, wo fast alle Parteien beteiligt waren, eben diesem Problem endlich Herr zu werden. Wir werden im Februar, im März oder wann auch immer diese Lärmschutzmaßnahmen in Form von Lärmschutzwänden beschließen, darauf freue ich mich schon. Ich bitte hier auch noch einmal die zuständige Vizebürgermeisterin, wirklich Druck zu machen, damit das auch bald passiert und bald eingebracht wird. Es ist sehr, sehr wichtig, aber es braucht Maßnahmen darüber hinaus. Und ich denke, es ist jetzt ein wichtiges Zeichen, wenn zumindest eine Teillösung in Aussicht ist, noch mehr zu fordern, weil dieser Verschublärm wird sich damit nicht lösen. Die Situation von vor drei Jahren, die kommt nicht wieder. Und man muss ganz klar sagen, vor drei Jahren war die Welt noch in Ordnung in diesem Areal. Da hat es diesen Verschublärm in der jetzigen Form nicht gegeben. Und das ist eigentlich der Zustand, zu dem wir zurück wollen. Und deswegen mein dringlicher Antrag, der Antrag meines Klubs heute, es braucht mehr. Im ersten Punkt geht es darum, dass man von der ÖBB mehr einfordert, eine umfassende Lösung, die womöglich auch noch mehr Geld kostet, aber es muss der Zustand von vor drei Jahren wiederhergestellt werden. Im zweiten Teil dieses Antrages, da geht es darum, dass man einen Sofortmaßnahmenfonds, dass man prüft, ob diese Errichtung möglich ist, diese Einrichtung möglich ist, um Anrainern eine Soforthilfe zu gewährleisten. Klingt eh schon ein bisschen zynisch, nach drei Jahren die Soforthilfe, aber im Endeffekt ist es das, was es braucht. Weil selbst bis diese Lärmschutzwände stehen, sollten wir es jetzt im Februar dem März beschließen, da wird es dann auch ein gutes Jahr, eineinhalb Jahre dauern, bis die stehen und da braucht es einfach etwas, um die Anrainer auch schon kurzfristig zu entlasten. Es ist möglich, spezielle Hörschutzgeräte herzustellen bei den Spezialisten, bei den Akustikern. Und da sehe ich es absolut nicht ein, dass die Bevölkerung, die für diesen

Lärmaufwand, für diese Lärmerregung nichts kann, die bis vor drei Jahren noch in einer relativ ruhigen Umgebung gelebt hat, diese selbst zahlen soll. Deswegen stelle ich namens meines Klubs den

**Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Graz macht sich künftig dafür stark, dass zur Lösung der Situation rund um den Verschubbahnhof Gösting nicht allein die Lösung „Ausbau Lärmschutzmauer“ forciert wird, sondern auch umfassendere und noch wirkungsvollere Maßnahmen federführend durch die ÖBB unter Einbeziehung aller involvierten Gebietskörperschaften geprüft werden. Dem Gemeinderat ist bis zur Gemeinderatssitzung im September von den zuständigen Abteilungen der Stadt Graz ein umfassender Bericht dazu vorzulegen.
2. Zusätzlich mögen die zuständige Abteilung der Stadt Graz prüfen, ob ein Fonds zur Soforthilfe für stark betroffene Anrainer eingerichtet werden kann, die unter durch den andauernden Verschublärm ausgelösten Krankheitsbildern (Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Tinnitus, Angststörungen, …) leiden. Dem Gemeinderat ist dazu bis zur Sitzung am 16. Februar 2023 ein Bericht vorzulegen. Aus diesem Fonds könnten Anrainer unter anderem Zuzahlungen zu speziell von Akustikern individuell hergestelltem Gehörschutz erhalten, die Kosten liegen hier pro Exemplar bei rund 300 Euro.

Geht sogar noch schneller. Ich bitte um Zustimmung zu diesem wirklich, wirklich wichtigen Antrag. Die Menschen in den betroffenen Bezirken und den betroffenen Arealen werden es Ihnen danken *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*In der aktuellen ORF-Sendung „Bürgeranwalt“ vom 14. Jänner 2023 kann sich jeder ein Bild von der mittlerweile dramatischen Situation der Anrainer machen, die direkt am Grazer Verschubbahnhof in Gösting wohnen. Nach der Sendung wird man nachempfinden können, warum sich mittlerweile Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung unter den Anrainern breitgemacht hat.*

*Seit knapp drei Jahr sind die Anrainer mit ohrenbetäubenden Lärm konfrontiert. Die Anrainer schildern einen hochfrequenten Ton, der am und im ganzen Körper fühlbar ist. Die ORF-Aufzeichnungen halten diese Schilderungen fest und dokumentieren den unerträglichen Lärmpegel.*

*Mehrmals wurde der Fall in der ORF-Sendung „Bürgeranwalt“ aufgerollt. Die ÖBB hat angegeben, ein paar Nachbesserungen vor Ort gemacht zu haben, trotzdem hat sich die Situation nicht verbessert. Bei der schlechten Lebens- und Wohnqualität spricht man mittlerweile von schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen.*

*Die angekündigten Lärmschutzwände werden – wenn überhaupt – nur mittelfristig zu einer Verbesserung der Situation beitragen können, in dieser Zeit bleiben die Anrainer diesem Zustand ausgeliefert.*

*Tag und Nacht sind die Anrainer dieser Geräuschkulisse ausgesetzt, müssen Schlaftabletten nehmen, um schlafen zu können und versuchen, mit Gehörschutz etwas Ruhe zu finden. Nichts davon trägt zu einer Lösung der Gesamtsituation bei. Ein speziell auf diese Lärmfrequenz abgestimmter Gehörschutz könnte z.B. die Situation kurzfristig erträglicher machen, dieser kostet aber auch entsprechendes Geld, die nicht jeder aufbringen kann. Zusätzlich zu dieser Hilfestellung, muss sich die Stadt Graz generell in diesem Fall für kurzfristige Lösungen stark machen.*
*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***Dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

1. *Die Stadt Graz macht sich künftig dafür stark, dass zur Lösung der Situation rund um den Verschubbahnhof Gösting nicht allein die Lösung „Ausbau Lärmschutzmauer" forciert wird, sondern auch umfassendere und noch wirkungsvollere Maßnahmen federführend durch die ÖBB unter Einbeziehung aller involvierten Gebietskörperschaften geprüft werden. Dem Gemeinderat ist bis zur Gemeinderatssitzung im September von den zuständigen Abteilungen der Stadt Graz ein umfassender Bericht dazu vorzulegen.*
2. *Zusätzlich mögen die zuständige Abteilung der Stadt Graz prüfen, ob ein Fonds zur Soforthilfe für stark betroffene Anrainer eingerichtet werden kann, die unter durch den andauernden Verschublärm ausgelösten Krankheitsbildern (Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Tinnitus, Angststörungen, …) leiden. Dem Gemeinderat ist dazu bis zur Sitzung am 16. Februar 2023 ein Bericht vorzulegen. Aus diesem Fonds könnten Anrainer unter anderem Zuzahlungen zu speziell von Akustikern individuell hergestelltem Gehörschutz erhalten, die Kosten liegen hier pro Exemplar bei rund 300 Euro.*

GR **Huber**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Der Kollege Alexis Pascuttini und ich sind ja leider leidgeprüfte Anrainer, die jetzt bald drei Jahre dieses Geräusch miterleben dürfen, der Michi Ehmann ist ja auch Göstinger und erlebt das auch mit. Also wir müssen bei diesem Thema wirklich jetzt ins Tun kommen, weil seit drei Jahren die Bevölkerung da wirklich mit Schlafstörungen, gesundheitlichen Folgeschäden und, und, und konfrontiert ist. Und deswegen danke für deinen dringlichen Antrag. Das ist wirklich ein großes Thema, das wir angehen müssen. Bei einem Punkt bin ich nicht

ganz bei dir, es muss nicht mehr geprüft werden, sondern eine Lösung hat bereits der ehemalige Bezirksvorsteher Bernhard Baier von der ÖVP auf den Tisch gelegt. Es gibt eine slowenische Firma, die sich auf solche Dinge spezialisiert hat, die das in Nürnberg und in Prag erfolgreich umgesetzt hat. Einzig die ÖBB stellt sich da quer und blockiert jegliche Lösung.
Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**Abänderungsantrag:**

Die zuständige Stadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, in Kontakt mit der zuständigen Verkehrsministerin Leonore Gewessler zu treten, um gemeinsam Druck bei den ÖBB zu machen, damit der Testversuch der Firma ELPA endlich durchgeführt werden kann und eine tatsächliche Verbesserung der Lage für die Bevölkerung eintritt. Dem Gemeinderat ist dazu spätestens in der Sitzung am 30. März 2023 ein Bericht vorzulegen. Und den zweiten Punkt habe ich eins zu eins von dir übernommen, weil ich glaube, wenn die Grazer Stadtregierung bis jetzt wenig dafür getan hat, dass in Gösting die Situation besser ist, kann sie wenigstens dafür bezahlen. Dankeschön *(Appl.).*

***Originaltext des Abänderungsantrages:***
*Seit 2021 liegt durch den damaligen Bezirksvorsteher Bernhard Baier eine mögliche Lösung bereits am Tisch. Die Firma ELPA aus Slowenien, die auf Lärmbelästigungen dieser Art spezialisiert ist, hat sich angeboten, einen Testversuch in Gösting zu unternehmen und zu prüfen, ob das empfohlene System auch tatsächlich in Graz helfen würde. Ein Unterstützer für dieses Projekt wurde auch bereits gefunden. Werner Gröbl hat sich bereit erklärt, den Versuch zu finanzieren. Da ähnliche Probleme bereits in Nürnberg und in Prag erfolgreich durch dieses System gelöst wurden, verspricht es auch in Gösting eine große Chance auf eine Verbesserung der Lage für die Bevölkerung. Einzig, die ÖBB stellt sich gegen den Versuch!*

*Daher stelle ich im Namen des ÖVP–Gemeinderatsclubs folgenden*

***Abänderungsantrag***

1) *Die zuständige Stadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, in Kontakt mit der zuständigen Verkehrsministerin Leonore Gewessler zu treten, um gemeinsam Druck bei den ÖBB zu machen, damit der Testversuch der Firma ELPA endlich durchgeführt werden kann und eine tatsächliche Verbesserung der Lage für die Bevölkerung eintritt. Dem Gemeinderat ist dazu spätestens in der Sitzung am 30. März 2023 ein Bericht vorzulegen.*

2) *Zusätzlich möge die zuständige Abteilung der Stadt Graz prüfen, ob ein Fonds zur Soforthilfe für stark betroffene Anrainer eingerichtet werden kann, die unter durch den andauernden Verschublärm ausgelösten Krankheitsbildern (Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Tinnitus, Angststörungen, …) leiden. Dem Gemeinderat ist dazu bis zur Sitzung am 16. Februar 2023 ein Bericht vorzulegen. Aus diesem Fonds könnten Anrainer unter anderem Zuzahlungen zu speziell von Akustikern individuell hergestelltem Gehörschutz erhalten. Die Kosten liegen hier pro Exemplar bei rund 300 Euro.*

GR **Lenartitsch**:
Werte Stadtregierung, lieber Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen im Saal und zuhause an den Bildschirmen. Das ist ein guter, klasser Antrag. Ich weiß nicht, ob schon alle Gemeinderäte den Weg in diese Gegend einmal gefunden haben, sich das anzuhören. Das ist echt ein grausiges Geräusch, vor allem, wenn man bedenkt, dass gleich daneben ein supertoller Kindergarten ist, wo die Spielwiese Richtung Schiene geht. Dass die ÖBB da vielleicht nicht ganz in die Gänge kommt oder beschränkt vielleicht nur diese Lärmschutzwand machen möchte oder machen wird, gehört vielleicht dazu, dass man manchmal ein bisschen nachschubst und sagt, machen wir in

bisschen mehr, tun wir als Stadt für unsere Bürger ein bisschen mehr. And aus diesem Grund können wir deinem Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt einfach nur zustimmen. Danke *(Appl.).*

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

Bgm.in-Stv.in Mag.a **Schwentner**:
Ich kann mich nur meinem Vorredner, der noch zur Dringlichkeit geredet hat, dem Herrn Gemeinderat Lenartitsch, anschließen, und auch dem Inhalt des vorliegenden Antrages. Ich weiß nicht, also mir fehlen mittlerweile die Worte, weil ich bin jetzt seit 2000 intensivst damit beschäftigt, ich noch weniger als das Umweltamt, von den Schallmessungen bis zu, ich habe noch einmal die ganze Auflistung, was wir alles gemacht haben, seitdem bis zur Kontaktaufnahme des Umweltamtes, aber auch von uns mit dem Ministerium, mit den ÖBB, mit der Beauftragung von Ziviltechnikern, um das noch einmal anzuschauen, mit einer zweiten schaltechnischen Untersuchung. Also nebst den Unternehmungen ist sozusagen das Leiden, die Genervtheit je nach sozusagen Intensität unerträglich. Ich kann Ihnen nur Recht geben, ich habe auch erst gestern wieder an die Ministerin appelliert. Das Problem sind leider echt die ÖBB, also wir haben auch gerade geredet, ob wir noch einmal gemeinsam versuchen, an die ÖBB zu appellieren, also die Bürgermeisterin und ich. Das Thema ist wirklich ein nerviges, enervierendes und zu lang andauerndes, und deswegen kann ich den Inhalt des Antrages auch nur unterstützen. Und wir werden weiter versuchen, das Beste zu tun. Es ist einfach so, mir fehlen die Worte wegen den ÖBB, weil ich verstehe es einfach nicht, warum das so ist. Wir wissen, dass es eigentlich eine Einhausung braucht des Ganzen, das ist ein großes Bauwerk oder wahrscheinlich ein teures Unterfangen. Ja, wir bereiten gerade, das war jetzt nur finanztechnisch mit dem Land, sozusagen diese ersten Maßnahmen vor, das Geld für die Maßnahmen jetzt, was die Lärmschutzmaßnahmen anbelangt, aber das ist nicht genug. Das ist mir auch klar. Also

ich kann nur weiter das unterstützen und uns bemühen. Es ist wirklich traurig. Danke *(Appl.).*

GR DI **Topf**:
Ich möchte nur noch einmal vielleicht den Ansatz vom Kollegen Huber unterstreichen. Also wir diskutieren jetzt über Lärmschutzwände, wo unter Umständen bestimmte Prozentsätze des Lärms sozusagen hintangehalten werden. Ich denke, dass es eine technische Lösung braucht. Also wir haben versucht, das wirklich jetzt genau zu studieren, welche Lösungsansätze eben diese slowenische Firma, natürlich nicht zum Null-Tarif, anbieten kann. Aber ich denke schon, dass wir auch an die ÖBB herantreten sollten, das unterstreiche ich 100-prozentig, nicht sozusagen mit Lärmschutzmaßnahmen mögliche Verminderung des Lärms zu erreichen, sondern grundsätzlich das Problem an der Schiene zu lösen. Also es gibt auf jeden Fall technische Möglichkeiten, der Kollege Huber hat das genau recherchiert, in welchen Städten das schon umgesetzt wurde. Ich denke, dass die Lärmschutzmaßnahmen sicherlich einen Vorteil bringen, keine Frage. Ich denke nur, dass das Problem etwas vermindert wird, aber leider nicht an der Wurzel gelöst wird. Deshalb bitte noch einmal darüber nachzudenken, ob man nicht tatsächlich sozusagen die ÖBB ersucht, zumindest auf einem Gleis, ich sage einmal etwas locker, diese technische Maßnahme, nämlich an der Wurzel einzusetzen, direkt an der Schiene. Bei einem Gleis kann man das durchaus machen. Diese Situationen entstehen ja bei der Talbremse, das ist der fachliche Ausdruck dazu, wenn man dort sozusagen tatsächlich einmal das System, das hier europaweit angeboten wird und schon sehr gut zum Einsatz gekommen ist, sollte man direkt einmal probieren. Ich denke, dass der große Aufwand von einer Lärmschutzwand durchaus notwendig und wichtig ist, auch das, was du im zweiten Punkt angesprochen hast, aber wir vermindern die Situation nicht an der Wurzel. Also das ist gleich, wie wenn wir sozusagen immer wieder Lärmschutzwände bauen, ich kann das durchaus berichten aus der Südbahn-Initiative, wo ich selber dabei war. Das Problem liegt auch daran, dass endlich das rollende Material besser wird. Also das

heißt, ich denke, die Lärmschutzmaßnahmen bewirken was, keine Frage, das haben wir auch erreicht an der Südbahn, aber wir sollten gerade bei diesem Projekt oder bei dieser Situation das Thema an der Wurzel packen, nämlich die Talbremse ist das Problem, und da sollte man versuchen, eine technische Lösung zu finden, die man an der Schiene ansetzt und nicht mit Lärmschutzmaßnahmen, wo wir wieder einen bestimmten Verminderungsgrad erreichen werden, hoffentlich *(Appl.).*

Bgm.in **Kahr**:
Lieber Herr Gemeinderat Topf. Ich möchte nur anmerken erstens einmal wirklich, danke für den dringlichen Antrag noch einmal, der das Thema hier in das Haus führt, weil, ich glaube, es ist eh keine Partei hier im Haus, die nicht mit dem Thema konfrontiert war, zu Recht. Die Bewohner:innen sind ja schon seit langem verzweifelt. Wir drehen uns im Kreis; das alles, was wir bisher an Initiativen, die Kollegin Schwentner hat das schon gesagt, wir haben selbst vom Bürgermeisterbüro, ist ja logisch, dass man mithilft und probiert, Kontakt aufzunehmen mit ÖBB, mit der Bundesministerin. Ich muss schon sagen, ich habe ja auch Erfahrungswerte, die oft viel im Kleineren waren, der Kollege Pascuttini weiß das noch, wir sind uns damals am Römerweg begegnet wegen der Unterführung, da ist es ja auch darum gegangen. Das war eine Mickey-Mouse-Geschichte in Wirklichkeit im Vergleich zu dem, über was wir da jetzt sprechen. Wie lange das braucht, bis das bei der ÖBB durchdringt, ich kann Ihnen das nicht sagen, woran das hier liegt. Also ich kann Ihnen nur aus der Praxis sagen, dass es nicht einfach ist, ich weiß aber auch, dass es da sehr bemühte Menschen hier vor Ort gibt wie den Herrn DI Schneider, nur als Beispiel, der oft sehr hilfreich war. Gerade damals auch beim Ausbau der Südbahn, weil ich kenne viele Leute, die an der Bahnstrecke gewohnt haben. Und das ist richtig, beides hat gewirkt, einerseits also die Lärmschutzmaßnahmen war natürlich für die Bevölkerung zusätzlich noch ein Zeichen, dass sie gedacht haben, ja dadurch sind wir geschützt, und es stimmt, es ist am Unterbau natürlich wesentlicher mitgelegen. Aber wir sind nicht ohne die, ich sage jetzt auch nicht die ÖBB und die Techniker, das ist schon eine Sache,

die die ÖBB, finde ich, ernst nehmen muss. Es kann ihnen ja nicht wurscht sein, dass in der zweitgrößten Stadt hunderte Bewohner, die dort leben, und Gemeinderat Lenartitsch hat es angesprochen, Kindergarten, das macht dich krank und kaputt. Wir werden, ich möchte es nur noch einmal unterstreichen, von der Frau Vizebürgermeisterin hier alles daran setzen, um da durchzudringen und sei es, dass wir persönlich hinausfahren. Ich weiß nicht, wie wir noch sonst tun sollen. Aber das andere mit dem Hörschutz, ob das jetzt der Wunsch wirklich ist, aber es steht eh drinnen, prüfen und schauen, bis Februar werden wir das machen. Wenn das wirklich ein Wunsch ist und wenn das mithilft, werden wir auch einen Weg finden, denke ich. Ich wollte das nur anmerken, verzeihen Sie mir, aber ich weiß nicht, da fragt man sich wirklich ...

KO GR **Dreisiebner**:
Ich sage das jetzt, lieber Kollege Topf, ich schätze dich sehr, ich sage das jetzt einmal zur Klarstellung. Die Lärmschutzmauer ist ja laut dem Antragstext von Klubobmann Pascuttini das, was ja eh schon außer Streit steht und die Forderung sind weitere Maßnahmen unter Federführung der ÖBB mit den Gebietskörperschaften, die zu befassen sind, Bund, Land, Stadt. Und ihr fordert, nur, damit das wirklich für alle klar ist da draußen an den Endgeräten, auf der Galerie ist niemand, aber dass das für alle klar ist, ihr fordert eine Maßnahme von einer slowenischen Firma. Das ist enger als das, allgemein die Prüfungen anzuschauen und unter Umständen auch das Modell dieser Firma zu prüfen. Ich würde das nur in diese Richtung wirklich noch einmal klarstellen wollen. Das schließt eure Intention nicht aus, aber auch andere Optionen werden mitbetrachtet *(Appl.).*

GR **Huber**:
Lieber Karl Dreisiebner, es geht nicht um eine Maßnahme, die wir fordern, sondern das ist eine Maßnahme, die sich an anderen Orten bereits bewiesen hat. Und meine Bitte

an die Frau Bürgermeisterin und an die Frau Vizebürgermeisterin ist, dass sie dieses Unternehmen unterstützen. Wir haben einen Unternehmer …

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

GR **Huber**:
… ja, ja, tu nicht aufgeregt sein. Wir haben einen Unternehmer gefunden, der diesen Versuch finanziell unterstützen würde. Das kostet der Stadt Graz nichts, das wird auch den ÖBB nichts kosten. Das Einzige, worum ich Sie bitten würde, dass Sie mit den ÖBB dort endlich einen Durchbruch erzielen, damit wir diesen Versuch wagen können, ob es damit eine Besserung geben würde. Danke *(Appl.).*

Bgm.in **Kahr**:
Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommt der Herr Klubobmann zum Schlusswort. Nein, ich wollte nur hier zur Finanzierung vom Herrn Gröbl etwas sagen, aber das lasse ich jetzt weg. Weil wenn man ein bisschen nachdenkt, muss man sich überlegen, was das bedeuten könnte. Ich sage es im Konjunktiv.

KO GR Mag. **Pascuttini**:
Liebe Kollegen, vielen Dank für die sich abzeichnende Zustimmung. Das werden Ihnen die Menschen wirklich danken. Ich wollte genau auch das sagen, was der Klubobmann Dreisiebner mir jetzt vorweggenommen hat. Es geht ja gerade in diesem Antrag darum, dass man das eine außer Streit stellt, sagt, gut, dass einmal etwas passiert, hoffentlich hilft es ein bisschen, aber wir wollen noch mehr. Und das ist eben nicht taxativ, sondern feel free, liebe ÖBB, uns jetzt etwas zu präsentieren, was dann auch

wirklich hilft. Und man muss eines sagen, ich habe mich mit diesem Thema in den letzten Jahren sehr, sehr intensiv beschäftigt. Diese Anlage wurde 2011 installiert, wenn man den ÖBB glauben kann, und das war die erste Anlage in Europa. Jetzt weiß ich nicht, wo diese slowenische Firma dann genau mit dem gleichen System, das einzigartig war in Europa, zumindest 2011, und das bis heute scheinbar so ist, wo diese slowenische Firma diese Erfahrungen gesammelt hat. Aber das wird ja die ÖBB sowieso auch prüfen, nehme ich an. Und insofern, ich glaube, das ist immer so ein bisschen etwas, das war damals, ich kann mich erinnern, im Vorwahlkampf dann vom damaligen Bezirksvorsteher die Wunderwaffe, die hier gezückt worden ist und die hat sich dann in den Kopf der Menschen festgesetzt. Und das ist dann immer so ein bisschen eine urban Legende, obwohl ich den Bezirksvorsteher Baier sehr, sehr schätze und auch den Herrn Gröbl sehr, sehr schätze. Also ich schätze auch David Hasselhoff sehr, aber ich glaube nicht, dass er die Berliner Mauer zum Einsturz gebracht hat *(Gelächter und Appl.).*

Das muss man dann immer in diesem Zusammenhang sehen. Also in diesem Sinne, ich glaube, wenn die Stadt Graz sich künftig dafür stark macht, dann wird sie auch genau deinen Antrag ja auch ihr zur Kenntnis bringen, und wenn es dann diese slowenische Firma ist, dann soll es mir recht sein, vielleicht ist es auch etwas anderes. Aber ich glaube, es ist ganz gut, wenn wir da gemeinsam gegen dieses verhaltene Arbeiten der ÖBB vorgehen. Vielen Dank *(Appl.).*

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 1) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Pkt. 2) wurde einstimmig angenommen.***

## 8.9 Migrantenquote im Grazer Gemeindebau (GR Mag. Michael Winter, KFG)

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Der Grazer Gemeindebau steht erneut im Zentrum und er steht im Zentrum dieses vorliegenden Antrages. Und all diese Probleme, die wir bereits mehrfach bezüglich Gemeindebau thematisiert haben, werden jetzt noch einmal hochgekocht. Die anhaltende Lärmbelästigung ist bereits thematisiert worden, die Müll- und Sauberkeitsproblematik ebenfalls bereits thematisiert worden. Und heute der erneute Versuch, die Problematik hinsichtlich multikultureller Bewohnerstruktur beziehungsweise die generelle Überfremdung im Grazer Gemeindebau zu thematisieren. Die Bewohner des Grazer Gemeindebaus sagen einhellig eines gemeinsam, nämlich, dass die diversen Konflikte, die unterschiedlichen Probleme von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat, von Woche zu Woche stetig zunehmen und sich verschärfen. Und vielfach fühlen sich diese Bewohner auch von der Politik insgesamt im Stich gelassen. Und genau aus diesem Grund ist der Grazer Gemeindebau leider Gottes immer mehr sowohl ein gesellschaftlicher wie aber auch ein sozialer und kultureller Brennpunkt, der sich immer weiter zuspitzt. Und oft genug haben wir vom einen oder anderen Bewohner gehört, ich bin jetzt die einzige österreichische Bewohnerin, die einzige Österreicherin oder einzige Österreicher, der jetzt in diesem Gemeindebau noch wohnt. Und unter diesen Bedingungen, wie soll eine Integration funktionieren? Und wer muss sich in diesem Zusammenhang dann an wen anpassen? Und wir haben das letzte Mal etwas gefordert, wo überraschenderweise die Ablehnung von den meisten Parteien erfolgt ist, nämlich die Einsetzung von einem parteiunabhängigen Gremium, das objektiv, möglichst objektiv, versucht zu analysieren, welche Probleme existieren, wie sind diese Probleme verankert in diesem Grazer Gemeindebau und welche möglichen Lösungen könnten wir gemeinsam ausarbeiten. Und diese parteiunabhängige Institution ist damals von allen anderen Parteien abgelehnt worden. Und das hat mich doch überrascht, wenn ich heute den, schade, dass er nicht mehr da ist der Stadtrat Krotzer, der da

zwischenzeitlich ein Plädoyer für eine sachliche Analyse, egal welche Probleme es betrifft, gehalten hat. Vor wenigen Wochen hat es ihn nicht interessiert, dass ein parteiunabhängiges Gremium hier eine sachliche Analyse vornimmt und dementsprechend hier eine Problemerörterung vornimmt. Heute der erneute Beweis und der erneute Versuch, hier einen Durchbruch zu erlangen.

Daher auch der

**dringliche Antrag,**

um eben diese multikulturelle Bewohnerstruktur etwas zu korrigieren und die Überfremdung in Grazer Gemeindebau langfristig zu korrigieren.
Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:
Künftig soll bei der Vergabe von Gemeindebauwohnungen darauf geachtet werden, dass in den jeweiligen Gemeindebauten konsequent eine Migrantenquote von 30 % nicht überschritten wird. Ich bitte um breite Zustimmung *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***
*Immer wieder wenden sich Bewohner des Grazer Gemeindebaus an uns und schildern ihre Erfahrungen und Herausforderungen, mit denen sie auf Grund der Zuwanderungsproblematik konfrontiert sind. Aktuell scheint es einen Brennpunkt rund um die Jauerburggasse zu geben.*

*Thematisiert werden vor allem Lärmbelästigungen, Müll- beziehungsweise Sauberkeitsproblematik, diverse Konflikte auf Grund der multikulturellen Bewohnerstruktur sowie generell die Überfremdung der Gemeindebauhäuser, die immer häufiger zu Konflikten führt.*

*Nahezu durchgehend wird geschildert, dass sich Konflikte und Probleme von Jahr zu Jahr verschärfen und an Intensität zunehmen. Eine Besserung der Lage ist für viele Grazer Bürger nicht in Sicht. Eine große Anzahl der Grazer Bürger, die die Häuser des sozialen Wohnbaus ihr Zuhause nennen, fühlen sich von der Politik und mit den bestehenden Problemen nach wie vor im Stich gelassen.*

*Die verantwortlichen Politiker in der Stadt sind folglich dringend aufgefordert, zu handeln sowie die zweifellos existenten Probleme ernst zu nehmen. Der Grazer Gemeindebau darf nicht zu einem gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Brennpunkt in unserer Stadt werden, in dem sich die diversen Konflikte immer weiter ausbreiten.*

*Schon einmal haben wir die Einsetzung eines parteiunabhängigen Expertengremiums gefordert, das die aktuellen Problematiken und Konfliktfelder im Grazer Gemeindebau ganzheitlich erfasst und in ihren unterschiedlichen Facetten neutral und ungefärbt darstellt. Das wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.*

*Da die Probleme beziehungsweise Konflikte in den Gemeindebauhäusern existent sind und rasant zuzunehmen scheinen, müssen folglich weitergehende Maßnahmen gesetzt werden. Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*
*Künftig soll bei der Vergabe von Grazer Gemeindebauwohnungen darauf geachtet werden, dass in den jeweiligen Gemeindebauten konsequent eine Migrantenquote von 30 % nicht überschritten wird.*

GR **Ammerer**:

Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Zuseher:innen. Es wird wohl niemanden überraschen, dass wir diesem Antrag in der Dringlichkeit nicht zustimmen werden und auch nicht im Inhalt. Herr Kollege Winter, also ganz abgesehen vom Inhalt Ihres Antrages, Sie stellen sich hierher und kommen mit einem NSDAP-Kampfbegriff, der von Joseph Göbbels geprägt worden ist, den Kampfbegriff der Überfremdung *(Appl.).*

Unwort des Jahres 1993, nach den Ausschreitungen, nach den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda. Das ist ein Begriff, mit dem Massenmord argumentiert worden ist in der Vergangenheit. Ein Begriff, den wir in demokratischen Institutionen deshalb mit gutem Grund nicht mehr verwenden und den Demokraten und Demokratinnen nicht verwenden. Sie haben den auch nicht nur einmal rausgelassen, der ist Ihnen gleich zweimal hinausgerutscht. Man könnte fast meinen, es war Absicht. So nicht. Sie hätten auch anders formulieren können, aber Sie haben sich entschieden, diesen Begriff zu verwenden. Davon möchte ich mich im Namen meiner Fraktion einmal aufs Schärfste distanzieren und das verurteilen. Kommen wir nun zum Inhalt von Ihrem Antrag. Was meinen Sie mit Migrant:innen? Sind das Deutsche, von denen ja sehr viele in unserer Stadt leben, Brit:innen, Amerikaner? Um wen geht es Ihnen eigentlich? Es ist wohl uns allen klar, wen Sie meinen. Sie führen hier einen rassistischen Kampfdiskurs, der ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen angreifen soll. Man könnte mit Migrant:innen ja auch Vorarlberger meinen, aber wir wissen alle, die meinen Sie nicht. Wenn ich zwischen zwei Vorarlbergern sitze, verstehe ich auch recht wenig, das ist mir erst gestern passiert, war eine Riesengaude. Aber Sie verwenden NSDAP-Kampfbegriffe, um gegen Bewohner:innen unserer Stadt zu hetzen in diesem Gremium. Das werden wir hier nicht dulden *(Appl.).*

GR$^{in}$ **Robosch**:

Eigentlich wäre der Wortmeldung vom Tristan nichts mehr hinzuzufügen. Außer vielleicht, dieses Wort, das ich jetzt nicht noch einmal wiederholen möchte, ist nicht

nur damals benutzt worden, sondern das wird auch heute benutzt. Und wir sind alle vor ein paar Jahren in diesem Gremium gesessen und haben über die Christchurch-Attentate gesprochen, weil die auch eine gewisse Auswirkung auf den Grazer Gemeinderat hatten, für alle, die sich erinnern wollen. Und da ist auch das gefallen, dass genau dieser Begriff in dem Manifest von diesem Attentäter benutzt worden ist, für die, unter Anführungszeichen bitte, also wirklich für die wirklich „absurde“ Gewalt, die dort passiert ist. Und trotzdem gehen wir immer und immer und immer wieder her und hören diesen Begriff, hören diesen Begriff in demokratischen Gremien und hören den Begriff auch in Bezug auf Thematiken, die eigentlich nur was mit Zusammenleben zu tun haben. Und ja, ich werde mich jetzt hier sicher nicht hinstellen und sagen, Zusammenleben ist in einer Stadt wie Graz immer einfach, aber ich werde ganz sicher nicht mir vorwerfen lassen, dass Zusammenleben nur was mit einer Ausländer:innenquote zu tun hat oder mit einem Migrationshintergrund. Und das ist nämlich, Entschuldigung, fadenscheinig, dieses Argument. Das hat was mit, ob sich Leute kümmern umeinander, es hat auch was mit Wohnungssituationen zu tun, wie das Zusammenleben stattfindet. Und auch weil ich die Tochter von einem stolzen Hausbesorger bin, es hat auch was damit zu tun, ob Leute sich scheren vor Ort, und das hat auch damit was zu tun, dass Hausbesorger und Hausbesorgerinnen immer weniger vor Ort sind und für diesen Austausch, für diesen Dialog und auch für die Einhaltung gewisser Regeln von allen, von allen Mitbewohner:innen wirklich auch einstehen. Und deswegen weiß ich aus erster Hand, auch in diesem Gebäude, wo 120 Parteien waren von unterschiedlichsten Herkunft, von unterschiedlichsten Geschichten, dass es nicht darauf ankommt, wo jemand herkommt, sondern ob man sich benehmen kann und ob man sich um Zusammenleben bemühen kann. Und deswegen will ich gar nichts weiter zu diesem Antrag sagen, außer dass wir dem sicher keinen Platz in unserer Stadt bieten *(Appl.).*

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Die Moralkeule wird wieder geschwungen, die Realität wird weiterhin verweigert. Und die konkrete Frage an den Kollegen Ammerer beziehungsweise Kollegin von der SPÖ: Wie würden Sie es nennen, wenn Gemeindebauhäuser existieren, in denen eine einzige Partei noch ein österreichischer Staatsbürger ist? Diese Partei fühlt sich fremd in ihrem eigenen Wohnhaus. Sie versteht kein Wort, weil auch kein deutsches Wort gesprochen wird. Und infolgedessen ist es schwierig, ein treffenderes Wort als das der Überfremdung für diesen Zustand zu finden. Und es nutzt nichts herzugehen und zu sagen, ok, das existiert alles nicht und das ist alles rassistisch und hin und her. Das weise ich auch insofern zurück, dass man sagt, ok, das ist eine monokausale Erklärung für die Probleme im Gemeindebau. Nein, das ist aber ein wesentlicher Teil der Probleme im Gemeindebau. Und viele andere existieren auch. Und infolgedessen ist es für mich schwierig anzuerkennen, dass man sagt, ok, man verweigert die Realität, man sagt, das existiert alles nicht. Und insgesamt vertut die Grazer Politik, und in erster Linie jetzt die links-linke Stadtregierung und Stadtkoalition, wieder eine Chance, wirklich diese Probleme objektiv zu analysieren, anzuerkennen, dass diese Problematik einen Teil der Gesamtproblematik darstellt und stattdessen geht man her und sagt, existiert nicht, ist Rassismus, wollen wir nicht hören, Realitätsverweigerung. Und das ist ein Zustand, der die Probleme verschärfen wird, der in Wirklichkeit bei den Menschen den Eindruck stärken wird, dass sie von der Politik jetzt im Stich gelassen werden, und der vorliegende Antrag hat genau die andere Intention zu versuchen, hier objektiv auch einen Teil der Probleme anzusprechen, und das mit Rassismus abzutun, ist völlig fehl am Platz *(Appl.).*

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KFG und FPÖ) abgelehnt.***

**8.10 Transparenz von Politiker:innen-Reisen**
**(GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleg:innen. Das Thema ist ein Transparenzthema und ist virulent geworden zunächst einmal durch die Beziehungen oder die Einflussnahme von Katar auf EU-Abgeordnete, die eingeladen wurden nach Katar und mit dem Hintergedanken, sie in ihrer Willensbildung und in Richtung Gesetzgebung zu beeinflussen. Klarzustellen ist bei dem Ganzen: Was ist Lobbyismus und was ist unzulässiger Einfluss? Lobbyismus ist nichts per sehr Schlechtes. Weil die Gesellschaft besteht natürlich aus Interessensgruppen und jede Interessensgruppe in einer Gesellschaft hat das Recht, für ihre Interessen Überzeugungsarbeit zu leisten und Werbung zu machen. Aber nicht Menschen Vorteile zu gewähren, um dann die politische Willensbildung zu beeinflussen. Und das EU-Parlament hat jetzt dann schnell reagiert und hat Vorschläge präsentiert, dass diese Art von Korruption verhindert werden soll. Und einer dieser Vorschläge ist die Offenlegung aller Reisen und etwaiger Förderungen, die Politiker:innen von Dritten für diese Reisen erhalten. Die nächste Klarstellung, die wichtig ist für diesen Antrag, ist: Wann bin ich Gemeinderat und wann bin ich Privatperson? Denn als Gemeinderat oder Gemeinderätin einer Menschenrechtsstadt unterliege ich auf jeden Fall einem erhöhten Sorgfaltsmaßstab. Als Privatperson darf ich selbstverständlich nach Nordkorea fahren. Das geht niemanden etwas an. Aber ich darf mich nicht Privatperson nennen, wenn ich von einer dortigen Einrichtung, die dem Regime nahesteht und zwar einem Regime, das Menschenrechte deutlich verachtet und mit Füßen tritt, dann wird es schwierig, das als Bildungsreise zu deklarieren, dann ist es nicht mehr privat, dann bin ich doch Gemeinderat. Und deshalb fordern wir und fordere ich Transparenz in diesen Dingen. Das heißt, wenn man als Gemeinderat, als Funktionsträger irgendwohin eingeladen wird, eine Reise macht oder sonst irgendetwas, dann ist das offenzulegen, und da sollen sich die Grazerinnen und Grazer immer ein Bild machen können, was wir denn da so tun. Wenn ich als Herr Meier oder

Frau Kugerl irgendwo hinfahre in den letzten Winkel dieser Welt, ist es mir eine Privatsache, aber wenn da irgendwas an Einladungen von Institutionen im Spiel ist, dann habe ich das transparent zu machen. Und daher mein

**dringlicher Antrag:**

Der Grazer Gemeinderat fordert die zuständigen Stellen der Stadt Graz auf, eine verpflichtende Meldung von Reisen sowie eine Offenlegung jeglicher Förderungen für Reisen außerhalb des EU-Raumes für die Mitglieder des Grazer Gemeinderates, Stadtsenates und des Bezirksvorstandes zu prüfen.
Nach erfolgter Prüfung ist dem Gemeinderat ein Bericht darüber vorzulegen.
Ich bitte um breitestmögliche Zustimmung *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***
*Weltweit versuchen Regime durch gezielte Partnerschaften und Freundschaftseinladungen die Entscheidungsfindung von Politiker:innen zu beeinflussen. Dabei handelt es sich klar um Korruption. Als Beispiel dafür sei auf den neuesten Korruptionsskandal im EU-Parlament verwiesen. In diesem hat Katar mehrere EU-Abgeordnete eingeladen, um sie in ihrer Willensbildung und Gesetzgebung zu beeinflussen. (https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eu-belgischer-abgeordneter-tarabellaraeumt-einladung-von-qatar-ein-18604821.html)*
*Das EU-Parlament hat daraufhin schnell reagiert und erst vor wenigen Tagen Vorschläge präsentiert, wie zukünftig diese Korruption verhindert werden soll. Einer dieser Vorschläge ist die Offenlegung aller Reisen und etwaiger Förderungen, die Politiker:innen von Dritten für diese Reisen erhalten.*
*(https://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/6239141/Metsola-verspricht-Kampf-gegenKorruption-im-EUParlament)*
*Diese Maßnahme gibt den Bürger:innen die Möglichkeit zu erfahren, wohin ihre gewählten Vertreter:innen reisen und vor welchem Hintergrund diese Reisen stehen.*

*Wenn solch Reisetätigkeiten von Politiker:innen von lokalen regimetreuen Institutionen beziehungsweise Organisationen gefördert werden, damit unter dem Deckmantel von "Bildungsreisen" zweifelhafte politische Ideologien transferiert werden können, gilt es auch in Graz geeignete Transparenzmaßnahmen zu schaffen. Als Anlassfall sind die erst unlängst bekanntgewordenen Reisen von KPÖ-Politiker:innen nach Nordkorea, aber auch die bereits zuvor bekanntgewordene Reise derselben in den von pro-russischen Separatisten besetzten Donbas anzuführen.*

*Dabei ist festzuhalten, dass Reisen zu menschenverachtenden und mörderischen Regimen kein Kavaliersdelikt, sondern eine moralisch zutiefst bedenkliche und aus Sicht der Menschenrechtsstadt Graz unverantwortbare Grenzüberschreitung darstellt. Zusätzlich werden so Ansehen und politische Integrität der Stadt Graz und ihrer Mandatar:innen nachhaltig geschädigt.*

*Genauso, wie es sich alle Europäer:innen verdienen, über die Reisetätigkeit ihrer Abgeordneten im EU-Parlament informiert zu werden, verdienen es sich die Grazer:innen, über die Reisetätigkeit ihrer Gemeinderät:innen, Stadträt:innen und Bezirksvorsteher:innen umgehend informiert zu werden und den Hintergrund dieser Reisen zu erfahren.*

*Die Grazer:innen müssen sich selbst eine Bild machen können, welche Reisen auf wessen Einladung die gewählten Politiker:innen ins EWR-Ausland unternehmen. Der versteckten Beeinflussung der Grazer Politik durch die Reisetätigkeit mancher Mandatar:innen muss ein Riegel vorgeschoben werden.*

*Darum braucht es umgehend eine Transparenzinitiative in Graz, ähnlich jener im EU-Parlament, und deshalb stelle ich folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Der Grazer Gemeinderat fordert die zuständigen Stellen der Stadt Graz auf, eine verpflichtende Meldung von Reisen sowie eine Offenlegung jeglicher Förderungen für Reisen außerhalb des EWR-Raumes für die Mitglieder des Grazer Gemeinderates, Stadtsenates und des Bezirksvorstandes zu prüfen.*
*Nach erfolgter Prüfung ist dem Gemeinderat ein Bericht darüber vorzulegen.*

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR[in] Dr.[in] **Unger**:
Lieber Antragsteller, sehr geehrte Damen und Herren. Transparenz, das haben wir schon öfter festgestellt, ist ein wichtiges Thema für uns alle. Das unterschreiben wir voll und ganz. Wir haben im Motivenbericht auch gesehen, dass es letztendlich ein Anlassantrag ist, weil es hat einfach Vorkommnisse gegeben, die entsprechende Klarlegungen vermissen haben lassen, auch auf Nachfrage. Und um das in Zukunft hintanzustellen, unterstützen wir diesen Antrag selbstverständlich gerne. Wichtig ist, wie bereits ausgeführt, dass wir als Gemeinderät:innen beziehungsweise auch als Parteimitglieder diese Verpflichtungen ernst nehmen. Da geht es einerseits um die Finanzierung, andererseits natürlich um ideologische Fragen. Und selbstverständlich muss es dazu eine ganz klare Aussage von uns geben. Ich darf trotzdem, weil ich, wie bereits erwähnt, von einem Anlassantrag ausgehen, die Gelegenheit noch einmal ergreifen, nachdem wir bei anderer Gelegenheit heute bereits wieder das große Schweigen auf einige Anfragen gehabt haben, feststellen, dass auch hier eine klare Positionierung für Dinge, die bereits passiert sind, angebracht ist. Ich wiederhole das, was ich bei meinem letzten Statement zum Antrag vom Kollegen Ram gesagt habe. Es ist wichtig, dass wir tatsächlich die Dinge dann auch machen. Und deswegen darf ich in diesem Zusammenhang ganz klar darauf hinweisen, wir vermissen noch immer Informationen, wer die Reisen vom Herrn Kollegen Luttenberger oder vom Herrn Murgg in den Donbas finanziert hat, von wem sie eingeladen waren, was das Ziel der

Aufmärsche, Kranzniederlegungen und sonst noch was war. Und wir vermissen diese Aussage auch für die Reise nach Nordkorea *(Appl.).*

Diese Informationen sind wichtig. Es ist mir vollkommen unklar, und das möchte ich an der Stelle auch sagen, weil wir heute sehr viele Dinge haben, wo auf eine moralische Überlegenheit gepocht wird, wo gewisse Dinge nicht ernst genommen werden, wenn sie von anderen Fraktionen eingebracht werden, auch das hat mit Moral zu tun. Und ich würde bitten, das ernst zu nehmen. Ich habe beim letzten Antrag schon darum gebeten, hier Aufklärung zu liefern. Es war leider Gottes nicht möglich, dass sich irgendjemand von der KPÖ zu einer Wortmeldung durchringen konnte. Also das möchte ich noch einmal in aller Klarheit festhalten *(Appl.).*

Zum Antrag selbst, wie gesagt, wir sind sehr dafür, dass man hier Änderung schafft und würden einfach zum Schutz der Privatreisen, und da möchte ich mich bitte ganz herzlich dem Herrn Kollegen Pointner anschließen, was eine Privatreise ist, das heißt nicht einfach, ich fahre privat wohin und tu dann trotzdem dort irgendwie ideologisch mit fragwürdigen Leuten irgendwas reden oder aktionistische Sachen, sondern es hat tatsächlich mit Privatreisen zu tun. Deswegen möchten wir folgenden Abänderungsantrag stellen, der einfach privat von beruflich unterscheidet.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich zum angeführten dringlichen Antrag deshalb folgenden

**Abänderungsantrag:**

Der Grazer Gemeinderat tritt am Petitionsweg an den Steirischen Landtag heran, um eine verpflichtende Meldung und Offenlegung jeglicher Förderung für Reisen außerhalb des EWR für Mitglieder des Grazer Gemeinderates in Ausübung ihrer Mandats- beziehungsweise parteipolitischen Tätigkeit im Statut der Stadt Graz festzuschreiben. Ich bitte um Annahme. Danke *(Appl.).*

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Namens des ÖVP-Gemeinderastclubs stelle ich zum angeführten dringlichen Antrag folgenden*

***Abänderungsantrag:***

*Der Grazer Gemeinderat tritt am Petitionsweg an den Steirischen Landtag heran, um eine verpflichtende Meldung und Offenlegung jeglicher Förderung für Reisen außerhalb des EWR für Mitglieder des Grazer Gemeinderates in Ausübung ihrer Mandats- beziehungsweise parteipolitischen Tätigkeit im Statut der Stadt Graz festzuschreiben.*

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, werter Gemeinderat, lieber Antragsteller. Ja, wir können deinem Antrag sehr, sehr viel abgewinnen. Und ja, auch wie die Kollegin Unger richtig gesagt hat, es gibt einen Anlassfall, deswegen sprechen wir darüber und ich glaube, es ist gut, wenn wir darüber sprechen. Auch wir haben einen Abänderungsantrag vorbereitet, der aus unserer Sicht ganz klar abgrenzt: Was ist jetzt eine private Reise und was ist eine durch andere Institutionen finanzierte Reise? Bevor ich diesen Antrag dann auch einbringe, möchte ich aber schon auch sagen, es ist richtig, dass Sie da Stellungnahmen einfordern, dass Sie Informationen einfordern, das ist auch wirklich sehr, sehr wichtig. Aber wenn man schon wirklich dann auch dem Kollegen Winter Nazijargon vorwirft, dann möchte ich schon sagen, es waren alle still, als die Kleine Zeitung berichtet hat, dass das LVT, das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, gegen einen aktiven Mandatar dieses Hauses ermittelt. Also da muss man dann schon auch ein bisschen das werten, weil da hätte ich mir den Aufschrei, der wäre berechtigt gewesen, gewünscht, und hätte gesagt, ja, das ist richtig, und da kann man nur das einfordern. Wenn ich den Zeitungsberichten glaube, dann ermittelt das LVT gegen einen aktiven Mandatar der Stadt Graz, der Menschenrechtsstadt Graz. Das ist wirklich zu verurteilen, da gab es aber keine Wortmeldung. Und wenn man dann ein Thema,

das halt polarisiert, diskutieren will, dann schlägt man darauf ein. Das ist für mich etwas, wo ich sage, das finde ich nicht in Ordnung. Und das ist auch nicht fair. Weil das Verbotsgesetz in Österreich ist ein sehr strenges Gesetz, das sagt auch ganz klar, was erlaubt ist und was nicht. Und wenn schon einmal das LVT das zum Anlassfall hernimmt zu ermitteln, dann ist wirklich die Kacke am Dampfen, wenn man das ein bisschen überspitzt sagt. Also bitte bei diesen Fällen nicht wegschauen und bei den anderen Themen, wo man vielleicht einmal auch harsch oder in der politischen Auseinandersetzung polemisch etwas sagt, vielleicht hier dann ein bisschen die Ruhe bewahren. Ich darf unseren Abänderungsantrag jetzt einbringen.
Namens des (Korruptions-)Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

**Abänderungsantrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Der Grazer Gemeinderat fordert die zuständigen Stellen auf, eine verpflichtende Meldung von Reisen sowie eine Offenlegung jeglicher Förderungen für Reisen, die von Firmen, NGOs, Vereinen, Staaten, Bildungseinrichtungen, Medien, Organisationen, staatlichen Stellen und Ähnlichem finanziert beziehungsweise unterstützt werden, für die Mitglieder des Grazer Gemeinderates, Stadtsenates und des Bezirksvorstandes zu prüfen. Ich bitte um Annahme *(Appl.).*

***Originaltext des Abänderungsantrages:***
*Gerade in Zeiten, in denen globale und finanzkräftige Institutionen aber auch andere meinungsbildende Organe immer häufiger versuchen, Einfluss auf die Politik zu nehmen und sie entsprechend zu beeinflussen, ist Transparenz ein wichtiges Instrument, um diesen Vorgängen entgegenzuwirken. Dennoch soll bei all den Maßnahmen auch die Privatsphäre von Politikern gewahrt bleiben.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den*

***Abänderungsantrag:***

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*Der Grazer Gemeinderat fordert die zuständigen Stellen auf, eine verpflichtende Meldung von Reisen sowie eine Offenlegung jeglicher Förderungen für Reisen, die von Firmen, NGOs, Vereinen, Staaten, Bildungseinrichtungen, Medien, Organisationen, staatlichen Stellen u.Ä. finanziert beziehungsweise unterstützt werden, für die Mitglieder des Grazer Gemeinderates, Stadtsenates und des Bezirksvorstandes zu prüfen.*

GR^in^ DI^in^ (FH) **Schlüsselberger**:
Liebe Bürgermeisterin, lieber Stadtsenat, lieber Gemeinderat und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, es sind noch welche verblieben. Grundsätzlich können wir uns dem Ganzen gut anschließen mit ein paar Änderungen. Wie soll ich sagen? Wann bin ich Gemeinderat, wann bin ich Gemeinderätin oder Privatpersonen, die Variante wird noch ergänzt, wann bin ich beruflich vielleicht verpflichtet, in ein Land zu fahren, wo man jetzt diskutieren könnte, ist das jetzt fragwürdig oder nicht, was ist dort meine Funktion und was mache ich dort? Weiters, mal nimmt man den Antrag hier, mal den anderen, differenziert man zwischen EWR und nicht EWR. Ich habe ein bisschen ein Problem, ich hätte es gerne ein bisschen genauer definiert, weil was ist, wenn ich jetzt mit dem Auto gemütlich nach Deutschland fahre, dort weiter und dann vielleicht mich mit irgendwelchen Rechtsextremen treffen, die auch innerhalb der EU sind oder außerhalb, also da macht es für mich keinen Unterschied. Und in manchem Abänderungsantrag wird immer wieder vergessen das, was im Grundantrag ist, dass es da auch Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter gibt.

Deswegen stellen wir seitens der SPÖ, ich jetzt stellvertretend für meinen Kollegen Ehmann, den

**Abänderungsantrag,**

dass die Magistratsdirektion und das Präsidialamt ersucht werden, für die Auslandsreisen für die Mitglieder des Grazer Gemeinderates, des Stadtsenates und der Bezirksräte einen Vorschlag für eine Richtlinie zu erarbeiten, die größtmögliche Transparenz gewährleistet und insbesondere auch die Offenlegung der Finanzierung über allfällige Förderungen berücksichtigt, sofern man dabei als Mandatsträger oder als Mandatsträgerin der Stadt Graz oder als Funktionsträger, Funktionsträgerin in Erscheinung tritt. Danke *(Appl.).*

***Originaltext des Abänderungsantrages:***
*Namens der Gemeinderatsklubs von KPÖ, Grüne und SPÖ stelle ich nachfolgenden*

***Abänderungsantrag:***

*Magistratsdirektion und Präsidialamt werden ersucht, betreffend Auslandreisen für die Mitglieder des Grazer Gemeinderates, Stadtsenates und der Bezirksräte einen Vorschlag für eine Richtlinie zu erarbeiten, die größtmögliche Transparenz gewährleistet und insbesondere auch die Offenlegung der Finanzierung über allfällige Förderungen berücksichtigt, sofern man dabei als Mandatsträger:in der Stadt Graz oder als Funktionsträger:in in Erscheinung tritt.*
*Dem Gemeinderat ist bis Mai ein entsprechender Bericht vorzulegen.*

*Zwischenruf StR **Eber** unverständlich.*

GR Günter **Wagner**:

Bitte?

*Zwischenruf StR **Eber** unverständlich.*

GR Günter **Wagner**:

Nein, ich habe keinen Abänderungsantrag *(lacht).*

Hoher Gemeinderat, ich wollte nur kurz zur Frau Kollegin Schlüsselberger noch einmal sagen, ich glaube, du hast den Antrag im Namen der SPÖ und nicht der FPÖ eingebracht. Da habe ich mich verhört, aber ich glaube, wir da drüben haben es alle so wahrgenommen, um das richtigzustellen *(lacht).*

Man kann sehen, ob man das jetzt differenziert, EWR-Staaten, ja, nein, vielleicht doch, vielleicht nicht, vielleicht kann man sich irgendwo mit Rechtsradikalen treffen, vielleicht auch mit Linksradikalen, auch das kann man ja machen, das ist dann zu verurteilen. Ich sehe das anders. Ich sage, nehmen wir den dringlichen Antrag so an, wie ihn der Kollege Pointner einbringt, weil er fordert ja eigentlich jetzt nur einmal einen Bericht darüber. Und dann kann man ja darüber diskutieren, inwieweit hier das die Privatsphäre angeht und inwieweit man hier jetzt eine öffentliche Person ist und im Zuge seiner Mandatsauswirkung eine Reise unternimmt. Und ich glaube, das eine schließt das andere nicht aus. Also ich werde den Antrag so, wie er ist, einfach unterstützen und schauen wir dann, was dabei rauskommt und dann diskutieren wir darüber, was dann den Weg ins Statut finden kann. Danke *(Appl.).*

GR **Gostentschnigg**:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ganz kurz zum eigentlichen Inhalt des Antrages, wir sehen bezüglich des EWR-Raums, so wie bereits von der Kollegin von der SPÖ angesprochen, so, dass es wenig sinnvoll ist, quasi Reisen

in die Schweiz oder nach Bosnien melden zu müssen, nicht aber nach Portugal oder dergleichen. Also das ist irgendwie unlogisch; wenn, dann machen wir es gleich gescheit und beziehen das einfach auf alle Staaten gleichermaßen. Deswegen werden wir dem Antrag von der SPÖ natürlich unsere Zustimmung geben. Und in Richtung der Kollegin von der ÖVP, da kann ich Sie beruhigen, wenn Sie eine Klarstellung zu den allen Vorkommnissen gerne hören wollen, kann ich Sie einladen, auf unserer Website nachzulesen. Da sind diese seit langer Zeit online, die Adresse ist www.kpoe-steiermark.at. Alles dazu ist schon gesagt, dass die KPÖ den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine natürlich in aller Deutlichkeit verurteilt, ist vom ersten Tag an klar auf unserer Website so gestanden, dass es da leider zu anderen Interpretationen gekommen ist, ist bedauerlich. Aber ich stelle es an dieser Stelle auch noch einmal klar. Zu den Reisen, die hier im Antrag genannt werden, ist natürlich zu sagen, dass diese privat finanziert sind, keine öffentliche Förderung dafür in Anspruch genommen wurde. Und einen Irrtum darf ich auch noch aufklären. Die Reise nach Nordkorea hat 2003 stattgefunden, zu dem Zeitpunkt war der Herr Luttenberger nicht Gemeinderat, wäre also von diesem Antrag nicht erfasst. Zusammenfassend darf ich sagen, ich glaube, die Klarheit ist durchaus gegeben. Die KPÖ hat sich an vielen Stellen zu diesen Vorkommnissen geäußert. Wenn es weitere Unklarheiten gibt, bitte unsere Website befassen. Zum eigentlichen Inhalt des Antrages, das finden wir natürlich richtig, wenn öffentliche Förderungen für Reisetätigkeiten gewährt werden, gibt es natürlich ein eindeutiges öffentliches Interesse. Das ist auch nachzuvollziehen, da gehen wir natürlich mit. Im Sinne des SPÖ-Antrags, mein Licht ist schon orange, deswegen mache ich an dieser Stelle einen Punkt und bedanke mich für die Aufmerksamkeit *(Appl.).*

KO GR **Dreisiebner**:

Werte Kolleginnen und Kollegen, werter Antragsteller. Grundsätzlich gilt dir auch von unserer Seite Dank für die Stoßrichtung deines Antrags. Und das ist ja schon sehr weit ausgeführt worden, dass vielleicht vom Motivenbericht her, aber auch vom

Antragstext her nicht das alles umfasst, was er umfassen soll. Denn auch innerhalb der EU kann es vorkommen, dass Vertreter:innen einer Stadtregierung, eines Gemeinderates oder eines Bezirksrates unter Umständen antidemokratische Kontakte haben oder auch der Stadt zum Schaden gereichen. Ich könnte dazu auch zum ehemaligen Vizebürgermeister dieser Stadt Auskunft erteilen. Ich war voriges Jahr im Juni in Darmstadt, wo sich die Stadtregierung noch im vorigen Juni über den Besuch des gewesenen Vizebürgermeisters sehr negativ geäußert und auch Recht hat und eine entsprechende Note an den damaligen Bürgermeister unbeantwortet geblieben sein soll. Also es gibt verschiedene Dinge, die passieren können. Wichtig ist nicht, ob außerhalb des EWR-Raumes oder innerhalb des EWR-Raumes. Wichtig ist, aus meiner Sicht, abzutrennen, wenn jemand aus beruflichen Gründen entsendet wird, zum Beispiel wegen einer Weiterbildung oder einem beruflichen Einsatz in einem anderen Land, innerhalb oder außerhalb der EWR oder auch aus privaten Gründen auf Urlaub fährt, dann ist das, glaube ich, in keinem Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit und folglich nicht meldepflichtig. Ist es aber in irgendeiner Form eine politische oder eine Kammerorganisations- oder Vereinsgeschichte, die einen politischen Rahmen hat, dann sollte man das auch zumindest melden. Und auf den Gegeneinwand, wenn eine oder einer etwas macht und wen trifft, der ja da vielleicht dann negativ aufstoßen könnte, dann meldet er oder sie das eh nicht. Ja, das wird wahrscheinlich so sein, aber es besteht natürlich dann nicht nur der Tatbestand, dass jemand zum Schaden der Stadt irgendwo was gemacht hat, sondern dass er auch gegen diese Meldepflichten verstoßen hat. Das wäre auch ein wichtiges Momentum, das ich noch einbringen wollen würde. Und ich finde, wir haben gute Abteilungen und Beamtinnen und Beamte, die für uns diese Richtlinie als Vorschlag an den Ausschuss für Verfassung vorbereiten könnten, damit wir es dann im Gemeinderat und im Ausschuss natürlich noch diskutieren können. In diesem Sinne, im Sinne der Abänderung, Kollegin Daniela Schlüsselberger, werden wir diesem Abänderungsantrag zustimmen. Danke *(Appl.).*

GR Mag. **Pointner**:

Ein kurzes Schlusswort, gerne. Ja, schön, dass wir da eine Stoßrichtung haben, eine gemeinsame, in dieser Grauzone. Ich bedanke mich für die präzisierenden Ausführungen und weitergedachten Arbeiten der Grundidee der anderen Fraktionen oder Klubs. Am nächsten liegt mir auch in diesem Sinne der Abänderer der SPÖ. Ok, wenn man es ganz denkt, kann es jedes Land sein. Mandatsträger, alles in Ordnung. Was mir wichtig wäre ist, dass es nicht nur inländisch öffentliche Förderungen wären, sondern eben auch, dass man die Meldepflicht auf die Einladung des Auslandes erstreckt. Also das wäre schon wichtig, weil es kann ja da und dort Einfluss genommen werden, ein ungünstiger. Und die Richtlinienform sehe ich auch als gangbaren Weg, weil, das tut mir leid, die Petition ans Land, da habe ich das Vertrauen schon ein bisschen verloren, wenn ich da an unsere Statutenänderung eben in Richtung Transparenz-Paket sehe, das habe ich ja heute schon einmal angesprochen. Also die arbeiten nicht so gerne in unserem Sinne. Also dann lieber selbst machen im Sinne einer Richtlinie. Vielen Dank *(Appl.).*

***Der Abänderungsantrag (SPÖ) wurde einstimmig angenommen.***

**8.11 Grazer Bürgerkonto**
**(GR$^{in}$ Sabine Reininghaus, Neos)**

GR$^{in}$ **Reininghaus**:

Der vorletzte Antrag. Ich möchte mit dem vorletzten Antrag ein bisschen Werbung machen für unsere schöne Stadt Graz und das Grazer Bürgerkonto ebenfalls bewerben. Wie wir alle wissen, die Stadt Graz steht vor einem riesigen Schuldenberg, und das ist ja mittlerweile jedem bekannt. Denn offenbar hat die Finanzpolitik der letzten Jahre es verabsäumt, den Haushalt im Fokus zu halten, was uns schließlich zu einem prognostizierten Schuldenstand von über 3 Milliarden Euro in den kommenden Jahren

führt. Angesichts der angespannten Budgetsituation ist es natürlich erforderlich, sparsam und zweckmäßig mit den vorhandenen Steuermitteln umzugehen. Und ja, Graz muss den Sparstift ganz gehörig ansetzen und trotzdem müssen wir unerlässliche, dringende Investitionen, wie zum Beispiel im Bildungsbereich, stemmen können. Ich habe aber auch mit vielen Grazerinnen und Grazern Gespräche geführt und ich habe irgendwie bemerkt, dass die Menschen auch von sich aus aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt teilhaben wollen, mitgestalten wollen und sogar bereit wären, einen Beitrag zur Sanierung des städtischen Haushaltes zu leisten. Das ist großartig, oder? Tatsächlich ließe so eine Bürgerinitiative die eine oder andere dringend ausstehende Maßnahme trotz Rekordschulden zu. Und sowas gibt es bereits in Deutschland, ein Bürger-Schuldentilgung-Konto gibt es in Deutschland seit 2006. Sie müssen sich vorstellen, im Jahr 2006 haben die Bürger knapp 1,4 Millionen Euro in den Bundeshaushalt gespült und die Schulden wurden dann eben getilgt, zweckgebunden, wie das eben so sein sollte. Mit einem Bürgerkonto nach diesem Vorbild sollen auch die Grazer und Grazerinnen die Möglichkeit haben, einen Beitrag zur Entlastung des angespannten Haushalts zu leisten. Die Entwicklung in Graz darf ja bitte nicht auf einem Abstellgleis landen, nur weil die Stadt Graz so hohe Schulden hat. Also ich denke, dass ein Grazer Bürgerkonto in Verbindung mit den Sparmaßnahmen, die die Stadt Graz macht im Moment, dass dann eben mehr finanzieller Raum für die Umsetzung wichtiger Dinge für die Grazer und Grazerinnen frei bleibt. Und für ein klimafittes und menschenfreundliches Graz stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den folgenden

**dringlichen Antrag:**

1.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ein Bürgerkonto laut Motiventext anzulegen, welches den Bürger:innen der Stadt die Gelegenheit eröffnet, der Stadt Graz zweckgebundene, monetäre Mittel zukommen zu lassen.

2.) Weiters mögen die zuständigen Stellen der Stadt Graz für die Zweckwidmung Beitragsbereiche definieren, welche in weiterer Folge mittels Verwendungszweck der Banküberweisung von den Bürger:innen angegeben werden können, um zielgerichtete Beitragszahlungen zu ermöglichen. Diese Bereiche sollen insbesondere die städtische Begrünung, Kultur, Soziales, Bildung und den Schuldenabbau beinhalten.
3.) Dem Gemeinderat ist zumindest einmal jährlich über das Bürgerkonto Bericht zu erstatten.

Ja, das wäre die Idee mit dem Bürgerkonto laut deutschem Vorbild, und ich bitte um breite Zustimmung, denn wir können es uns eigentlich im Moment nicht leisten, auf irgendeinen Euro zu verzichten, wenn er hier daherkäme. Vielen Dank *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***
*Die Stadt Graz steht vor einem schwer zu meisternden Schuldenberg. Die Finanzpolitik der letzten Jahre und die Versäumnisse, den Haushalt zu sanieren, führen uns zu einem prognostizierten Schuldenstand von über 3 Milliarden Euro in den kommenden Jahren. Angesichts der dramatischen Budgetsituation in Graz ist es erforderlich, dass die Stadt sparsam und zweckmäßig mit den vorhandenen Steuermitteln umgeht. Nachhaltige Reformen sind unerlässlich, damit die Stadt weiterhin in ausreichendem Maße die dringend benötigten Zukunftsinvestitionen – wie zum Beispiel im Bildungsbereich – tätigen kann.*

*Gleichzeitig möchten viele Grazer:innen von sich aus aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt teilhaben, wollen mitgestalten und sind sogar bereit, einen Beitrag zur Sanierung des städtischen Haushaltes zu leisten. Eine solche BürgerInneninitiative ließe die eine oder andere dringend ausstehende Investition trotz der Rekordschulden zu.*

*In Deutschland wird das vergleichbare Schuldentilgungskonto bereits seit 2006 umgesetzt. In diesem Zeitraum wurden knapp 1,4 Millionen Euro im Bundeshaushalt vereinnahmt und zweckgebunden zur Schuldentilgung verwendet.*[1]

*Mit einem Bürgerkonto nach deutschem Vorbild sollen auch die GrazerInnen die Gelegenheit haben, ihren Beitrag zur Entlastung des angespannten Budgets leisten zu können, sowie die städtische Bildung, das Kulturangebot und auch die Sozialleistungen der Stadt monetär zu stärken. Auf diese Weise können wir gemeinsam beitragen, das angespannte Budget zu entlasten und weitere Möglichkeiten schaffen die Stadt zu gestalten.*

*Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den folgenden*

***dringlichen Antrag:***

1.) *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ein Bürgerkonto laut Motiventext anzulegen, welches den Bürger:innen der Stadt die Gelegenheit eröffnet, der Stadt Graz zweckgebundene, monetäre Mittel zukommen zu lassen.*
2.) *Weiters mögen die zuständigen Stellen der Stadt Graz für die Zweckwidmung Beitragsbereiche definieren, welche in weiterer Folge mittels Verwendungszweck der Banküberweisung von den Bürger:innen angegeben werden können, um zielgerichtete Beitragszahlungen zu ermöglichen. Diese Bereiche sollen insbesondere die städtische Begrünung, Kultur, Soziales, Bildung und den Schuldenabbau beinhalten.*
3.) *Dem Gemeinderat ist zumindest einmal jährlich über das Bürgerkonto Bericht zu erstatten.*

[1] https://www.tagesschau.de/inland/buergerspenden-101.html

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ich mache mir ein bisschen Sorgen, dass die Kontoführungsgebühren vielleicht höher sind als das, was in dem Konto einlangt und dann doch noch ein negatives Geschäft daraus entsteht. Und ganz ehrlich, ich wüsste nicht, wer da jetzt einzahlen soll. Ich meine, ich werde den Mario Eustacchio fragen, vielleicht möchte er etwas einzahlen, aber schauen wir mal *(Gelächter im Saal).* Aber bleiben wir ernst. Ich glaube, die Stadt Graz hat mit Sicherheit kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabeproblem. Es gibt sicher viele Varianten, viele Einsparungsmöglichkeiten hinsichtlich der Ausgaben und ich glaube, da sollte der Fokus darauf liegen, dass wir bei gewissen Ausgaben etwas zurückschrauben und dann infolgedessen hier eine Verbesserung einführen können. In einem Punkt sind wir uns sicher einig, wir haben riesige Schuldenberge oder Schuldengräben, wie auch immer man das so bezeichnen möchte, nachdem wir da stark im Minus sind, werden es eher Schuldengräben sein. Und daher auch der vorliegende Abänderungsantrag. Die Stadt Graz braucht mehr Geld, keine Frage, der Herr Stadtrat neben mir kann mir nur zustimmen. Professionell und in vielen Bereichen wahrscheinlich auch zielführend wäre, wenn wir prüfen könnten, ob wir als Stadt Graz, ganz gleich wie der Bund, Anleihen begeben können und infolgedessen über diesen Anleihenverkauf hier finanzielle Mittel für die Stadt Graz zusätzlich lukrieren könnten. Das wäre die Idee des Abänderungsantrages. Die Dringlichkeit ist mit Sicherheit gegeben *(Appl.).*

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Anleihen stellen eine sinnvolle und vernünftige Möglichkeit dar, sich auf dem Kapitalmarkt zu vereinbarter Laufzeit und Verzinsung Kapital zu beschaffen. Auf diesem Wege haben viele Anleger, aber auch Menschen, denen das Wohl der Stadt am Herzen liegt, eine niederschwellige Möglichkeit, der Stadt Graz entsprechend Kapital zu Verfügung zu stellen. Das ist ein gangbarer und oft praktizierter Weg, der auch einem professionellen Vorgang am nächsten kommt.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den*

***Abänderungsantrag,***

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und in welchem Volumen es sinnvoll und möglich ist, Anleihen der Stadt Graz auszugeben und auf diesem Wege zusätzliches Kapital zu generieren.*

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

GR[in] **Slama**:
Liebe alle. Also grundsätzlich einmal zu diesem Schuldentilgungskonto in Deutschland, ich würde das einmal ein bisschen herunterbrechen. Ich habe da vor allem das Jahr 2021 angeschaut, weil da habe ich am schnellsten die Zahlen gefunden, sage ich ganz ehrlich. Da sind 63.407 Euro eingezahlt worden auf dieses Konto, gerechnet auf die Bevölkerung von Deutschland. Dann habe ich gerechnet auf die Bevölkerung von Graz. Wir wären da im Graz-Vergleich bei 224 Euro. Blöd, aber ja, heißt leider so viel wie, Schuldenprobleme werden wir damit jetzt nicht endgültig lösen können. Das können wir ehrlicherweise auch von unserer Bevölkerung gar nicht verlangen. Aber ich wäre ja nicht in dem Aufzug gekommen, wenn ich jetzt gegen den Neos-Antrag stimmen würde. Deswegen, wir haben da grundsätzlich noch einen ganz anderen Aspekt, Stichwort zweckgebundene Beitragsbereiche. Und zwar, das ist einfach dieser Beteiligungsaspekt, und auch wenn die Kollegin schon so schön sagt, da gibt es ja eine Bereitschaft, das ist etwas, vor dem wir uns nicht verschließen sollten oder dürften. Hier können Menschen nämlich bewusst in Projekte und in Bereiche investieren, die ihnen am Herzen liegen. Und dass das schon funktioniert, sehen wir an Dingen wie der Baumpatenschaft in Graz, oder, damit wir noch einmal nach Deutschland schauen, in

Dresden mit den Fonds Stadtgrün. Dort kann man nämlich sehr transparent und zweckgebunden für Bäume, Bänke, Spielplätze entweder direkt für eine Sache oder allgemein für diesen Pool an Unternehmungen spenden. Das passiert auch gut, das wird viel angenommen. Und wie man an solchen Modellen sieht, die kann man ja auch für andere Bereiche abwandeln. Und genau als das hat es unglaublich viel Wert für uns und hat vor allem auch viel Wert für die Menschen, die bereit sind, da was zu tun, um zu sehen, wie sie selbst dieser Stadt auch geholfen haben. Und damit habe ich, glaube ich, auch ganz gut erklärt, wieso wir absolut für diesen Hauptantrag sind, aber gegen den Abänderungsantrag, da fallen nämlich diese Beteiligung und diese zweckgebundenen Beitragsbereiche weg. Damit, kurz gesagt, Sabine, unsere Stimmen hast du. Danke *(Appl.).*

Bgm.in **Kahr**:
Danke für die Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich möchte vielleicht nur, weil es gut dazu passt, einfach auch noch sagen, das ist eine wunderbare Sache, wird momentan auch gerade vom Kulturamt überprüft. Wir haben vor kurzem erfahren, eine äußerst großzügige Schenkung werden wir bekommen, und zwar ein Originalbild von Wilhelm Thöny, mit einem immens hohen Wert. Also diese Schenkungen oder auch Eigentumswohnungen, wo keine Angehörigen mehr da sind, nur zur Information, sind auch schon erfolgt, zum Beispiel Babenbergerstraße 1 war eine Eigentumswohnung in dem Wohnhaus, das ist an die Stadt Graz ergangen und das kommt gar nicht so wenig oft vor. Also die, die länger dabei sind, werden das wissen. Nur so als Information, nicht uninteressant, weil es durchaus Bürger in unserer Stadt Graz gibt, die ein Interesse haben, das Vermögen der Stadt Graz, wenn man es so sagen will, auch zu stärken.

GR[in] **Reininghaus**:
Ja, also ich danke. Es zeichnet sich hier eine Zustimmung ab, eine breite. Und ich denke auch, dass es so viele Grazer gibt, die da wirklich bereit sind, die mir sagen, ich bezahle euch einen Baum oder sowas *(Gelächter im Saal).*
Und ja, es ist zwar nur ein Baum, aber jeder Baum bringt was.

*Zwischenruf GR Mag.* ***Pointner****: Das war eine Aufforderung.*

GR[in] **Reininghaus**:
Ja, genau.

*Zwischenruf GR Mag.* ***Pointner****: Also wirst du als Erste einzahlen.*

GR[in] **Reininghaus**:
Und ich werde auf das Bürgerkonto natürlich auch etwas einzahlen. Da sind wir dann schon über die 200 Euro, die du ausgerechnet hast. Danke *(Appl.).*

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG und FPÖ) angenommen.***

**8.12 Bettelverbot forcieren – Schluss mit gewerbsmäßiger und organisierter Bettelei – Petition an die Landesregierung (GR Günter Wagner, FPÖ)**

GR Günter **Wagner**:

Hoher Gemeinderat, in meinem dringlichen Antrag geht es auch um das Geld. Aber besser gesagt, um das Betteln um Geld und die damit verbundenen Belästigungen, die momentan in Graz zuzunehmen scheinen. Das bedarf natürlich einer Novelle des Steiermärkischen Landessicherheitsgesetzes. Die Steiermark ist im Bundesländervergleich Schlusslicht in dieser Sache. Während beinahe alle anderen acht Bundesländer unerwünschte Bettelei bereits verboten oder unter Strafe gestellt haben, ist die Grüne Mark hier weiter säumig. Dieser Umstand wird von Bettelgruppen offensichtlich ausgenutzt und besonders in der vergangenen Weihnachtszeit ist es da an öffentlichen Orten in der Landeshauptstadt so zu unzumutbare Belästigungen gekommen. Alle paar Minuten ist man da am Weihnachtsmarkt am Tisch besucht worden, gestört worden. Die Damen in der Runde haben dann meistens die Handtaschen schon gesichert und vor sich geholt. Das ist natürlich sinnvoll, die Handtasche nicht hinten achtlos zu lassen, aber dass man dann schon durch dieses permanente Anbetteln dann Angst haben muss, das ist weder für die Grazer Besucher noch für die Touristen angenehm. Ebenfalls habe ich auch beobachtet zwei junge Männer, die haben sich dort unterhalten. Es ist auch eine Person dorthin und hat um Geld gebettelt, die haben dann dem Wunsch nicht entsprochen, haben sich dann wieder einander zugewendet und haben sich unterhalten. Als sie dann einen Blick zur Seite gemacht haben, hat dann diese Person bereits die Becher mit dem Glühwein drinnen in der Hand gehabt, um dann das Pfand hier irgendwo zu kassieren. Die waren, glaub ich, noch nicht einmal leer. Also ich glaube, das sind schon Zustände, die einfach nicht mehr wünschenswert sind und einfach ein bisschen überhandnehmen. Das ist ein Irrglaube zu glauben, in der Weihnachtszeit ist das vorbei. Man braucht nur unten an die Stände gehen, ich war heute zu Mittag erst unten, und habe Glück gehabt. Während ich dort meinen Hotdog gegessen habe, sind nur zwei Personen in dieser Zeit hergekommen. Und der Standbetreiber dort hat mir dann seine Mitarbeiterin gezeigt,

die zur Mittagszeit regelmäßig dort ausgeschickt wird, um einfach die Gäste zu schützen, dass die während dem Essen dort nicht belästigt werden. Um eben dagegen Maßnahmen ergreifen zu können, stelle ich folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Landesregierung auf, eine Novelle des Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetzes auf den Weg zu bringen, welche unter anderem

- ein Verbot des gewerbsmäßigen Bettelns,
- ein Verbot des Bettelns als Beteiligter an einer organisierten Gruppe,
- ein Verbot des Bettelns von Haus zu Haus und von Wohnung zu Wohnung sowie
- eine Verordnungsermächtigung für Gemeinden, das Betteln an bestimmten Orten untersagen zu dürfen, wenn auf Grund der dort zu erwartenden Anzahl an bettelnden Personen und der örtlichen Verhältnisse zu befürchten ist, dass die Benützung des öffentlichen Orts durch andere Personen erschwert wird oder sonst ein durch ein solches Betteln verursachter Missstand im Sinne des Art. 118 Abs. 6 B-VG bereits besteht oder unmittelbar zu erwarten ist, vorsieht.

Ich bitte um Annahme *(Appl.).*

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Das Steiermärkische Landes-Sicherheitsgesetz (StLSG) sieht in § 3a vor, dass aufdringliches Betteln um Geld oder geldwerte Sachen eine Verwaltungsübertretung darstellt. Verboten ist gem. Abs. 2 leg. cit. auch, wenn jemand eine unmündige minderjährige Person zum Betteln veranlasst oder diese mitführt. Weitere Tatbestandsmerkmale, um unerwünschte Formen der Bettelei unter Strafe zu stellen, existieren nicht. So ist die Steiermark bundesweit das einzige Bundesland, das sogar Formen der organisierten und gewerbsmäßigen Bettelei duldet. Alle anderen*

*Bundesländer sehen effektivere und weitreichende Bestimmungen gegen derartige Formen der Bettelei vor, wie ein Überblick der jeweiligen Rechtsordnungen der Länder zeigt.*

*Während das Wiener sowie das Kärntner Landessicherheitsgesetz das Betteln in gewerbsmäßiger Weise oder als Beteiligter einer organisierten Gruppe bereits unter Strafe stellen, verharrt man in der Steiermark weiterhin in Untätigkeit. Das Salzburger Landessicherheitsgesetz geht hier sogar noch einen Schritt weiter und verbietet in § 29 sowohl das organisierte Betteln als auch das Umherziehen von Haus zu Haus beziehungsweise von Wohnung zu Wohnung zum Zwecke der Bettelei. Verwaltungsübertretungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 Euro (!) geahndet, im Falle der Uneinbringlichkeit droht eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Wochen. Zudem sieht das Salzburger Landessicherheitsgesetz in § 29 Abs. 2 eine Verordnungsermächtigung für Gemeinden vor. Demnach kann Betteln „an bestimmten Orten untersagt werden, wenn auf Grund der dort zu erwartenden Anzahl an bettelnden Personen und der örtlichen Verhältnisse zu befürchten ist, dass die Benützung des öffentlichen Orts durch andere Personen erschwert wird, oder sonst ein durch ein solches Betteln verursachter Missstand im Sinn des Art. 118 Abs. 6 B-VG bereits besteht oder unmittelbar zu erwarten ist". Zusammenfassend ist festzuhalten, dass gewerbsmäßiges beziehungsweise organisiertes Betteln in allen Bundesländern – außer in der Steiermark – verboten ist. Fünf Bundesländer sehen in ihren Landesgesetzen die Möglichkeit vor, dass die Gemeinden bestimmte Orte ihres Gemeindegebietes festlegen können, wo ein generelles Bettelverbot herrscht (sektorales Bettelverbot).*

*Die Steiermark ist somit im Bundesländervergleich wahrhaft ein Schlusslicht. Während man in allen anderen acht Bundesländern die unerwünschte Bettelei bereits verboten beziehungsweise unter Strafe gestellt hat, ist die Grüne Mark weiterhin säumig. Dieser Umstand wird von Bettlergruppen freilich ausgenutzt. Besonders in der vergangenen*

*Weihnachtszeit kam es an öffentlichen Orten der Landeshauptstadt zu unzumutbaren Belästigungen.*

*Um auch in Graz hinkünftig die zahlreichen Besucher der Landeshauptstadt sowie die innerstädtischen Betriebe und die Grazer im Allgemeinen vor der gewerbsmäßigen und organisierten Bettelei besser schützen zu können, braucht es Änderungen auf landesgesetzlicher Ebene. Die Stadtregierung ist demnach dringend aufgerufen, eine Novelle des Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetzes einzufordern, um die gewerbsmäßige Bettelei endlich in die Schranken zu weisen und auf Gemeindeebene die notwendigen Verordnungen erlassen zu können, um den organisierten Banden den Kampf ansagen zu können.*

*Namens des Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*
*Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Landesregierung auf, eine Novelle des Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetzes auf den Weg zu bringen, welche unter anderem*

- *ein Verbot des gewerbsmäßigen Bettelns,*
- *ein Verbot des Bettelns als Beteiligter an einer organisierten Gruppe,*
- *ein Verbot des Bettelns von Haus zu Haus und von Wohnung zu Wohnung sowie*
- *eine Verordnungsermächtigung für Gemeinden, das Betteln an bestimmten Orten untersagen zu dürfen, wenn auf Grund der dort zu erwartenden Anzahl an bettelnden Personen und der örtlichen Verhältnisse zu befürchten ist, dass die Benützung des öffentlichen Orts durch andere Personen erschwert wird oder sonst ein durch ein solches Betteln verursachter Missstand im Sinne des Art. 118 Abs. 6 B-VG bereits besteht oder unmittelbar zu erwarten ist, vorsieht.*

GR[in] Sabine **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuseher vor der Live-Übertragung. Also das Thema ist für uns auch dringlich und es ist tatsächlich so, dass die Tätigkeit der Bettelei zugenommen hat und das ist unumstritten, kann man sagen. Aber gepaart mit den Herausforderungen, die wir schon oft angesprochen haben, das war das sogenannte BILLA-Eck etc. oder die Hans-Sachs-Gasse ist natürlich jetzt die Stadtregierung, sprich die linke Fraktion, schon gefordert, irgendwas dagegen zu tun. Aber wobei wir natürlich nicht mitgehen oder nicht d'accord sind, auch wenn der Gemeinderatskollege den gleichen Namen trägt, ist diese Tonalität, weil uns ist es schon bewusst, dass das Menschen sind. Und diese Menschen, manche machen es freiwillig, ja, manche machen es in Familienverbänden, das stimmt auch. Aber man darf die Augen davor nicht verschließen, dass es auch trotzdem gezwungene Banden gibt, also Banden, wo man davon ausgeht, dass die Leute das nicht ganz freiwillig machen. Und da sehen wir schon das Problem. Und die Jugend wird an und für sich geschützt durch das Jugendgesetz, und es würde eigentlich nichts dagegen sprechen, wenn man ein gewisses Gesetz verabschiedet, um auch diese Personen zu schützen. Und wir haben auch im Vorfeld oft schon Projekte angestrebt und da möchte ich den geschätzten Herrn Pfarrer Pucher erwähnen, der Personen vor Ort, zum Beispiel in Hostice, geholfen hat, indem er das sogenannte Nudel-Projekt initiiert hat. Für alle, die das nicht wissen, sie haben vor Ort dann einfach handgemachte Nudeln produziert mit den betroffenen Menschen und diese dann in den größeren Lebensmittelgeschäften in Österreich, ich nenne jetzt keine Namen, verkauft, und das ist sogenannte Hilfe vor Ort. Und ich denke, man kann diese Probleme, also von diesen Menschen, die das jetzt nicht freiwillig machen und die wirklich vielleicht gezwungen werden zu betteln, die Augen verschließen und man kann das Problem nicht immer negieren. Und ich denke, da können wir auch dafür sein, dass wir sagen, es bedarf vielleiht einer Gesetzesänderung, dass man eben dieses organisierte Betteln vielleicht unter Strafe stellt. Da geht es wirklich um den Schutz der einzelnen Person, die das nicht freiwillig machen. Wie gesagt, ich spreche nicht von den Personen, die in Familienverbänden

sind, die das freiwillig machen, und da geht es auch nicht darum, wie oft von den Grünen mir angekreidet wird, dass ich die Menschen dort nicht sehen möchte. Nein, ich will die Menschen sehen und es hat damit nichts zu tun, weil ich genauso der Meinung bin, dass auch diesen Menschen geholfen werden muss und in jeder erdenklichen Weise, wo wir die Möglichkeit dazu haben. Und das wäre eben unter Umständen, dass man da eine Gesetzesänderung macht. Und daher sind wir in diesem Fall für die Dringlichkeit *(Appl.).*

GR **Ammerer**:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wieder dieses Thema. Herr Kollege Wagner, ich weiß, Sie haben es nicht sehr leicht, als einzig verbliebener FPÖ-Mandatar. Aber es ist dann doch ein bisschen mühselig, wenn Sie die FPÖ-Slogans von 2011 wiederkäuen beginnen, die wir schon längst und viele Male in diesem Haus abgehandelt gesehen haben. In dieser Periode haben wir schon darüber gesprochen. Jetzt nicht konkret über das Bettelverbot, aber in vergangenen Perioden wurde ausgiebigste darüber gesprochen. Der Landtag hat auch schon ein Bettelverbot eingeführt, es war verfassungswidrig. Warum schon wieder? Was ist überhaupt ein Anlass? Sie sagen, es ist so viel schlimmer geworden. Haben Sie Zahlen, die das belegen? Es wäre halt schön, wenn wir anhand von Fakten diskutieren und nicht anhand von Ressentiments oder anhand von Behauptungen. Der Kollegin der ÖVP möchte ich danken dafür, dass sie das schon soweit differenziert hat, dass es wohl auch problematische Formen gibt. Aber bitte, man hilft doch nicht Leuten in Not, indem man sie abstrafen geht. So funktioniert das doch nicht. Gerade der Pfarrer Pucher hat sich, wie kaum ein anderer, eingesetzt gegen ein Bettelverbot. Und ich glaube, bei seiner Position können wir es in diesem Haus belassen, dass ein Bettelverbot nicht den Sinn erfüllt, den die Fürsprecher:innen vorgeben, den es hat, nämlich dass es Leuten helfen soll. Das tut es nicht, das stellt es weiter unter Strafe und kriminalisiert, und es auch grobe verfassungsrechtliche Bedenken dagegen gibt, da es ja immerhin schon einmal aufgehoben wurde. Also für uns besteht hier keine Dringlichkeit. Wir werden nicht

zustimmen, aber wir sind immer, immer dafür, diesen Leuten zu helfen in jeder Form und in jeder Art, die uns zur Verfügung steht, mit sozialen Maßnahmen, die ihnen auch tatsächlich helfen und sie nicht kriminalisieren dafür, dass sie entweder arm sind und betteln müssen und das freiwillig tun oder, sollte es der Fall sein, dass da ein Zwang da ist, dann ist es ja noch schlimmer, wenn wir sie deswegen bestrafen. Verstehe ich nicht, warum man denn die ganze Zeit Menschen kriminalisieren möchte, die ohnehin nichts haben. Danke *(Appl.).*

GR Mag. **Winter**:
Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Herr Kollege Ammerer, ich muss Sie korrigieren, das war bereits 2008 im Gemeinderatswahlkampf Thema. Aber fühlen Sie sich nicht bestätigt. Die Problematik bleibt trotzdem dringlich, wenn sie nicht gelöst wird, und insofern muss man dem Kollegen Wagner schon Recht geben. Und ganz egal, wer den Antrag auch einbringen würde, ich würde ihm Recht geben. Weil wenn man Probleme nicht löst, wenn man sie negiert, wenn man hergeht und sagt, ok, das sind arme Menschen, wir möchten ihnen helfen, aber de facto nichts Konkretes unternimmt und anderen Menschen vorwirft, dass sie sie nur nicht sehen möchten, was auch ein Blödsinn ist, dann ändert es nichts an der Tatsache, dass die Problematik, so wie sie jetzt existiert, dringlich ist. Es war damals so und das ist heute so. Und eines kann ich Ihnen versprechen, wir werden mit Sicherheit jede Verschärfung des Bettelverbots unterstützen. Wir werden jede Verschärfung des Bettelverbots begrüßen und infolgedessen werden wir auch diesem Antrag sowohl in der Dringlichkeit wie auch dem Inhalt zustimmen *(Appl.).*

GR Günter **Wagner**:
Ja, gut, das ist jetzt nicht verwunderlich, dass man davor die Augen verschließen möchte. Fragen kann man aber unten gerne einige Standbetreiber, die das bestätigen werden, dass das einfach zunehmend ein Problem ist. Und das ist auch nichts

Unnormales, dagegen ein Gesetz zu haben. Es ist festzuhalten, dass gewerbsmäßiges beziehungsweise organisiertes Betteln in allen Bundesländern, außer in der Steiermark, verboten ist. Fünf Bundesländer sehen in ihrem Landesgesetz auch die Möglichkeit vor, dass sie an bestimmten Orten ein sektorales Bettelverbot aussprechen. Also grundsätzlich ein ganz normaler Vorgang und ich bitte trotzdem um breite Zustimmung. Danke *(Appl.).*

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und KFG) abgelehnt.***

Bgm.in **Kahr**:

Ich danke Ihnen trotzdem, es hat lange gedauert die dringlichen Anträge, aber für die disziplinierte Diskussion. Ich darf mich an dieser Stelle von allen Zuseher:innen und Zuhörer:innen via Livestream verabschieden und ihnen noch einen schönen Abend wünschen. Wir kommen jetzt zum nicht öffentlichen Teil. Alles Gute und vielleicht bis zur nächsten Gemeinderatssitzung.